Thema der Woche:
Auf dem Weg zu Neuwahlen
Bundeskanzler verliert Vertrauensfrage

STÄRKUNG BESCHLOSSEN
Das Verfassungsgericht wird stärker im Grundgesetz verankert SEITEN 2/3

ENTLASTUNG BESCHLOSSEN
Abbau der kalten Progression und erhöhtes Kindergeld verabschiedet SEITE 12

DAS PARLAMENT

Nr. 52-3 | Berlin, 21. Dezember 2024 | 74. Jahrgang | www.das-parlament.de | Preis 1 € | A 5544

Nach hitzigen Wortgefechten im Plenum hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Vertrauensfrage verloren. Damit ist der Weg für Neuwahlen Ende Februar frei. © picture alliance/dpa/Christoph Soeder

Sechste Vertrauensfrage in der Geschichte der Bundesrepublik

Zeit der Abrechnung

Nach dem Bruch der Ampel-Koalition hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt – und verloren. In der Debatte hagelte es wechselseitige Attacken

Der Weg für Neuwahlen ist frei. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat im Bundestag am Montag wie erwartet die von ihm beantragte Vertrauensfrage verloren. 394 Abgeordnete der Union, der FDP, der AfD, des BSW und der Linken stimmten gegen Scholz. Nur 207 Abgeordnete, darunter 201 Sozialdemokraten, sprachen dem Kanzler ihr Vertrauen aus; 116 Abgeordnete der Grünen enthielten sich.

Nach der verlorenen Abstimmung begab sich Scholz zu Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins Schloss Bellevue und schlug ihm die Auflösung des Bundestages vor. Der Bundespräsident hat nun 21 Tage Zeit, um der Auflösung zuzustimmen und Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen anzusetzen. Nachdem das Staatsoberhaupt im Lauf der Woche die Spitzen der Fraktionen und Gruppen im Bundestag zu Gesprächen empfangen hatte, erklärte Steinmeier am Freitag, seine Entscheidung am 27. Dezember verkünden zu wollen. Den von SPD und Union vereinbarten Termin für Neuwahlen am 23. Februar dürfte Steinmeier bestätigen. Er hatte diesen zuvor als „realistisch“ bezeichnet.

Kanzler Scholz will Vertrauensfrage an die Wähler stellen

Die Politik ist nach dem Scheitern der Ampel-Koalition an der Wirtschafts- und Haushaltspolitik bereits im Wahlkampfmodus. Die Aussprache zur Vertrauensfrage entwickelte sich zu einer harten Auseinandersetzung über die richtigen Weichenstellungen für das Land. Scholz erklärte: „Bei dieser Wahl können dann die Bürgerinnen und Bürger den politischen Kurs unseres Landes vorgeben, darum geht es.“ Die eigentliche Vertrauensfrage richte er nicht an das Parlament, sondern „an die Wählerinnen und Wähler“. Sie müssten entscheiden: „Trauen wir uns zu, als starkes Land kraftvoll in unsere Zukunft zu investieren?“

Scholz betonte, dass Investitionen für ein starkes Deutschland unerlässlich seien – vor allem in die Infrastruktur und in die Energiewende. Das sei „in den letzten Jahrzehnten zu kurz gekommen“, mahnte der Kanzler.

Gegenseitige Vorwürfe prägten die Debatte

Insgesamt dominierten jedoch nicht die politischen Inhalte, sondern persönliche Angriffe die Debatte. Scholz warf den Liberalen unter Parteichef Christian Lindner (FDP) „wochenlange Sabotage“ vor, die nicht nur die Koalition, sondern auch die Demokratie beschädigt habe. Friedrich Merz (CDU) hielt Scholz dagegen vor: „Sie blamieren Deutschland“. Der Kanzler habe drei Jahre lang Zeit gehabt, Dinge, die er nun für die Zukunft fordere, als Regierungschef umzusetzen. Am Ende aber hinterlasse Scholz das Land „in einer der größten Wirtschaftskrisen der Nachkriegsgeschichte“. Für Merz war daher klar: „Sie, Herr Scholz, haben Vertrauen nicht verdient“.

Auch vom ehemaligen Koalitionspartner FDP konnte Scholz keine wertschätzenden Worte der gemeinsamen Arbeit erwarten. Ex-Finanzminister Lindner attestierte Scholz: „Heute haben Sie gezeigt, dass Ihnen die Kraft zu grundlegenden Veränderungen fehlt“. Er forderte „eine „Wende“, um den „wirtschaftlichen Abstieg“ Deutschlands abzuwenden.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hingegen sah den Grund dafür, dass sich Deutschland in einer Krise befindet bei der „Betriebsblindheit und Selbstverliebtheit“ der Union. Diese habe in ihren 16 Jahren als Regierung „fundamentale Fehleinschätzungen“ getroffen, die in einer „heruntergewirtschafteten Bundeswehr“, „bröselnden Brücken“, verspäteten Bahnen, nicht sanierten Schulen geendet seien.

Sowohl an Scholz als auch an Merz übte die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel Kritik. Sie warf den beiden vor, nach Kiew zu „pilgern“, um „noch mehr gutes Geld dem bereits verbrannten hinterherzuwerfen“. Weidel warnte, wer Merz wähle, „wählt den Krieg“.

Ähnlich äußerte sich Sahra Wagenknecht (BSW). Sie zweifelte an Scholz‘ Glaubwürdigkeit bei seinem „Nein“ zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern.

Mögliche Koalitionspartner einer nächsten Regierung sind ungewiss

Sören Pellmann (Die Linke) warnte vor einer weiteren Wahlentscheidung zugunsten der FDP oder den Grünen: „Verschenken Sie Ihre Stimme nicht an einen grünen Wirtschaftsminister, der das Land in die größte Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten geführt hat“ und „vertrauen Sie nicht einer FDP und ihrem Spitzenkandidaten Lindner, der das Land so getäuscht hat!“

Von möglichen Koalitionsoptionen war im Bundestag nicht viel zu erkennen. Einzig Merz äußerte sich verteidigend gegenüber Christian Lindner und bezeichnete es als „respektlos“, wie der Kanzler den FDP-Chef in seiner Rede behandelt habe. Die FDP sieht sich allerdings nach aktuellen Umfragen mit der Frage konfrontiert, ob sie überhaupt erneut in den Bundestag einziehen wird.

Union macht Weg für Gesetzesbeschlüsse frei

Für die parlamentarische Arbeit in dieser Woche war die Vertrauensfrage ebenfalls entscheidend. Die Union hatte sie zur Bedingung dafür gemacht, um überhaupt noch Beschlüsse mitzutragen. So konnte das Parlament im Laufe der Woche Gesetzentwürfe zur Stärkung des Bundesverfassungsgerichts, zum Abbau der kalten Progression, zur Filmförderung und zum 58-Euro-Ticket verabschieden.

Annähernd alle Anträge und Gesetzentwürfe, die von den Fraktionen nun zahlreich in den Bundestag eingebracht werden, dürften indes nur als Gesprächsstoff am Wahlkampfstand dienen – und für die nächste Wahlperiode auf Wiedervorlage gelegt werden. Der Wille, politischen Herzensprojekten der Konkurrenz zuzustimmen, dürfte bei allen Fraktionen sehr begrenzt sein. *Carolin Hasse*

KOPF DER WOCHE

Viel Erfahrung

© picture-alliance/dpa

Michael Kretschmer Dass in der Politik Erfolg und Scheitern dicht beieinander liegen, weiß kaum jemand besser als der gerade wiedergewählte sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Überraschend verlor er 2017 nach 15 Jahren im Bundestag sein Mandat, vier Jahr zuvor hatte er in seinem Wahlkreis mit 49,6 Prozent noch eines der besten Wahlergebnisse Deutschlands erhalten. Doch das war nicht das Ende, sondern ein neuer Beginn seiner politischen Karriere. Im Dezember 2017 wählte ihn der Sächsische Landtag zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich. An diesem Donnerstag trat Kretschmer seine dritte Amtszeit in Sachsen an. Befürchtet wurde ein Wahldrama, doch das blieb aus. Er erhielt im zweiten Wahlgang 18 Stimmen mehr, als seine Minderheitsregierung Sitze im Parlament hat (siehe Seite 7). *cz*

ZAHL DER WOCHE

46

Sitze bedeuten in Brandenburg eine Mehrheit für die neue Koalition aus SPD und BSW von Ministerpräsident Dietmar Woidke (Seite 9).

ZITAT DER WOCHE

»Wir verfügen in Thüringen über eine De-facto-Mehrheit.«

Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) im Interview auf Seite 8.

MIT DER BEILAGE

Das Parlament
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
34123 Kassel

4 194560 401004 60351

INTERVIEW

»Die Krux des Fraktionslosen«

Stefan Seidler vom Südschleswigschen Wählerverband über Minderheiten als Seismografen der Demokratie, den Schutz des Bundesverfassungsgerichtes – und die Herausforderung, als fraktionsloser Abgeordneter Themen zu setzen

Herr Seidler, zusammen mit den Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben Sie als fraktionsloser Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbands die Gesetzentwürfe zur Stärkung der Resilienz des Bundesverfassungsgerichtes in den Bundestag eingebracht. Warum ist eine verfassungsrechtliche Absicherung des Gerichts erforderlich?
Wir als SSW, als Partei der dänischen und friesischen Minderheit, denken darüber nach, wie unsere Gesellschaft aufgestellt ist. Es geht darum, Minderheiten, aber auch unsere demokratischen Strukturen in Deutschland zu schützen. Wir sehen, dass die AfD dort, wo sie an Einfluss gewinnt, versucht, diese Strukturen zu ihren Gunsten aufzubrechen. Deshalb unterstütze ich diesen Entwurf ausdrücklich. Aus ähnlicher Überzeugung bin ich auch einer der Initiatoren hinter der Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens.

Grundgesetzänderung und die Prüfung eines Parteiverbots – das sind schwergewichtige Vorhaben. Müssen wir uns Sorgen um unsere Demokratie machen?
Ja, müssen wir. In einer gesunden Demokratie fungieren Minderheiten oft als Seismografen. Wenn von rechts Druck ausgeübt wird, leiden Minderheiten häufig zuerst. Wir sehen etwa bei den Friesen im Norden, dass von Rechtsaußen Fragen zu ihrer Existenzberechtigung gestellt werden. Oder bei den Sorben im Osten, wo die AfD an Einfluss gewinnt: Dort werden Mittel für Minderheitenbeauftragte oder gar ihr Status als Minderheit in Frage gestellt. Das bereitet mir große Sorgen. Wenn solche Angriffe passieren, müssen wir uns aufstellen, um unsere Gesellschaft zu schützen.

Sind denn die nationalen Minderheiten in Deutschland Ihrer Ansicht nach gut genug abgesichert?
Wir haben vier nationale Minderheiten. Die dänische Minderheit ist durch den Mutterstaat stärker abgesichert, aber die Friesen oder auch die Sinti und Roma sowie die Sorben sind finanziell oftmals von Projektmitteln abhängig. Doch Minderheiten sind kein Projekt. Wir brauchen eine stetige Förderung für Bildung, Kulturarbeit und Ehrenamt. Aber bei der Absicherung geht es natürlich um mehr als nur Geld: Eine gesunde Demokratie misst sich daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Deshalb würde ich es eine gute Idee finden, Minderheitenrecht auch im Grundgesetz festzuschreiben.

Wie kam es eigentlich dazu, dass Sie als fraktionsloser Abgeordneter den Gesetzentwurf mit eingebracht haben?
Mir ist an einer guten Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Gruppen gelegen. Das wird auch erwidert. Man ist da auch schon auf mich zugekommen. In diesem Fall hat mich das Thema beschäftigt. Ich bin dann auf die Fraktionsführungen zugegangen und wurde sehr offen empfangen. Bei anderen Anträgen, etwa einem Antrag zur maritimen Wirtschaft, hängt das sicherlich auch mit dem thematischen Fokus meiner Arbeit zusammen. Wir machen uns als SSW in diesem Bereich sehr stark und arbeiten fachlich da sehr versiert mit.

Die allermeisten Abgeordneten können zur Unterstützung nicht nur auf ihr Büro zurückgreifen, sondern auf eine Fraktion – und sich auf bestimmte Themen konzentrieren. Wie managen Sie Ihren Parlamentsalltag?
Ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Büros wäre es noch schwerer. Aber ich habe von Anfang an gesagt: Wir können nicht alle Themen abdecken, sondern konzentrieren uns auf die Themen, die für uns als SSW wichtig sind. Das sind zum einen die Minderheiten, aber auch Themen, die für unsere Heimatregion wichtig sind. Ich habe mir zum Beispiel den Küstenschutz ans Revers geheftet.

Wie bringen Sie diese Themen ein?
Ich habe ja keine politische Macht. Meine Währung ist Goodwill. Und diesen Goodwill kann man sich erarbeiten.

Also geht es bei Ihnen vor allem ums Netzwerken mit gleichgesinnten Abgeordneten aus den Fraktionen?
Ja, das passiert zum Beispiel im Parlamentskreis Minderheiten. Den habe ich zusammen mit Denise Loop von den Grünen gegründet. Ähnlich ist es mit dem Parlamentskreis Meerespolitik. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass ich mich für maritime Themen einsetze, und haben mich gefragt, ob ich mit an Bord sein will. Es geht also darum, Netzwerke zu etablieren und mit guter Arbeit zu unterstützen. Und so bekomme ich meine Dinge dann auch durch. Nicht immer, aber immer öfter. Ich muss aber schon mehr laufen, die Strecken sind länger, und obendrein kommt hinzu, dass wir trotzdem diejenigen sind, die Informationen immer ganz am Schluss bekommen. Dann sind da noch die teils kurzen Fristen, um sich in Änderungsanträge einzuarbeiten, um sich eine Meinung zu bilden. Das ist die Krux des Fraktionslosen.

© Martin Ziemer

Wäre es dann nicht eine Überlegung wert, sich einer Fraktion im Bundestag anzuschließen?
Nein, überhaupt nicht. Der SSW ist eine unabhängige Partei. Die Leute im Norden wählen uns deswegen und weil wir die Themen, die uns dort wichtig sind, hier auf die Agenda bringen. Und ich kann auch hin und wieder schimpfen, wenn wir wieder mal vergessen werden. Das könnte ich nicht, wenn ich Teil einer Fraktion wäre – außerdem kann ich mich zu Wort melden, wenn ich es für richtig halte. Das ist die Freiheit, die ich als fraktionsloser Abgeordneter habe.

Mit rund 60 Reden gehören Sie zu den aktivsten Abgeordneten in dieser Wahlperiode…
Es ist nicht so, dass ich mich bei allen Themen zu Wort melde. Denn das Schlimmste, was passieren könnte, ist, wenn die Kolleginnen und Kollegen im Plenum sitzen und mit den Augen rollen und sagen: „Ach Gott, was will der Seidler denn jetzt schon wieder am Pult?“ Wir sind immer mit Augenmaß am Überlegen, wann es Sinn macht, sich einzubringen. Also bei Themen, bei denen es überraschen würde, wenn ich dazu nichts sagte.

Sehen Sie Verbesserungsbedarf bei den Rechten für fraktionslose Abgeordnete im Bundestag?
Ich würde mir wünschen, dass wir in der Geschäftsordnung des Bundestages ein paar Punkte einführen, die es den Vertreterinnen und Vertretern nationaler Minderheiten etwas einfacher machen, die parlamentarische Arbeit auch mitgestalten zu können. Als SSW werden wir niemals in Fraktionsstärke einziehen – und Minderheitenschutz bedeutet auch, dass man denjenigen, die dann Minderheiten vertreten, ein kleines Trittbrett hinstellt, um auf Augenhöhe mitarbeiten zu können. Ich denke, das ist auch legitim.

Was meinen Sie damit konkret?
Es geht zum Beispiel um Kleine Anfragen. Ich würde gar nicht Tausende Anfragen stellen wollen, das könnte gerne begrenzt sein, eben auf Themen, die uns als Minderheit wichtig sind. Die Möglichkeit, Anträge auf die Tagesordnung des Plenums zu bringen oder Entschließungsanträge einzubringen, wäre ebenfalls hilfreich. Auch eine beratende Teilnahme in anderen Ausschüssen, wenn es um für Minderheiten relevante Themen geht, wäre gut. Das sind so Sachen, da würde sich niemand ein Zacken aus der Krone brechen, wenn man den Abgeordneten der Minderheiten diese Möglichkeiten gibt.

Das Interview führte Sören Christian Reimer.

Stefan Seidler (45) ist fraktionsloser Abgeordneter des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW). Er sitzt seit 2021 im Deutschen Bundestag. Der SSW ist als Partei der dänischen und friesischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Hürde ausgenommen.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Maschinenwerker: Ansgar Heveling

Der Vormittag, an dem Ansgar Heveling zum Telefon greift, ist ein besonderer. Klare Mehrheiten bestehen im Bundestag nicht mehr, das Regierungsbündnis ist zerbrochen, eine frohlockende Opposition, und inmitten des Wahlkampfes, der in den Startlöchern steht, geschieht heute das, was der mittlerweile ehemalige Bundesjustizminister Marco Buschmann jüngst als „Parlamentarismus in seiner besten Form“ beschrieb: die Strukturmerkmale des Bundesverfassungsgerichts werden im Grundgesetz festgeschrieben. „Die Situation ist nicht alltäglich“, sagt Heveling, 52, am Hörer. „Es ergeben sich Ad-hoc-Lösungen, das macht die Arbeit spannender und unerwarteter.“ Allerdings gibt der CDU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Krefeld I – Neuss II, der diesen bisher viermal hintereinander gewonnen hat, zu bedenken: „Langfristig ist es wichtig, stabile Mehrheitsverhältnisse zu haben.“
Doch hinter dem Vorhaben rund ums Bundesverfassungsgericht steht die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten. Warum? „Bisher wurde die Arbeit der obersten Gesetzeshüter bruchstückhaft geregelt. Es würde sie bestätigen, würdigen und stärken, wenn dies ins Grundgesetz eingebettet wird. Und dies sichert vor Gefahren.“ Zwar sehe er kein unmittelbares Risiko. Aber es mache Sinn, bei der nun anstehenden Stärkung auch gleich die Resilienz zu erhöhen.
Immerhin hatte seine Fraktionskollegin Andrea Lindholz unlängst gesagt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung stehe unter Druck. Sieht er das weniger alarmiert? „Das ist kein Widerspruch“, entgegnet Heveling. „Auch im Parlament spüren wir, dass unser tradiertes System in Frage gestellt wird. Die AfD-Fraktion liefert harsche und unpassende Angriffe, damit wird das Parlament verächtlich gemacht.“
Das geplante Gesetz sieht beispielsweise vor, dass die Anzahl der Richter festgeschrieben wird, und dass bei einer Blockade ihrer Wahl ein Ersatzwahlgremium einspringt. Warum findet Heveling so etwas wichtig? „Würde nichts geschehen, könnte bei einer Sperrminorität, also wenn zum Beispiel die AfD auf ein Drittel aller Abgeordneten käme, die Richterwahl blockiert werden.“ Sollten sich gar die Mehrheitsverhältnisse zu einer Gestaltungsmacht ändern, könne man dann die Geschäftstätigkeit der Verfassungsrichter ändern, ihre Anzahl mit genehmen Kandidaten erhöhen oder sie etwa zum Bearbeiten von Verfahren nach Eingang zwingen. „Damit kann die Arbeit ausgehebelt werden, das kennen wir aus osteuropäischen Ländern“. Ein Blick auf Hevelings Lebenslauf offenbart sein Wirken im Innenleben politischer Prozesse. Er ist Justiziar der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied im Wahlausschuss, im Rechtsausschuss, im Wahlprüfungsausschuss und im Geschäftsordnungsausschuss; allein die beiden letzteren werden heute am Nachmittag tagen, zwischendurch geht es für ihn ins Plenum, es wird ein langer Tag.

> Bisher wurde die Arbeit der obersten Gesetzeshüter bruchstückhaft geregelt.
>
> ANSGAR HEVELING (CDU)

© Tobias Koch

Aber schon vorher diente Heveling in Funktionen, um die andere lieber einen Bogen machen – wie etwa als Schatzmeister der CDU im Rhein-Sieg-Kreis. Er lernte die Politik in Gremien von unten bis oben kennen: „Als ich als Schüler in die Schüler-Union eintrat, wurde ich am selben Abend in den lokalen Vorstand gewählt“, erinnert er sich. Es waren die auslaufenden Achtziger, über Politikverdrossenheit wurde viel diskutiert, rechte Parteien erfuhren einen Auftrieb. „Das war ein Klima, dem ich mit anpackend etwas entgegenstellen wollte“. Dass es für ihn die CDU werden sollte, habe auch an der familiären Sozialisation gelegen. Schon sein Großvater sei Mitgründer gewesen, Bürgermeister in Geldern am Niederrhein und Landrat. „Daheim wurde viel über Politik diskutiert“, erinnert er sich an sein Aufwachsen in einer Apothekerfamilie. Es folgte die Ausbildung zum Volljuristen inklusive eines Ergänzungsstudiums an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. „Ich bin kein Aktenfresser, aber die Funktionsfähigkeit demokratischer Verfahren fasziniert mich.“ Für diese Leidenschaft im Maschinenraum der Politik gibt es in diesen Tagen viel zu tun.

Jan Rübel

Die Barette der Verfassungshüter: Insgesamt 16 Richterinnen und Richter in zwei Senaten gibt es am Bundesverfassungsgericht. Das wird nun auch im Grundgesetz festgehalten.

© picture alliance/dpa/Uli Deck

Reform für das Bundesverfassungsgericht

Neu im Grundgesetz

Mit großer Mehrheit passieren die Gesetzentwürfe zur Stärkung der Resilienz des Bundesverfassungsgerichts Bundestag und Bundesrat. AfD und BSW kritisieren den Ersatzwahlmechanismus, der bei Blockaden greifen soll

Wesentliche Strukturmerkmale des Bundesverfassungsgerichtes sind künftig im Grundgesetz verankert. Auch der Status als Verfassungsorgan und die Bindungswirkung der Entscheidungen der Karlsruher Richterinnen und Richter werden im Verfassungstext festgeschrieben. Die entsprechenden Änderungen der Artikel 93 und 94 Grundgesetz (20/12977) passierten am Freitag den Bundesrat, nachdem am Donnerstag bereits der Bundestag mit breiter Mehrheit zugestimmt hatte.

Ziel der Reform ist zum einen die Stärkung der Resilienz des Gerichts. Heißt: Seine Unabhängigkeit soll gegen mögliche politische Angriffe besser geschützt werden. Bislang waren wesentliche Regelungen zum Gericht einfachgesetzlich im Bundesverfassungsgerichtsgesetz verankert, etwa die Zahl der Richterinnen und Richter, die Altersgrenze und das Wiederwahlverbot sowie die Zahl der Senate. Folglich hätte eine einfache Mehrheit im Bundestag dazu gereicht, diese Merkmale zu ändern und somit Einfluss auf das Gericht ausüben zu können. Auch der Status als Verfassungsorgan und die Bindungswirkung seiner Urteile waren bisher nicht im Grundgesetz festgeschrieben.

Ersatzwahlmechanismus soll vor Blockaden schützen

Zum anderen wird mit der Reform vorgesorgt, sollte eine sogenannte destruktive Mehrheit in Bundestag oder Bundesrat die Wahl von Richterinnen und Richtern blockieren, für die eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. In diesem Fall soll das jeweils andere Wahlorgan ersatzweise die Wahl vornehmen können. Die Möglichkeit dafür wird nun im Grundgesetz eröffnet, die Details werden durch Änderungen im Bundesverfassungsgerichtsgesetz (20/12978) geregelt.

Mit dem Beschluss endet vorerst eine Debatte, die in der Fachöffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten immer mal wieder hochköchelte und politisch seit Anfang dieses Jahres an Fahrt aufgenommen hatte. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen etwa in Polen und Ungarn, wo es gezielte politische Angriffe auf die Justiz und die Verfassungsgerichtsbarkeit gab, war diskutiert worden, wie es eigentlich um den Schutz des deutschen Gerichts bestellt ist. Viele Befürworterinnen und Befürworter einer Reform warnten in diesem Zusammenhang auch vor der in Teilen als rechtsextremistisch eingestuften AfD – und sahen sich etwa durch deren Agieren bei der konstituierenden Sitzung im Thüringer Landtag bestätigt.

Nach anfänglichen Startschwierigkeiten einigten sich SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter Moderation des ehemaligen Bundesjustizministers Marco Buschmann (FDP) im Sommer schließlich auf die Eckpunkte der nun umgesetzten Reform. Die Gesetzentwürfe brachten ihre Fraktionen dann gemeinsam mit dem fraktionslosen SSW-Abgeordneten Stefan Seidler nach der Sommerpause ein. Auch nach dem Scheitern der Ampel-Koalition hielten die Fraktionen an dem Vorhaben fest. Änderungen im parlamentarischen Verfahren gab es schließlich keine; der Bundesrat und diverse Sachverständige in einer Anhörung hatten zwischenzeitlich dafür geworben, Änderungen am Bundesverfassungsgerichtsgesetz künftig von der Zustimmung des Bundesrates abhängig zu machen. So wollte man die „offene Flanke“ im Prozessrecht schützen.

BSW findet vieles gut, die Ersatzwahl im Bundesrat aber schlecht

Die Zustimmung zu der Reform fiel erwartungsgemäß groß aus. 600 Abgeordnete stimmten in namentlicher Abstimmung für die Änderung im Grundgesetz und damit deutlich mehr als die für Verfassungsänderungen notwendigen 489. Während alle abstimmenden Abgeordneten von SPD, Union, Grünen, FDP und der Linken mit Ja stimmten, stimmten die Abgeordneten der Gruppe BSW geschlossen und die AfD mit einer Ausnahme mit Nein. Grund für die Ablehnung von AfD und BSW war vor allem der Ersatzwahlmechanismus. Amira Mohamed Ali (BSW) befand alle anderen Änderungen für richtig, schließlich sei das Bundesverfassungsgericht ein „Grundpfeiler der Demokratie“. Dass aber im Fall einer fehlenden Zweidrittelmehrheit im Bundestag der Bundesrat die Ersatzwahl vornehmen könne, der fast vollständig aus Ministerpräsidenten von Union und SPD bestehe, zeige eine „unfassbare Arroganz der Herrschaft“, kritisierte Mohamed Ali.

Von Seiten der AfD wurde grundsätzlich in Frage gestellt, ob es den Befürworterinnen und Befürwortern tatsächlich um den Schutz des Gerichts gehe. Fabian Jacobi vermutete, dass vielmehr die Sorge ausschlaggebend sei, dass sie bei der Verfassungsrichterwahl „genötigt sein könnten, mit der AfD zumindest zu reden“. Sie sähen das Bundesverfassungsgericht „als Herrschaftsinstrument eines Parteienkartells, das Sie nicht bereit sind, aus der Hand zu geben“, so der AfD-Abgeordnete.

> Freiheit und Rechtsstaatlichkeit werden immer öfter offen in Frage gestellt.
>
> KONSTANTIN VON NOTZ (B90/DIE GRÜNEN)

Die AfD wurde ihrerseits scharf angegangen. „Die AfD löst keine Probleme, sie ist das Problem“, sagte beispielsweise Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen). Steffen betonte, dass das Grundgesetz in dieser Frage schon krisenfest sei und ein Verbot verfassungsfeindlicher Parteien vorsehe. Sein Fraktionskollege Konstantin von Notz hob hervor, dass Demokratien weltweit massiv unter Druck stünden. „Freiheit und Rechtsstaatlichkeit werden immer öfter offen in Frage gestellt. Nicht nur in Deutschland, aber eben auch hier bei uns in Deutschland“, sagte von Notz. Wer wehrhaft sein wolle, dürfte nicht zuschauen, sondern müsse handeln.

Ansgar Heveling (CDU) griff die AfD ebenfalls an. Man habe in anderen Ländern Europas erlebt, „dass autoritären Regierungen Verfassungsgerichte so sehr ein Dorn im Auge sind, dass sie als erstes ins Visier der Autokraten geraten“. Es sei daher „demaskierend“, dass genau diese Mechanismen die „Blaupause“ für einen von der AfD eingebrachten Änderungsantrag (20/14306) zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz darstellten. Darin hatte die AfD-Fraktion unter anderem gefordert, dass das Bundesverfassungsgericht künftig die Nicht-Annahme von Verfassungsbeschwerden begründen solle. Tatsächlich erledigt das Gericht das Gros der tausenden jährlichen eingehenden Verfassungsbeschwerden durch Nicht-Annahme ohne Begründung. 2023 war das 3.540 Mal der Fall. „Die Begründungspflicht für eine Nicht-Annahme, das ist ein Schritt, um das Bundesverfassungsgericht lahmzulegen“, kritisierte Heveling.

Auch Dirk Wiese (SPD) warf der AfD vor, die Institutionen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung schwächen zu wollen. Sie sei der „Wolf im Schafspelz“, sagte der Sozialdemokrat. Wiese dankte zudem dem Bundesrat, mit dem man intensiv diskutiert habe. Er warb zudem dafür, auch die geplante Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages sowie das Bundestagspolizeigesetz noch auf den Weg zu bringen. „Das wäre genauso wichtig zum Schutz unserer Institutionen“, sagte Wiese.

Vertrauensvorschuss der kleineren Fraktionen

Der ehemalige Bundesjustizminister Marco Buschmann betonte, dass mit der Reform eine „wichtige Säule unserer liberalen Demokratie“ gestärkt werde. Er dankte den Fraktionen für die Zusammenarbeit. Ein klein wenig mehr danke er den kleineren Fraktionen, also Grünen und FDP, betonte der FDP-Abgeordnete. „Denn gerade die kleineren Fraktionen leisten bei dem Ersatzwahlmechanismus einen Vertrauensvorschuss gegenüber den größeren, der hoffentlich nicht enttäuscht werden wird.“

Unterstützung für die Reform aus der Mitte des Parlaments drückten auch Vertreter der Bundesregierung aus. „Der Rechtsstaat ist die innere Bastion unserer Demokratie“, sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und dankte den Initiatoren „für diese Initiative, die ein großer Schritt zur Sicherung unserer Demokratie ist“.

Fraktionen geben sich mehr Beinfreiheit für Öffentlichkeitsarbeit

In der Debatte keine Rolle spielte die ebenfalls zur Abstimmung gestellte Änderung des Abgeordnetengesetzes. Damit sollen die Regelungen zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsfraktionen neu gefasst werden. Der Bundesrechnungshof hatte in der Vergangenheit wiederholt kritisiert, dass die Fraktionen gerade in Wahlkampfzeiten eben nicht nur über die Fraktionsarbeit berichteten, sondern Parteien und Abgeordneten unter die Arme greifen würden. Das aber, so der Rechnungshof, widerspreche dem geltenden Recht. Zudem kritisierten die Rechnungsprüfer, dass die Bundestagsverwaltung sich nicht in der Lage gesehen habe, das gerügte Verhalten zu sanktionieren. Mit der Neuregelung (20/11944, 20/13714), die von SPD, Union, Grünen und FDP gemeinsam auf den Weg gebracht worden war, geben sich die Fraktionen nun mehr Beinfreiheit für ihre Öffentlichkeitsarbeit, legen sich Stillhaltefristen in Wahlkampfzeiten auf und schreiben einen Sanktionsmechanismus fest. Die Änderung passierte den Bundestag mit den Stimmen der einbringenden Fraktionen bei Enthaltung der Linken und Gegenstimmen der AfD. *Sören Christian Reimer*

GASTKOMMENTARE: SPIELRAUM FÜR ENTLASTUNG?

Wir sind keine Weihnachtsgänse

PRO

Thomas Sigmund © Handelsblatt/Marc-Steffen Unger

Der steuerpolitische Reformgeist ruht seit mehr als 20 Jahren in Deutschland. Die letzte große Steuerreform stammte vom damaligen Kanzler Gerhard Schröder und trug den Titel: „Steuerreform 2000“. Seitdem wird die Gans, also der Bürger, nach allen Regeln der politischen Kunst ausgenommen. Nicht mal der Abbau der kalten Progression ist beschlossene Sache. Obwohl das eine besondere Ungerechtigkeit ist, wenn mir der Staat von einer Lohnerhöhung gleich wieder einen großen Teil wegfrisst.

Doch mit der anstehenden Bundestagswahl soll sich alles ändern. In den Wahlprogrammen der Parteien wimmelt es nur so von Steuerentlastungen. Stromsteuer runter, die Einkommensteuer soll gesenkt werden, sinkende Unternehmenssteuern sind im Angebot der Parteien. Es gibt viele Vorschläge. Da darf natürlich auch die Frage nicht fehlen: Gibt es überhaupt Spielraum für solche Entlastungen?

Wie auf Knopfdruck melden sich die Umverteiler und Schuldenmacher zu Wort und wollen wie immer den einfachsten Weg gehen. Milliardäre schröpfen, die Schuldenbremse reformieren. Daran, dass die Schulden von den Bürgern später wieder zurückgezahlt werden müssen, denkt offenbar keiner. Dabei ist es doch möglich, bei einem jährlichen Steueraufkommen von einer Billion Euro und ebenso vielen Sozialabgaben zu sparen. Möglichkeiten gibt es viele: Beim Bürgergeld, bei den gewaltigen Subventionen, und wenn am Ende über das Wirtschaftswachstum auch noch mehr Steuergeld in die Kasse gespült wird, um so besser. Es gibt also Spielraum für Entlastungen, vielleicht nicht in der Höhe wie es sich manche Parteien vorstellen. Dass der Bürger aber von Bundesregierungen wie eine Weihnachtsgans ausgenommen wird, das muss ein Ende haben. *Thomas Sigmund*

Der Autor ist Leiter des „Handelsblatt“- Meinungsressorts.

Geschenke ohne Finanzierung

CONTRA

Ulrike Herrmann © Herby Sachs/WDR

Die Union hat im Wahlkampf große Pläne. Unter anderem will sie den Solidaritätszuschlag abschaffen, den momentan nur noch die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung zahlen. Dieser Geldsegen für die Wohlhabenden würde etwa 13 Milliarden Euro kosten, wie das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet hat. Zudem sollen die Unternehmenssteuern auf maximal 25 Prozent sinken – was ein weiteres Minus von etwa 20 Milliarden Euro in den Staatskassen bedeuten würde.

Und das ist noch gar nicht alles: Bei der Einkommenssteuer will die Union 41 Milliarden Euro verschenken, wovon ebenfalls vor allem die Gutverdiener profitieren würden – weil die untere Hälfte der Deutschen so wenig verdient, dass sie schon jetzt kaum Einkommenssteuern zahlen.

Die Wahlgeschenke der Union würden sich auf insgesamt 89 Milliarden Euro summieren, und die FDP treibt es sogar noch doller: Sie will die Steuern und Abgaben um 138 Milliarden kürzen.

CDU-Chef Friedrich Merz und der FDP-Vorsitzender Christian Lindner inszenieren sich gern als Wirtschaftsexperten, aber die Wahlprogramme ihrer Parteien zeigen, dass sie offenbar beide nicht rechnen können. Denn nirgends wird detailliert vermerkt, wie diese Steuergeschenke denn eigentlich finanziert werden sollen. Das ist unseriös.

Dieses Schweigen ist kein Zufall: Für großflächige Entlastungen ist schlicht kein Geld da. Gerade Ex-Finanzminister Lindner sollte wissen, wie knapp die Mittel in Wahrheit sind, ist doch die Ampel daran gescheitert, dass sie sparen musste – und sich nicht einigen konnte, wo genau die Kürzungen vorgenommen werden sollten.

Ein paar Milliarden ließen sich vielleicht irgendwie mobilisieren. Aber sie sollten nicht den Reichen zugutekommen, sondern den armen Familien, die mit Mieten und Heizkosten überfordert sind. *Ulrike Herrmann*

Die Autorin in ist Wirtschaftsredakteurin der „tageszeitung“ in Berlin.

DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet: http://www.das-parlament.de
E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur: Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur:
Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) CvD, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 20. Dezember 2024

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Leserservice/Abonnement:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS
Wir vermeiden CO_2 durch den Versand mit der Deutschen Post

LESERPOST

Zur Ausgabe 49-51 vom 7.12.2024, „Kampf gegen Kriminalität im Internet“ auf Seite 7:
Eine ambitionierte, kämpferische Rede von unserem hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein! Persönlichkeitsrechte dürfen unseren Rechtsstaat nicht aushebeln. Die Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen versteckt sich in Deutschland hinter dem Schutz der Wahrung der Persönlichkeitsrechte. Eine fadenscheinige Rechtsprechung, denn bei Delikten kleinerer Vergehen, wie Verkehrsverstößen oder kleinen Diebstählen wird der Schutz des Bildes willkürlich aufgehoben und wird als Videomaterial als Beweis zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zugelassen. Bei Schwerst-Straftaten, wie Kinderpornografie versteckt sich unser Rechtsstaat hinter einer Rechtsprechung und verhindert eine Strafverfolgung mithilfe der Speicherung mit IP-Adressen wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte. Das ist ein Armutszeugnis! Dieser unhaltbare Zustand muss unverzüglich mit neuer Rechtsprechung korrigiert werden.

Ursula Reichert, Hanau

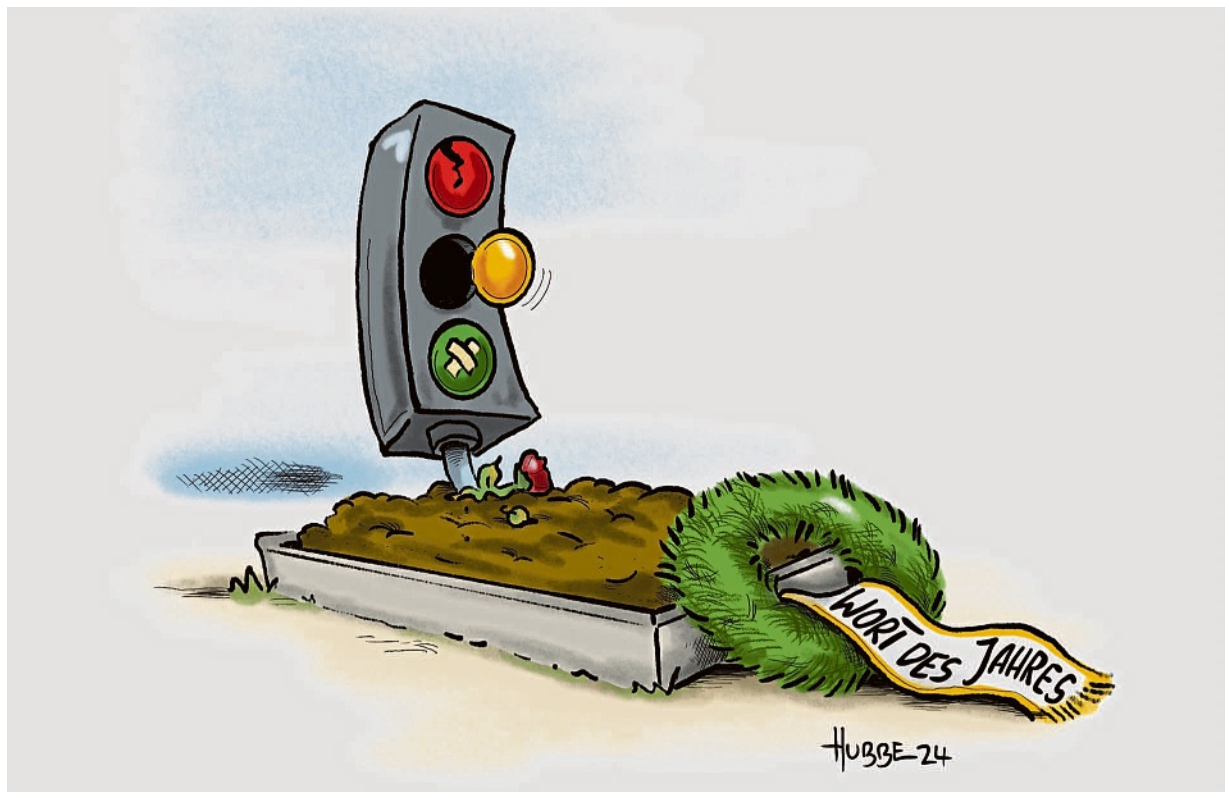
Zur Ausgabe 40-41 vom 28.9.2024, „Neues Druckmittel“ auf Seite 9:
Wer derart an den Zäunen der Demokratie rüttelt wie die AfD bei der konstituierenden Sitzung zum Auftakt einer neuen Legislaturperiode im Thüringer Landtag, hat es nicht anders verdient, als von eben dieser Demokratie verboten zu werden. Ein Verbotsantrag gegen diese Partei sollte so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden, bevor die Demokratie durch die AfD bleibenden Schaden erleidet.

Klemens Hofmann, Marbach am Neckar

Zur allgemeinen Berichterstattung von „Das Parlament“
Vielen Dank für Ihre Berichterstattung zur aktuellen politischen Lage. Ihre Beiträge helfen dabei, komplexe Zusammenhänge zu verstehen.

Silke Henkel, Wriezen

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Wünsche in Wahlkampfzeiten

Wahlkampf zu Weihnachten ist bei Politikern die Zeit der Wünsche und Träume. Beim Plakate kleben oder bei Schneeregen in der örtlichen Fußgängerzone schweifen wärmende Gedanken ab zum Traummann (Habeck), zum Traumhaus (Kanzleramt) oder zum Traumjob (Bundesbildungsminister). Die amtierenden Koalitionäre und sogar die abhanden gekommenen träumen derweil vom dauerhaften Amtsglück.

Der Kanzler will das Volk weiter mit seinen furiosen Neujahrsansprachen inspirieren, die Außenministerin besteht auf ihre exotischen Fernreisen mit Barfuß-Beiprogramm, der Verteidigungsminister geht ohne Tarnfleck gar nicht mehr in den Garten. Und sogar der entlassene Bundesfinanzminister ist sicher, schon recht bald wieder Milliarden horten zu dürfen, womöglich als Teilzeitkraft mit Erziehungsauftrag zum Wohle des deutschen Volkes.

Freilich halten sich auch im deutschen Volk Wünsche und Träume, die aber selten deckungsgleich sind mit denen der politischen Repräsentanten. Der Traummann (gerne Handwerker) sollte ausreichend Geld mit nach Hause bringen und den alten Kühlschrank austauschen, weil die Stromrechnung sonst den geplanten Campingurlaub gefährdet. Das Traumhaus gehört leider der Bank und wird durch den praktischen Plattenbau 8. Etage ersetzt, Aufzug leider defekt. Der Traumjob war mal Fließbandarbeiter bei Volkswagen, als Autos aus Deutschland noch Abnehmer fanden. Das ist auch wieder lange her.

Der lebenskluge Wahlkämpfer Rio Reiser war mal König von Deutschland und hat uns gelehrt: „Der Traum ist aus, aber ich werde alles geben, dass er Wirklichkeit wird.“ Das hört sich naiv an, es zeugt aber auch von politischer Durchsetzungskraft.

Wohlan: Auf einen Traumstart im neuen Jahr! *Claus Peter Kosfeld*

Polizei beim Deutschen Bundestag

Ein eigenes Gesetz für die eigene Polizei

Im Parlament hat die Präsidentin die Polizeigewalt. Der rot-grüne Entwurf eines Bundestagspolizeigesetzes sorgt für Kontroversen

Beamte der Bundestagspolizei sitzen im Juni 2024 während einer Rede von Parlamentspräsidentin Bärbel Bas (SPD) auf einer Tribüne des Plenarsaals. © DBT/Juliane Sonntag / photothek

Der Präsident übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Gebäude des Bundestages aus.“ So steht es im Grundgesetz-Artikel 40, der damit eine Zuständigkeit anderer Polizeibehörden im Bereich des Parlaments ausschließt. Damit soll, dem Prinzip der Gewaltenteilung entsprechend, der Bundestag vor einer etwaigen Einflussnahme durch Exekutive oder Judikative geschützt werden. Daher ist das Parlament ein eigener Polizeibezirk mit eigenen Polizisten, nämlich den rund 200 Beamten der „Polizei beim Deutschen Bundestag“.

Die Bestimmung des Grundgesetzes ist indes „sehr abstrakt“, wie Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) vergangenen Sommer dieser Zeitung sagte. Die Bundestagspolizei wünsche sich hier „mehr Rechtssicherheit und Klarheit für die tägliche Arbeit“, weshalb ein eigenes Bundestagspolizeigesetz gebraucht werde. Am Donnerstag stand nun erstmals ein von SPD und Grünen eingebrachter Entwurf eines solchen Gesetzes (20/14247) auf der Tagesordnung des Parlaments.

Damit soll erstmalig eine gesetzliche Grundlage für die Parlamentspolizei geschaffen werden. Ziel ist es laut Vorlage, den gegenwärtigen Stand der Befugnisse auf einfachrechtliche Grundlage zu stellen und darüber hinaus „die Befugnisse der Polizei bezogen auf die örtliche Zuständigkeit maßvoll auszuweiten, indem die strikte Bindung an die Parlamentsgebäude gelockert wird“.

Erweitert werden soll der örtliche Zuständigkeitsbereich

Mit dem Gesetzentwurf soll der Bereich der Gebäude des Parlaments im engeren Sinne auf alle Räumlichkeiten erweitert werden, „in denen der Bundestag, seine Organe und Gremien, die Bundesversammlung oder der Gemeinsame Ausschuss tagen, ohne dass es sich um ein Gebäude handelt, das der Verwaltung des Deutschen Bundestages unterliegt“. Dies soll auch für alle Orte gelten, die in einem „untrennbaren zeitlich-räumlichen Zusammenhang“ mit Sitzungen des Bundestages, seiner Organe und Gremien stehen. Ein solcher Zusammenhang ist laut Begründung in erster Linie bei Streifengängen rund um die Gebäude des Bundestages gegeben. Zudem soll sich der Begriff der Gebäude des Bundestages auch auf Orte erstrecken, an denen die Präsidentin oder der Präsident eine Veranstaltung durchführt.

Im Bereich der Gefahrenabwehr soll die Parlamentspolizei außerhalb des Gebäudes des Bundestages tätig werden können, um eine in diesem Gebäude drohende Gefahr abzuwehren. „So ist die Polizei beispielsweise auch dann örtlich zuständig, wenn sich ein Schütze außerhalb des Gebäudes des Bundestages befindet, der auf den Eingangsbereich oder die Kuppel des Reichstagsgebäudes schießt“, heißt es dazu in der Begründung. Gleiches gelte, „wenn etwa Informationserhebungseingriffe außerhalb der Gebäude des Bundestages erforderlich werden, um eine Gefahr in den Gebäuden des Bundestages abzuwehren“.

In Verdachtsfällen auch mit Verfassungsschutz-Erkenntnissen

Geregelt werden sollen mit dem Entwurf auch Grundsätze der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen, die Zutritt zu den Parlamentsgebäuden wollen und dafür etwa Hausausweise beantragen. Vorgesehen ist dabei auch „das anlassbezogene Auskunftsersuchen von personenbezogenen Daten der Polizei beim Bundesamt für Verfassungsschutz oder bei den Landesämtern für Verfassungsschutz zum Zwecke der Zuverlässigkeitsüberprüfung“.

In der Debatte sagte Dorothee Martin (SPD), mit dem Gesetz solle die Parlamentspolizei „Rechts- und Handlungssicherheit“ erhalten. Zudem müsse man auf Bedrohungen von Extremisten jeder Art reagieren und brauche dazu auch eine bessere Überprüfung Zugangsberechtigter. Dabei sollten in konkreten Verdachtsfällen auch Verfassungsschutz-Erkenntnisse einfließen können.

Michael Breilmann (CDU) zeigte sich offen für gesetzliche Regelungen, die jedoch „juristisch wasserdicht“ sein müssten. Zu beachten sei auch die Freiheit des Abgeordnetenmandats. Ziel der Union sei eine solide und rechtssichere Lösung und kein „politischer Schnellschuss“ wie die rot-grüne Vorlage.

Irene Mihalic (Grüne) bezeichnete das Gesetz als überfällig. „Wir brauchen moderne Rechtsgrundlagen für eine rechtsstaatlich arbeitende Bundestagspolizei“, betonte sie und erinnerte unter anderem an „den Mob von Reichsbürgern und Rechtsextremisten, die versucht haben, das Reichstagsgebäude zu stürmen“.

Manuel Höferlin (FDP) verwies auf „äußere Bedrohungen, aber auch Bedrohungen aus dem Inneren des Hauses“. Es sei „höchste Zeit“ für eine rechtliche Grundlage der Bundestagspolizei, doch müsse man in dem Gesetzentwurf einige Punkte wie etwa unklare Rechtsbegriffe noch „ganz genau angucken“.

Stephan Brandner (AfD) kritisierte, nach dem Willen von Rot-Grün solle ein „verfassungswidriges Bundestagspolizeigesetz durchgepeitscht werden, nachdem es über 70 Jahre ohne ging“. Dabei gehe es um einen „weiteren Frontalangriff“ auf seine Partei, bei dem versucht werde, das Grundgesetz zu Lasten der AfD „zu filetieren“. *Helmut Stoltenberg*

KURZ NOTIERT

CDU/CSU will mehr Befugnisse für Sicherheitsbehörden

Für „starke Sicherheitsbehörden“ plädiert die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (20/14251), über den der Bundestag am Donnerstag erstmals debattierte. Darin spricht sich die Fraktion für mehr Präsenz der Polizei auf den Straßen und den „Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Gefahrenorten“ aus. Auch will sie unter anderem für die Sicherheitsbehörden „angemessene Befugnisse gegen Straftaten im Internet, gegen sexuellen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie“. *sto*

Union fordert Verbesserung des Küstenschutzes in Deutschland

Die CDU/CSU-Fraktion dringt auf eine Verbesserung des Küstenschutzes in Deutschland. In einem Antrag (20/14233), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand, fordert die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf, den Mittelansatz für den Küstenschutz in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) langfristig zu erhöhen und „angesichts der schweren Sturmflut- und Hochwasserschäden mit stark beschädigten Deichen“ den Förderzweck der GAK auf die Abdeckung von Instandhaltung und Reparatur zu erweitern. *sto*

Reform des Mutterschutzgesetzes

Mehr Schutz nach einer Fehlgeburt

SPD, Grüne und Unionsfraktion wollen gestaffelte Mutterschutzfristen einführen – in getrennten Gesetzentwürfen

Zwei Gesetzentwürfe für einen gestaffelten Mutterschutz nach einer Fehlgeburt hat der Bundestag am späten Donnerstagabend in erster Lesung debattiert. Vorgelegt hatten diese zum einen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als auch zum anderen die CDU/CSU-Fraktion. Beide Gesetzentwürfe haben viele Überschneidungen, unterscheiden sich aber zum Beispiel in der Frist, ab wann dieser gestaffelte Mutterschutz gelten soll.

„In der bisherigen Rechtsanwendung gelten die mutterschutzrechtlichen Schutzfristen und Leistungen bei einer Lebend- oder Totgeburt, nicht aber bei einer Fehlgeburt. Dies führt auch auf die Intention des Gesetzgebers zurück, die Fehlgeburt von der Entbindung rechtsbegrifflich zu differenzieren“, schreiben die Abgeordneten von SPD und Grünen in ihrem Entwurf (20/14241). Sie fordern konkret, gestaffelte Schutzfristen bei einer Fehlgeburt ab der 15. Schwangerschaftswoche „post menstruationem“. Das vorzeitige Ende einer Schwangerschaft zu diesem Zeitpunkt habe einen stärkeren Rückbildungsprozess zur Folge und könne für die betroffene Frau gesundheitliche Folgen haben, die sich langfristig auf ihre Teilhabe auswirken könnten, heißt es unter anderem zur Begründung.

Die Unionsfraktion schreibt in ihrem Entwurf (20/14231): „Nach der Intention des Mutterschutzgesetzes und auch aus medizinischer Sicht ist es nicht sachgerecht, den Begriff Entbindung an die personenstandsrechtlichen Regelungen und mithin ausschließlich an die Gewichtsgrenze von 500 Gramm beziehungsweise an die 24. Schwangerschaftswoche zu koppeln. Auch unabhängig davon sind Frauen nach einer Fehlgeburt einer besonderen Belastungssituation ausgesetzt.“ Sie fordert deshalb, den Begriff der „Entbindung“ klar zu bestimmen, um künftig Unklarheiten zu vermeiden. Außerdem schlägt sie gestaffelte Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt ab der 13. Schwangerschaftswoche vor.

Franziska Krumwiede-Steiner (Grüne) verwies in der Debatte darauf, dass durchschnittlich jede dritte Frau in Deutschland eine Fehlgeburt erlebt. „Jede Fehlgeburt, jede stille Geburt ist schmerzlich und gleichzeitig ist der Umgang jeder Frau damit sehr individuell.“ Beide Gesetzentwürfe würden es deshalb den Frauen überlassen, ob sie den Mutterschutz in diesem Fall annehmen wollen oder nicht. Damit würde das Thema aus der Tabuzone geholt und ein historischer Schritt für die Selbstbestimmung der Frauen gemacht.

Sarah Lahrkamp (SPD) sagte, eine Fehlgeburt sei nicht nur ein unvorstellbarer Schmerz, sondern gehe oft auch mit psychischen und physischen Folgen einher. „Gerade in einer solchen Zeit brauchen die Betroffenen Unterstützung, um mit dem Verlust leben zu lernen.“ Im Moment lasse das Gesetz diese Frauen allein, sagte sie.

Bisher sind die Frauen auf eine Krankschreibung angewiesen

Tatsächlich sehen die derzeit geltenden Regelungen im Mutterschutzgesetz vor, dass eine Frau nach einer Fehlgeburt ab der 24. Schwangerschaftswoche Anspruch auf bis zu 18 Wochen Mutterschutz hat. Einen Tag eher, also in der 23. Schwangerschaftswoche, besteht dieser Schutz noch nicht und die Frau ist darauf angewiesen, eine Krankschreibung von ihrem Arzt zu bekommen. Damit soll nach dem Willen der Fraktionen künftig Schluss sein.

Silvia Breher (CDU) betonte, beide Gesetzentwürfe seien ein Zeichen dafür, dass „auch jetzt noch“ etwas Gutes im Parlament gelingen könne. Gleichzeitig warf sie Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) „totales Versagen“ vor, weil sie es „in ihrer Zeit“ nicht geschafft habe, „auch nur irgendeinen Gesetzentwurf zum Thema Mutterschutz“ vorzulegen.

Nicole Bauer (FDP) fragte: „Warum fühlen sich denn so viele Familien in dieser schwierigen Situation allein gelassen? Die Antwort ist leider einfach: Es liegt an unserem System.“ In vielen Kliniken und Praxen fehle es an Personal und spezialisierten Angeboten. Ob jemand Unterstützung bekomme, hänge oft auch noch vom Zufall ab. „Hilfe darf aber keine Glückssache sein.“

Nicole Höchst (AfD) sagte: „Wir finden Ihre Entwürfe richtig. Bedenklich finde ich aber sämtliche Einschränkungen bezüglich Schwangerschaftswochen und Auswirkungen der Fehl- oder Totgeburt auf Rückbildungsprozesse.“ Der seelische Schmerz der Frau dürfe nicht unsichtbar bleiben, betonte sie. *Claudia Heine*

KURZ NOTIERT

Anträge von Union, AfD und Linken zu Härtefallfonds

Mit drei Anträgen für einen Härtefallfonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung, für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer hat sich der Bundestag am Mittwoch beschäftigt. Die Anträge von CDU/CSU (20/13613), der AfD-Fraktion (20/13620) und der Gruppe Die Linke (20/14018) wurden anschließend zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Unionsfraktion fordert unter anderem, Anträge für Leistungen aus dem Fonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle der Ost-West-Rentenüberleitung für mindestens ein weiteres Jahr zuzulassen. Die AfD fordert Einmalzahlungen, um damit die Rentenüberleitung abzuschließen. Die Linke fordert einen Fonds für alle bisher unberücksichtigten Anwartschaften aus DDR-Zeiten. *che*

FDP fordert weniger Bürokratie für Selbstständige

Der Bundestag hat am Mittwoch einen Antrag (20/14260) der FDP-Fraktion für eine bessere Unterstützung von Selbstständigen an die Ausschüsse überwiesen. Darin fordert die Fraktion, das Statusfeststellungsverfahren der Deutschen Rentenversicherung so zu ändern, dass Nachweise wie Altersvorsorge, Krankenversicherung, Spezialwissen und der erklärte Parteiwille eine Selbstständigkeit verbindlich vermuten lassen, heißt es in dem Antrag. *che*

Arbeitszeiten sollen noch flexibler werden

Die FDP-Fraktion fordert in einem Gesetzentwurf (20/14255) eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes. Der Entwurf wurde am Freitag zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Konkret sollen im deutschen Arbeitszeitgesetz neue Abweichungsmöglichkeiten per Tarifvertrag oder durch eine auf Grund eines Tarifvertrags getroffene Betriebs- oder Dienstvereinbarung geschaffen werden. So würden neue Freiräume für die Einteilung der Arbeitszeit entstehen, argumentiert die Fraktion. *che*

Linke fordert höhere Löhne und mehr Tarifbindung

Drei Anträge der Gruppe Die Linke für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung (20/11026; 20/11027; 20/11028) hat der Bundestag am Donnerstagabend gemäß einer Beschlussempfehlung (20/13689) des Ausschusses für Arbeit und Soziales abgelehnt. Nach einer weiteren Beschlussempfehlung (20/13332) des Ausschusses wurde auch ein Linken-Antrag (20/11426) für einen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung abgelehnt. An den Ausschuss überwiesen wurde ein weiterer Antrag (20/13741) der Gruppe. In diesem fordert sie einen armutsfesten Mindestlohn. *che*

Bessere Arbeitsbedingungen für Paketzusteller

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die Arbeitsbedingungen von Paketzustellern verbessern. Sie haben dazu einen Gesetzentwurf (20/14243) vorgelegt, in dem es um Änderungen am Postgesetz geht. Durch den Gesetzentwurf sollen die Vorgaben zur Zustellung von schweren Paketen konkretisiert und vereinfacht werden. Die grundsätzliche Pflicht, schwere Pakete durch zwei Personen zustellen zu lassen, soll erhalten bleiben. Das Maximalgewicht für Pakete in der Einzelzustellung soll aber von 31,5 Kilogramm auf 23 Kilogramm abgesenkt werden, heißt es im Entwurf. Er wurde am Freitag an die Ausschüsse überwiesen. *che*

Der mit vier Oscars ausgezeichnete Film „Im Westen nichts Neues" kam ohne die Filmförderung des Bundes aus. Gedreht wurde unter anderem in Tschechien, deutsche Produktionsstandorte hatten das Nachsehen.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Markus Schreiber

Filmförderungsgesetz

Im Kino nichts Neues

Die anvisierte große Reform der Filmförderung ist trotz einer kleinen Gesetzesnovelle gescheitert

Es war eine Rettungsmission der besonderen Art. In den Abendstunden des vergangenen Donnerstags verabschiedete der Bundestag doch noch das neue Filmförderungsgesetz (FFG), das zum Jahreswechsel in Kraft treten soll. Hätten sich die Fraktionen der gescheiterten Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP nicht noch einmal zu einem Kompromiss zusammenraufen können, dann wäre der maximale Schaden für die deutsche Filmbranche entstanden: Da das aktuell gültige Filmförderungsgesetz zum Jahresende ausläuft, hätte die Filmförderungsanstalt (FFA) nach dem Jahreswechsel keine gesetzliche Grundlage mehr gehabt, bei öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern, Streamingdiensten und Kinos die Filmabgabe einzutreiben. Doch aus dieser Abgabe, 2023 waren es rund 50 Millionen Euro, wird ein großer Teil der Filmförderung des Bundes finanziert.

Mit der Annahme des neuen FFG ist dieses Szenario zwar abgewendet, aber die geplante große Reform der Filmförderung ist gescheitert. Neben dem neuen FFG hatte Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) auch ein Steueranreizmodell nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten auf den Weg bringen wollen, um wieder mehr Filmproduktionen nach Deutschland zu locken. Zudem sollten Streamingplattformen, die auf dem deutschen Markt hohe Profite erzielen, verpflichtet werden, stärker an deutschen Standorten zu investieren. Doch die dafür nötigen Gesetzesentwürfe seien nie vorgelegt worden, kritisierte die Unionsabgeordnete Christiane Schenderlein (CDU) in der Debatte. Schon deshalb werde die Union dem neuen FFG die Zustimmung verweigern. Da nutzte es auch nichts, dass Roth kämpferisch ankündigte, sie werde sich auch weiterhin für das Steueranreizmodell und die Investitionsverpflichtung einsetzen. In dieser Legislaturperiode werden diese Vorhaben nicht mehr verwirklicht.

Mahnende Worte deutscher Regisseure an den Bundestag

In der vergangenen Woche hatten noch namhafte Regisseure wie Wim Wenders, Volker Schlöndorff und Tom Tykwer in einem offenen Brief an den Bundestag vor einem Scheitern des FFG gewarnt: Der deutsche Film sei „in höchster Gefahr" und mit ihm mehr als 100.000 Arbeitsplätze, die deutschlandweit an der Filmproduktion hängen. Ginge das Gesetz nicht durchs Parlament, würden selbst erfolgreiche Filmemacher in die Pleite gehen, mahnte Schlöndorff gegenüber der Presse.

Eigentlich hatte der Kulturausschuss dem Gesetzentwurf bereits am 6. November mit den Stimmen der ehemaligen Koalitionsfraktionen mit kleineren Änderungen grünes Licht erteilt. Doch just an diesem 6. November endete in den Abendstunden die Ampelkoalition. Am vergangenen Mittwoch überwies der Bundestag die Gesetzesvorlage schließlich zur erneuten Beratung in den Kulturausschuss zurück. So wurde der Diversitätsbeirat, der künftig bei der FFA angesiedelt werden sollte, um bei den Themen Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Antidiskriminierung zu beraten, auf Drängen der FDP wieder ersatzlos gestrichen. Bei SPD und Grünen stieß dies zwar auf Kritik, doch um des Kompromisses willen stimmten sie zu.

Auch der fraktionslose Stefan Seidler (SSW) monierte in der Debatte die Streichung des Diversitätsbeirats und legte einen eigenen Änderungsantrag vor, der aber abgelehnt wurde.

Bei den sogenannten Medialeistungen wurden ebenfalls erneut Änderungen vorgenommen. So können Fernsehsender und Streamingdienste bis zu 15 Prozent der Filmabgabe in Form von Werbezeiten für Kinofilme erbringen. Bislang waren es bis zu 40 Prozent. In der durch den Ausschuss am 6. November geänderten Fassung war der Anteil der Medialeistungen sogar auf 12,5 Prozent gesenkt worden.

Berücksichtigung wirtschaftlicher und kultureller Erfolge

Insgesamt wird die Filmförderungsanstalt durch das verabschiedete Gesetz gestärkt. Sie wird zukünftig sowohl für die abgabefinanzierte Filmförderung als auch für die kulturelle und jurybasierte Filmförderung verantwortlich sein. Zudem wird die Produktions- und Verleihförderung weitestgehend automatisiert. Über die Förderung soll ein Referenzmodell entscheiden, das auch die wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge früherer Filmproduktionen berücksichtigt. *Alexander Weinlein*

Zuwanderungspolitik

Dauerstreitpunkt Migration

Zum Jahresausklang nochmals harsche Töne

Auch an seinem letzten Sitzungstag dieses Jahres hat der Bundestag am Freitag gleich mehrfach über die Zuwanderungspolitik debattiert. Am Nachmittag (nach Redaktionsschluss) stand dazu ein AfD-Antrag (20/14239) auf der Tagesordnung, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei nur vorübergehendem Schutz auszuschließen. Zuvor hatte das Parlament einen CDU/CSU-Antrag mit dem Titel „Irreguläre Migration stoppen, humanitäre Verantwortung erfüllen" (20/14253) an die Ausschüsse überwiesen.

Darin plädiert die Union dafür, Personen an den Binnengrenzen zurückzuweisen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums Aufnahme gefunden haben oder einen Asylantrag auch in einem Staat stellen können, aus dem sie einreisen wollen. Ergänzend sollen laut Vorlage die Voraussetzungen für Asylverfahren in Drittstaaten geschaffen werden. Daneben dringt die Fraktion auf weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung und fordert unter anderem, „Integration verbindlicher zu gestalten".

In der Debatte warb Andrea Lindholz (CSU) für eine Kurswende in der Migrationspolitik, nachdem die „Ampel" bei der Reduzierung irregulärer Migration „krachend gescheitert" sei. Sebastian Hartmann (SPD) kritisierte im Gegenzug, der Unions-Antrag enthalte „Ausgrenzung, Abgrenzung, Abschottung" und treibe den Populismus voran. Stephan Thomae (FDP) sagte, die von der Union geforderte Kehrtwende in der Migrationspolitik sei bereits eingeleitet worden. Filiz Polat (Grüne) monierte, die CDU/CSU wolle trotz Arbeitskräftemangels ein „Land ohne Einwanderung". Gottfried Curio (AfD) hielt der „Merz-Union" vor, sie wolle keinen ihrer Vorschläge durchsetzen, sondern die AfD ausgrenzen. *sto*

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Das Warten geht weiter

Die Umsetzung der Strukturreform ist ungewiss

Die geplante Strukturreform von Deutschlands größer Kultureinrichtung könnte sich wegen des vorzeitigen Endes der Legislatur auf unbestimmte Zeit verschieben. Der Bundestag überwies zwar am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/13952) über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPD) zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss. Ob das Gesetz aber noch an den verbleibenden, wenigen Sitzungstagen des Bundestages im Januar und Februar verabschiedet wird, ist ungewiss.

Konkret sieht der Gesetzentwurf deutliche Veränderung in den Strukturen und der Arbeitsweise der SPK vor, die für 25 Museen, Bibliotheken, Archive und Forschungsinstitute und rund 2.000 Mitarbeiter verantwortlich ist. So soll die Stiftung zukünftig nicht mehr allein von einem Präsidenten geführt werden, sondern von einem kollegialen bis zu siebenköpfigen Vorstand. Im Gegenzug soll der Stiftungsrat von 20 auf neun Mitglieder verkleinert werden. Herausgehobene Führungspositionen sollen nur noch zeitlich befristet besetzt werden und Verbeamtungen die Ausnahme bleiben. Zudem sollen die Stiftung und ihre einzelnen Einrichtungen deutlich autonomer über den Einsatz ihrer Gelder entscheiden können. All dies soll die SPK effizienter und international konkurrenzfähiger machen.

Bereits 2020 hatte der von der damaligen Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) eingesetzte Wissenschaftsrat der SPK einen erheblichen Reformbedarf attestiert. Im Dezember 2022 hatte dann der Stiftungsrat die Eckpunkte für eine Reform vorgelegt. Doch es sollten weitere zwei Jahre vergehen, bis Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) Mitte November den Gesetzentwurf durch das Kabinett brachte. Da war die Ampel bereits gescheitert. *aw*

Wahl in Sachsen

Kretschmer fordert neue politische Kultur

In Sachsen steht Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) jetzt an der Spitze einer Minderheitsregierung mit der SPD. Der Opposition hat er einen »Konsultationsmechanismus“ versprochen, um Mehrheiten zu organisieren. Eine Zusammenarbeit mit der AfD wird ausgeschlossen

Ziemlich nervös wirkte Michael Kretschmer (CDU), während er im Plenarsaal des Dresdner Landtags auf das Abstimmungsergebnis wartete. Mit Keksen einer Kollegin wurde der Regierungschef versorgt und trommelte mit den Fingern auf der Tischplatte herum. Dann die Erlösung. Mit einer deutlichen Mehrheit von 69 der 120 Stimmen wurde Kretschmer am Mittwoch im zweiten Wahlgang wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Sichtlich erleichtert nahm der CDU-Politiker das Ergebnis auf.

In seiner Dankesrede wertete er die Wahl als Signal des Aufbruchs. „Wir können für Sachsen gestalten. Wir können diesem Land Sicherheit geben. Wir können eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen“, sagte er und fügte hinzu, sein Wunsch sei eine Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.

Im ersten Wahlgang war er auf nur 55 Stimmen gekommen, 61 Stimmen wären für die absolute Mehrheit nötig gewesen. Bei der Wahl kandidierten neben Kretschmer auch AfD-Fraktionschef Jörg Urban sowie Matthias Berger von den Freien Wählern.

Kretschmer geht in seine dritte Amtszeit als Ministerpräsident

Es ist schon Kretschmers dritte Amtszeit. Der 49-jährige gebürtige Görlitzer hatte 2017 das Amt von Stanislaw Tillich (CDU) übernommen, der nach Wahlerfolgen der AfD in Sachsen zurückgetreten war. Der gelernte Büroinformationselektroniker und Diplom-Wirtschaftsingenieur saß zuvor 15 Jahre lang für die CDU im Bundestag. Auch Kretschmer konnte nicht verhindern, dass die CDU bei der Wahl 2019 von fast 40 auf 32,1 Prozent abstürzte.

Die Koalition aus CDU, SPD und Grünen, die Kretschmer seit 2019 anführte, erreichte bei der Landtagswahl am 1. September 2024 keine Mehrheit mehr, auch wenn sich die CDU mit 31,9 Prozent vor der AfD mit 30,6 Prozent knapp als stärkste Kraft behaupten konnte.

Die CDU kommt damit nur noch auf 41 Abgeordnete, die SPD mit 7,3 Prozent auf zehn Sitze. Kretschmer hatte sich strikt für eine Regierung mit einer stabilen Mehrheit ausgesprochen. Er wolle keine „Thüringer Verhältnisse“, hatte er mit Blick auf die Minderheitsregierung im Nachbarland betont. Doch nachdem das BSW aus den gemeinsamen Sondierungsgesprächen ausgestiegen war, verfügen die Koalitionäre über keine eigene Mehrheit mehr und sind mit zusammen 51 Abgeordneten auf Unterstützung aus anderen Fraktionen angewiesen. Es fehlen zehn Stimmen.

Das BSW ist nach 11,8 Prozent bei der Landtagswahl mit 15 Frauen und Männern im Landtag vertreten. Zweitstärkste Fraktion ist jedoch die AfD mit 40 Abgeordneten. Grüne und Linke kommen auf sieben beziehungsweise sechs Parlamentarier, die Freien Wähler auf einen.

Nervös berieten die Fraktionen bis kurz vor der Wahl des Ministerpräsidenten über ihre Strategie. So schien der Ausgang der Wahl zunächst völlig ungewiss. Erst am Tag zuvor hatten CDU und SPD ihren 110-seitigen Koalitionsvertrag unterzeichnet.

Die BSW-Fraktion hatte Kretschmer und dessen Herausforderer Matthias Berger noch einmal eingeladen und soll auf Zugeständnisse beim Thema Krieg und Frieden gedrungen haben. Keiner der beiden Kandidaten soll dabei völlig überzeugt haben, gab BSW-Landeschefin Sabine Zimmermann später zu Protokoll. Den Abgeordneten ihrer Fraktion sei sodann das Abstimmverhalten freigestellt worden.

Zudem wirkten offensichtlich Verletzungen fort, die Kretschmer den Grünen während der Regierungszeit und im Wahlkampf zugefügt hatte. Immer wieder hatte er betont, dass er mit ihnen nicht weiter regieren wolle. Die Grünen empfanden es zudem als demütigend, dass er erst lange nach der Landtagswahl mit einem Gesprächsangebot bei ihnen anklopfte. Sie hielten Kretschmer zudem vor, auch mit der AfD gesprochen zu haben. Zumindest im ersten Wahlgang sollte es daher keine Grünen-Stimmen für Kretschmer geben. Ungewiss war zunächst das Stimmverhalten der Linken.

Die Grünen wollten auch mit Nein stimmen dürfen

Dass Kretschmer im ersten Wahlgang mit 55 Stimmen die absolute Mehrheit zunächst verfehlte, überraschte unter diesen Umständen nicht. AfD-Fraktionschef Urban kam auf 40 Stimmen, was der Zahl der AfD-Abgeordneten entsprach. Auf Berger entfielen sechs Stimmen. Er hatte für eine „Expertenregierung“ unter Beteiligung aller Fraktionen geworben.

Vor der Wahl hatten die Grünen vergeblich beantragt, auf dem Stimmzettel auch die Möglichkeit für eine Nein-Stimme vorzusehen, damit Abgeordnete sämtliche Wahlvorschläge ablehnen könnten. Dem mochte jedoch die Mehrheit des Landtags nicht folgen.

Im zweiten Wahlgang trugen dann möglicherweise die Zusagen Kretschmers an Grüne, BSW und Linke Früchte, sie im Rahmen eines „Konsultationsmechanismus“ bei Gesetzesvorhaben einzubinden. Möglicherweise hat aber auch die Furcht vor Winkelzügen der AfD-Fraktion zu dem guten Ergebnis Kretschmers einen Beitrag geleistet. „Wir wussten, dass die AfD den ‚Kemmerich-Moment‘ versuchen wird“, sagte Grünen-Fraktionschefin Franziska Schubert später in Anspielung auf die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich 2020 durch AfD-Stimmen zum Thüringer Ministerpräsidenten. Die Fraktion habe deshalb entschieden, die Wahl eines demokratisch gewählten Regierungschefs „nicht zu verhindern“.

Auch die Linken stimmten wohl für Kretschmer, damit „kein Chaos“ entstehe, wie die Fraktionsvorsitzende Susann Schaper es formulierte. Tatsächlich entfiel auf Urban im zweiten Wahlgang nur noch eine Stimme, während Berger von den Freien Wählern 39 Stimmen auf sich vereinen konnte. Urban räumte später ein, dass die AfD-Fraktion den Konkurrenten Berger in der Hoffnung auf weitere Abweichler unterstützt habe.

Wie der von Kretschmer angekündigte Konsultationsmechanismus praktisch ausgestaltet werden soll, ist indes noch etwas unklar. Offensichtlich denkt er dabei an ein Verfahren jenseits von Parlamentsausschüssen.

Opposition will Zugeständnisse von der Koalition

Die anderen Fraktionen gaben jedoch noch am Wahltag zu verstehen, dass ihre Zustimmung zu Vorhaben der Regierung einen Preis haben werden. Das BSW sei jetzt in einer anderen Position als bei den Sondierungsgesprächen, machte Zimmermann klar. „Wir können mehr machen als in einer Koalition.“ Jetzt müssten CDU und SPD auf das BSW zukommen und verhandeln. „Wir sitzen am längeren Hebel.“ Für die Grünen stellte Schubert klar, dass der Konsultationsmechanismus auf Augenhöhe stattfinden müsse. Die Linke Schaper bekundete: „Wir sehen den Konsultationsmechanismus und die Minderheitsregierung als Chance.“ Dann könnten die Linken ihre Anliegen umsetzen, was 34 Jahre lang in Sachsen nicht möglich gewesen sei.

Schon einen Tag nach der Wahl Kretschmers kündigte die Fraktion eine Gesetzesinitiative an: Der Tag des Kriegsendes, der 8. Mai, solle als „Tag der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg“ staatlicher Gedenk- und Trauertag werden.

Kretschmer sieht den Konsultationsmechanismus als direkte Folge des Landtagswahlergebnisses an. Die erste große Aufgabe sei die Verabschiedung eines neuen Haushalts. Ein Knackpunkt bleibt der Umgang mit der AfD. Zwar haben die Koalitionäre eine Zusammenarbeit formal ausgeschlossen. Dennoch ist zumindest zeitweise eine Änderung im Ton hörbar. Es sei vereinbart worden, dass zusammen mit der AfD keine Suche nach Mehrheiten betrieben werde, betonte CDU-Fraktionschef Christian Hartmann. Und weiter: „Wir werden verantwortungsvolle Angebote machen, und andere werden sich genau überlegen müssen, ob sie diese Kompromisse mittragen.“

Kretschmer sagte im MDR: „Wir werden mit jedem reden.“ Er sehe die große Chance für eine neue politische Kultur.

Ralf Hübner

Der Autor ist freier Korrespondent in Dresden.

Zwei Wahlgänge brauchte es für die dritte Amtszeit: Michael Kretschmer (CDU) bei seiner Vereidigung im Landtag in Dresden.

© picture-alliance/photothek.de/FlorianGaertner

Wahl in Thüringen

Alles glatt gelaufen

Mario Voigt (CDU) ist zum neuen Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt worden

Die Spannung war groß, als am Donnerstag vergangener Woche im Thüringer Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten anstand. Würde es wieder eine turbulente Sitzung werden wie bei der Konstituierung des Parlaments mit gegenseitigen Vorhaltungen und Geschäftsordnungsanträgen? Würde die neue Koalition von CDU, SPD und BSW die nötige Mehrheit der Stimmen bekommen, obgleich es im Landtag von Erfurt ein Patt gibt?

Am Ende verlief die Wahl erstaunlich reibungslos. Mario Voigt (CDU) heißt der neue Ministerpräsident von Thüringen. Schon im ersten Wahlgang erhielt der 47-jährige Politikwissenschaftler aus Jena die absolute Mehrheit, obgleich das neue Parteienbündnis keine eigene Mehrheit im Landtag hat, sondern nur auf 44 der insgesamt 88 Mandate kommt. Die CDU stellt im Landtag 23 Abgeordnete, das BSW 15 und die SPD sechs.

Voigt erhielt bei der Wahl auch Stimmen von der Opposition

Für den bisherigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Voigt stimmten bei der Wahl zum Ministerpräsidenten 51 Abgeordnete, 33 votierten gegen ihn, vier Abgeordnete enthielten sich. Für die absolute Mehrheit waren 45 Stimmen nötig. Er erhielt also auch Stimmen aus der Opposition.

Voigt nahm die Wahl an und versicherte in seiner ersten Rede als Regierungschef, er wolle sich zuvorderst am Wohl des Landes orientieren. Er dankte den bisherigen Ministerpräsidenten des Freistaates, darunter auch ausdrücklich dem scheidenden Regierungschef Bodo Ramelow von der Linkspartei, der das Land durch „schwierige“ Zeiten geführt habe. Ramelow war zehn Jahre lang Ministerpräsident in Thüringen und führte seit März 2020 eine Minderheitsregierung aus Linken, SPD und Grünen.

Die überraschend glatte Wahl des Ministerpräsidenten ist auf eine Vereinbarung mit der Linkspartei zurückzuführen, die der Koalition kurz vor der Abstimmung zugesagt hatte, für Voigt zu stimmen, um die politische Pattsituation im Parlament aufzuheben. „Die AfD darf keine Bühne bekommen“, begründete der Thüringer Linksfraktionschef Christian Schaft die Entscheidung. Die Thüringer AfD wird vom Landesverfassungsschutz als erwiesen rechtsextremistisch eingestuft. Eine Koalition oder Zusammenarbeit mit der AfD schlossen alle anderen Parteien aus.

Schon bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments Ende September hatte es unter der Leitung des AfD-Alterspräsidenten Jürgen Treutler tumultartige Szenen und Chaos im Plenarsaal gegeben. Hintergrund war ein Streit über die Geschäftsordnung. Die Sitzung musste unterbrochen werden. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof verkündete später, dass Treutler seine Kompetenzen in der ersten Landtagssitzung überschritten und die Rechte der Abgeordneten verletzt habe.

Die AfD hatte am 1. September in Thüringen einen historischen Wahlerfolg errungen und wurde erstmals bei einer Landtagswahl stärkste politische Kraft. Sie erreichte mit ihrem Spitzenkandidaten Björn Höcke 32,8 Prozent der Zweitstimmen und damit im Landtag eine Sperrminorität. Die CDU kam auf 23,6 Prozent der Stimmen. Das BSW erzielte bei der Wahl 15,8 Prozent der Stimmen, die Linke stürzte hingegen auf 13,1 Prozent ab (2019: 31 Prozent). Die SPD kam auf 6,1 Prozent. Grüne und FDP blieben mit 3,2 beziehungsweise 1,1 Prozent klar unter der Fünf-Prozent-Hürde und sind im neuen Erfurter Landtag nicht mehr vertreten.

Regeln im Umgang der Fraktionen durch »Pflichtenheft«

Die kurzfristige Vereinbarung mit der Linken sollte auch ein politisches Fiasko wie 2020 verhindern, als der FDP-Politiker Thomas Kemmerich durch AfD-Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, nach heftiger Kritik von verschiedenen Seiten wenige Tage später jedoch von dem Amt zurücktrat. Die Linke knüpfte ihre Unterstützung jedoch an Bedingungen.

So sollen Regeln aufgestellt werden im Umgang der vier Fraktionen bei Abstimmungen. Zudem soll eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen sein. Voigt sprach von einem „Pflichtenheft“. Die in der Nacht vor der Wahl getroffene Vereinbarung soll für die gesamte Legislaturperiode gelten. Für die CDU gilt eigentlich ein Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der Linken.

Voigt ist schon seit 2009 Mitglied im Thüringer Landtag. Er hat sich in der Bildungspolitik engagiert sowie im Haushalts- und Finanzausschuss. Seit 2022 ist er auch Landesvorsitzender der CDU in Thüringen und hat mit BSW und SPD den Koalitionsvertrag ausgehandelt.

Koalition definiert Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Die Verhandlungen waren begleitet von Streitfragen über Krieg und Frieden. Die BSW-Spitze hatte gefordert, dass das Bekenntnis zum Frieden eine prägende Rolle auch in der Landespolitik spielen müsse. Die Friedenspolitik hat nun Einzug gefunden in den Koalitionsvertrag.

In seiner Antrittsrede kündigte Voigt eine auf Verständigung und Respekt angelegte Politik an. In Anspielung auf seine erfolgreiche Wahl als Ministerpräsident gleich im ersten Wahlgang sprach er von einem „Geist der Zusammenarbeit“ und einer „neuen politischen Kultur“. Die Koalition wolle sich von einem menschlichen Umgang leiten lassen, um das Beste für Thüringen zu erreichen.

Voigt kündigte in seiner Antrittsrede sechs Themenschwerpunkte für die künftige Arbeit der Koalition an: Bildung, Wirtschaft, Gesundheit, Migration, Kommunalstrukturen und Digitales und lud alle Interessierten ein, daran mitzuwirken. Er betonte: „Wir sind nicht nur das Land der Dichter und Denker, sondern auch der Tüftler und Bastler.“ *Claus Peter Kosfeld*

Zufrieden nach der Wahl: Der bisherige Ministerpräsident Ramelow (links) und der neue Amtsinhaber Voigt © picture-alliance/dpa | Martin Schutt

7 FRAGEN AN MINISTERPRÄSIDENT MARIO VOIGT

»Wir sollten weg von der Ideologie «

Mario Voigt ist mit 47 Jahren Deutschlands jüngster Ministerpräsident © Mario Vogt

Der Landtagspräsident hatte vorsorglich schon das Verfahren für einen 3. Wahlgang erläutert und dann wurden Sie im 1. Wahlgang gewählt. Dabei hat Ihre Koalition keine Mehrheit im Landtag. Was ist da passiert?

Der 12. Dezember 2024 ist ein Tag des Aufbruchs und der Tag, an dem Thüringen seinen Ruf als politische Problembeschreibung verloren hat. Dass meine Wahl zum Ministerpräsidenten bereits im ersten Wahlgang erfolgreich war, weiß ich sehr zu schätzen. Ich begreife es auch als politisches Kapital, das ich einsetzen werde, um die Alltagssorgen der Thüringerinnen und Thüringer anzupacken. Wir haben uns als konkrete Ausgestaltung des neuen prälegislativen Konsultationsmechanismus für einen konstruktiven Dialog mit der demokratischen Opposition im Thüringer Landtag als CDU, BSW und SPD im Vorfeld der Ministerpräsidentenwahl verpflichtet. Damit haben wir nicht nur die Grundlage für eine erfolgreiche Wahl, sondern auch für einen Geist des Miteinanders gelegt.

Das heißt, Ihre Koalition hat jetzt in Wahrheit nicht vier, sondern weiter drei Koalitionspartner? Oder regiert die Linkspartei heimlich mit?

Meine Wahl zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang ist nicht als plötzlicher Zuwachs eines weiteren Koalitionspartners durch die Hintertür zu verstehen. Die Linke ist dadurch auch nicht in eine Tolerierung eingetreten, sondern befindet sich nach wie vor in der Opposition. So betont es auch die Linke selbst. Gleichwohl habe ich bereits in meiner Antrittsrede im Thüringer Landtag alle Abgeordnete dazu eingeladen, durch ein gemeinsames Ringen um die beste Sache, konstruktiv an der Lösung der drängenden Themen in Thüringen mitzuwirken. Die besten Lösungen entstehen aber nicht hinter verschlossenen Türen, sondern im offenen Dialog miteinander. Zu einem solchen lade ich Die Linke herzlich ein. Sie sehen also: Von Heimlichkeit keine Spur.

Ist die Koalition mit 44 von 88 Sitzen für Sie eine Minderheitsregierung?

Wichtig zu betonen ist doch Folgendes: Wir verfügen in Thüringen über eine stabile Regierung und eine De-facto-Mehrheit. Es gibt einen gewählten Ministerpräsidenten und ein handlungsfähiges Parlament, auch weil gegen die Brombeer-Fraktionen keine Mehrheit gebildet werden kann. Wir haben den Anspruch, die Probleme der Leute in Thüringen zu lösen, dadurch Vertrauen zu gewinnen und den Freistaat gut zu führen. Für diese Zielstellung sind wir jederzeit bereit, mit einer demokratischen und konstruktiven Opposition zusammen zu arbeiten. Wir sind ausdrücklich kein Bündnis der Bequemlichkeit, sondern eine Allianz der Tat, die sich an den Alltagssorgen der Menschen orientiert.

Wie soll denn das „Prälegislative Konsultationsverfahren“ ganz konkret funktionieren?

Wir werden parlamentarische Initiativen, von denen wir als Koalition überzeugt sind, dass sie eine gute Politik für Thüringen bedeuten, allen Fraktionen im Thüringer Landtag vor der Einbringung ins Parlament für eine Stellungnahme zuleiten. Die inhaltlichen Anregungen werden wir uns dann in der Koalition ganz genau anschauen und – wenn sie nach unserer Einschätzung einen konstruktiven Beitrag für die jeweilige Initiative darstellen – auch entsprechend einarbeiten. Wir haben ein großes Interesse daran, auch die Ideen der demokratischen Opposition zu berücksichtigen und insbesondere daran, dass die Gesellschaft wieder stärker zusammenfindet. Allen Partnern in der Regierung ist es ein wichtiges Anliegen, dies als neue politische Kultur in Thüringen zu fordern und zu fördern – auch die Stimmen der Wähler, die fern unserer demokratischen Überzeugungen gewählt haben, müssen gehört werden, wenn es um konkrete Probleme im Land geht. Wir sollten weg von der Ideologie, hin zu einem pragmatischen Ansatz, das kann für alle Beteiligten gelten.

Macht das die Erarbeitung von Gesetzentwürfen nicht langsamer?

Das Gegenteil wird möglich sein. In Zeiten der Minderheitsregierung ist das Parlament häufig von plötzlichen Vorlagen seitens der Regierung überrascht worden, wodurch parlamentarische Abläufe verlängert wurden. Mit dem Konsultationsverfahren wissen wir frühzeitig, wie die Fraktionen zu Initiativen stehen und können als Landesregierung den parlamentarischen Weg sogar beschleunigen. Wenn wir mit Blick auf die Konsultationen vorausschauend agieren und die Opposition sich ähnlich engagiert einbringt, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir auch in der gebotenen Kürze zu konkreten Verbesserungen für die Thüringerinnen und Thüringer kommen.

Macht Ihnen die Situation um die Sperrminorität Sorgen? Ohne die AfD können beispielsweise keine Verfassungsrichter gewählt werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass in der Justiz fünf Jahre lang kein Richter oder Staatsanwalt berufen werden kann. Deswegen werden wir alles dafür tun, dass das möglich wird und wir die Funktion des Staates gewährleisten. Es gibt bereits eingeübte Gesprächsformate zwischen den parlamentarischen Geschäftsführer im Parlament und dort gehört diese Diskussion auch hin. Die Thüringer Wähler haben entschieden, dass die AfD ein Drittel der Mandate hat. Das gehört zur Demokratie dazu. Wenn es die AfD ernst meint, in Thüringen nicht nur zu blockieren, sondern auch etwas nach vorne zu bringen, dann sollte sie sich Lösungsangeboten auch nicht verwehren.

Sie sind Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, dort liegt Weimar. Die Weimarer Republik ist auch an Minderheitsregierungen gescheitert. Sind solche Warnungen auch heute noch angebracht?

Die Geschichte der Weimarer Republik lehrt uns viel, doch die heutige parlamentarische Demokratie in Deutschland ist eine andere. Sie ist gefestigt, resilient und auf einem Fundament aufgebaut, das aus genau diesen Erfahrungen der Vergangenheit erwachsen ist. Deshalb bin ich überzeugt: Geschichte wiederholt sich nicht. Gleichzeitig nehmen wir die Herausforderungen der heutigen politischen Landschaft sehr ernst. Wir erleben Veränderungen im Parteiensystem, die ein erhöhtes Maß an Verantwortung und Dialogbereitschaft von allen demokratischen Kräften erfordern. Unser Ansatz basiert auf tragfähigen Konzepten für eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung. Die Verantwortung, die wir tragen, geht dabei über den politischen Alltag hinaus. Es ist unsere Aufgabe, das demokratische Fundament zu stärken und den Raum für radikale Kräfte einzuschränken. Dafür braucht es starke, gesprächsfähige Parteien in der Mitte und den klaren Willen, demokratische Werte zu bewahren.

Das Interview führte Christian Zentner.

Sichtlich erleichtert nimmt der alte und neue Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) nach der Wahl im Landtag Glückwünsche und Blumen entgegen. Neben ihm Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke.

© picture alliance/dpa/ Sebastian Gollnow

Wahl in Brandenburg

Woidke wiedergewählt

In Brandenburg ist die bundesweit erste Landesregierung aus SPD und BSW nach einem Holperstart im Amt. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) setzte sich erst im zweiten Wahlgang durch

Durchweg gelungen ist sie nicht, diese Premiere auf der Politikbühne. Aber jetzt steht Deutschlands erste rot-lila Koalition auf Landesebene. Brandenburg wird künftig von einem Kabinett aus SPD und BSW regiert, erneut angeführt von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Vorangegangen war am Mittwoch vergangener Woche im Potsdamer Landtag – auch das ein Novum – ein wahrer Wahlkrimi: Erstmals in der 34-jährigen Brandenburger Parlamentsgeschichte scheiterte ein Ministerpräsident im ersten Wahlgang.

Woidke erhielt in der geheimen Abstimmung zunächst nicht die erforderliche Mehrheit von 45 Stimmen, obwohl SPD und BSW zusammen über 46 der insgesamt 88 Mandate im Landtag verfügen. Nur 43 Abgeordnete votierten für ihn. Es gab 40 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig.

Erst in der zweiten Runde wurde der 63-jährige promovierte Agraringenieur aus der Lausitz im Amt bestätigt. Diesmal erhielt er sogar 50 Stimmen von den anwesenden 87 Parlamentariern, die damit den Weg freimachten für Woidkes vierte Amtszeit. Es gab 36 Gegenstimmen und eine Enthaltung. Woidke ist schon seit 2013 Ministerpräsident. Brandenburg wird seit 1990 mit wechselnden Partnern von der SPD regiert.

Machtdemonstration im Bundesrat

Die „Generalprobe“ war zuvor noch glatt über die Bühne gegangen: Bei Landesparteitagen nahmen sowohl SPD als auch BSW einstimmig den Koalitionsvertrag an, für den BSW-Bundesparteichefin Sahra Wagenknecht in Potsdam geworben hatte. Das BSW, in Brandenburg erst im Mai gegründet und nur 50 Mitglieder stark, habe wichtige Akzente im Koalitionsvertrag gesetzt. An einigen Stellen seien der Woidke-SPD „Inhalte aufgezwungen“ worden, etwa ein Smartphone- und Tablet-Verbot in Grundschulen, eine kritische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen und den Erhalt aller Krankenhaus-Standorte im Land.

> Wir haben nicht vor, ein Außenministerium zu bilden.
>
> MINISTERPRÄSIDENT DIETMAR WOIDKE (SPD)

Für Letzteres hatte Woidke unlängst in einer Machtdemonstration die bisherige Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) öffentlich düpiert. Er entließ sie auf dem Flur des Bundesrates, weil sie, anders als Woidke, für die Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) stimmen wollte.

Dafür gab es beim BSW-Parteitag Lob von Wagenknecht. Besonders hob sie vor den Delegierten aber hervor, dass das Thema Krieg und Frieden Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden habe. Es sei wichtig, dass das BSW in der Präambel verankert habe, dass der Ukraine-Krieg mit diplomatischen Mitteln beendet werden müsse. „Ihr habt das wunderbar verhandelt“, betonte die Parteigründerin.

Aber genau dieser Formelkompromiss, die Ablehnung weiterer Waffenlieferungen an die von Russland völkerrechtswidrig angegriffene Ukraine, könnten der Grund sein, warum Woidke im ersten Wahlgang womöglich auch aus den eigenen Reihen ein Denkzettel verpasst bekam. Auch die Forderung des BSW, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu beenden, sehen einige Sozialdemokraten mit Argwohn.

Vorbehalte gegen das Bündnis mit dem BSW

Der bisherige SPD-Wirtschaftsminister Jörg Steinbach, der den US-amerikanischen E-Autobauer Tesla ins märkische Grünheide holte, hatte bereits in der Endphase der Koalitionsverhandlungen erklärt, dass er für einen Posten in einer SPD/BSW-Regierung nicht zur Verfügung stehe. Er begründete die Absage „insbesondere“ mit den politischen Positionen der BSW-Bundesspitze.

Tatsächlich freuen sich laut einer aktuellen Umfrage im Auftrag des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) fast zwei Drittel der Brandenburger nicht über Deutschlands erste Koalition aus SPD und BSW. Nur 30 Prozent der Befragten finden das Bündnis gut oder sehr gut.

Woidke erklärte wiederum Ende November bei der Vorstellung des Vertragsentwurfs, ihm sei bewusst, dass es nicht nur innerhalb seiner Partei, sondern auch in der Bevölkerung Vorbehalte gegen ein Bündnis mit dem BSW gebe. Er gab sich pragmatisch und sagte: „Wir haben nicht vor, ein Außenministerium zu bilden.“ Es gehe darum, „für unser Land, für die Menschen in Brandenburg das Beste zu erreichen.“

Eine Alternative gab es nach der Landtagswahl vom 22. September ohnehin nicht, da nur SPD und BSW zusammen auf eine knappe Mehrheit kommen und alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit der vom Landesverfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuften AfD ausgeschlossen hatten.

Die SPD setzte mit Spitzenkandidat Dietmar Woidke auf einen Alles-oder-nichts-Wahlkampf. Der Ministerpräsident hatte angekündigt, nicht mehr zur Verfügung zu stehen, sollte die SPD hinter der AfD landen. Am Ende reichte es für einen knappen Vorsprung. Mit Kollateralschäden: Linke und Grüne scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde, flogen genauso aus dem Landtag wie die Freien Wähler.

Spekulationen über das Ergebnis im zweiten Wahlgang

Vor allem die Grünen, die die vergangenen fünf Jahre mit SPD und CDU in einer sogenannten Kenia-Koalition regierten, machten Woidkes Anti-AfD-Strategie dafür mitverantwortlich, beklagten, Leihstimmen an die SPD verloren zu haben. Die FDP, seit zehn Jahren nicht mehr Brandenburger Parlament vertreten, fiel auf ihren Tiefstwert von 0,8 Prozent.

So sind im 88-köpfigen Potsdamer Landtag, der sich bereits am 16. Oktober konstituiert hat, nur vier Fraktionen vertreten: Die SPD mit 32, die AfD mit 30, das BSW mit 14 und die CDU mit zwölf Mandaten.

Das warf bei Woidkes Erfolg im zweiten Wahlgang Fragen auf: Woher kamen plötzlich die nun sogar 50 Stimmen für ihn?

CDU-Fraktionschef Jan Redmann, gescheiterter Herausforderer im Wahlkampf, der erster CDU-Ministerpräsident Brandenburgs werden wollte, äußerte die Vermutung, dass Woidke womöglich mit Stimmen der AfD wiedergewählt worden sei. Es könnte ungeachtet von Woidkes Brandmauer-Kurs einen Deal zwischen SPD und AfD gegeben haben. „Dietmar Woidke ist nach Thomas Kemmerich der zweite Ministerpräsident, der mit den Stimmen der AfD ins Amt kommt“, schrieb Redmann auf der Plattform X. Aus der CDU habe es keine Zustimmung zu dieser Koalition gegeben.

AfD-Fraktionschef Hans-Christoph Berndt konterte: „Das ist ausgeschlossen. Jedermann weiß, dass die Stimmen für Woidke nur von der CDU gekommen sein können.“

Und der neue, alte Ministerpräsident? Das seien „infame Unterstellungen“ der CDU, sagte er nach seiner Wiederwahl in Fernseh-Interviews. „Wir sollten uns auf die Aufgaben konzentrieren“, betonte Woidke und nannte einige Herausforderungen für die Regierung. Die wirtschaftliche Entwicklung müsse weiter auf einem guten Niveau gehalten werden. Zudem müsse das Land im Bildungsbereich besser und bei der Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt schneller werden.

Schaffen will der Regierungschef das mit einer Mischung aus teils bereits bewährten Ministerinnen und Minister aus seinem Vorgänger-Kabinett und den Neulingen vom BSW, die mit Finanzen, Infrastruktur und Gesundheit drei von neun Ressorts besetzen, die Staatskanzlei nicht mitgezählt.

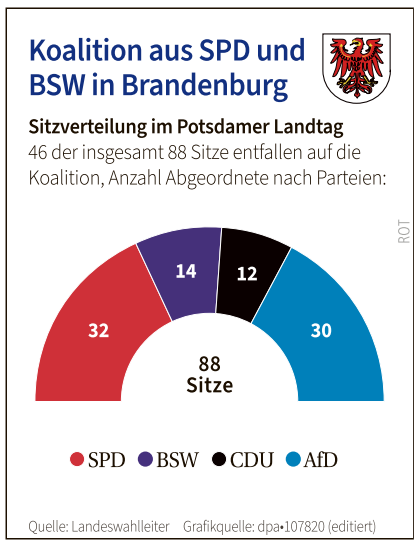
Ein Novum: Fachwissen kann über Parteibuch gehen. Staatssekretär im SPD-geführten Landwirtschaftsministerium wird der frühere Landesvorsitzende der FDP – ein Agrarexperte. Das BSW holt sich eine ausgewiesene Verkehrsfachfrau als Staatssekretärin ins Infrastrukturministerium – sie ist CDU-Mitglied.

Und noch eine Premiere gab es in Potsdam: So viel Ostdeutschland war noch nie wie in Woidkes neuer, paritätisch mit Frauen und Männern besetzter Regierung. Abgesehen von BSW-Landesparteichef Robert Crumbach, dem neuen Finanz- und Europaminister, sind alle Mitglieder des Kabinetts im Osten geboren oder aufgewachsen.

Auch Vize-Regierungschef Crumbach, von Beruf Arbeitsrichter und zuvor vier Jahrzehnte SPD-Mitglied, lebt und arbeitet seit 1991 in der Mark. Beim Parteitag mit Wagenknecht vor einer Woche hatte er, der gebürtige Wessi, versprochen: „Wir wollen darauf achten, dass Führungspositionen im Land endlich auch mit Ostdeutschen besetzt werden und Ostdeutsche und ihre Lebensleistungen nicht immer hinten runterfallen.“

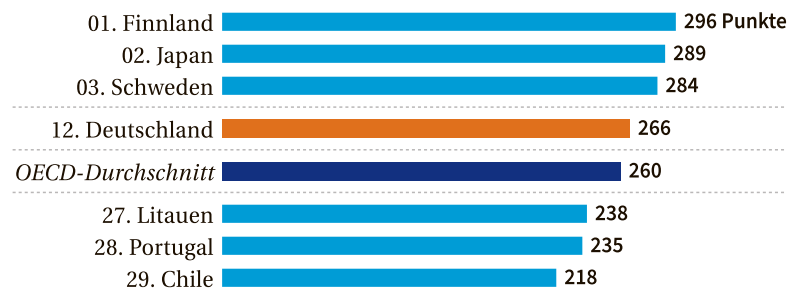
Marion Kaufmann

Die Autorin ist stellvertretende Chefredakteurin der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“.



Lesekompetenz innerhalb der OECD*

Befragungen unter 29 teilnehmenden OECD-Staaten.
Reihenfolge nach Lesekompetenzwerten (max. 300 Punkte)**:**



ROT

*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Quelle: OECD 2024 Grafik: Stephan Roters

Erwachsenenbildung

Das Problem mit den Buchstaben

Mehr als jeder achte Erwachsene in Deutschland kann nicht richtig lesen und schreiben. Harald Gaul war einer von ihnen – bis er mit 44 Jahren einen Neuanfang wagte.

Schreibt man eigentlich „Rhythmus“ oder „Rythmus“? Harald Gaul stellt diese Frage oft. Sie dient ihm als Türöffner und als Beginn vieler Gespräche. Doch was für andere lediglich eine Rechtschreibübung ist, war für ihn lange Zeit unvorstellbar. Noch vor wenigen Jahren hätte er das Wort „Rhythmus“ weder lesen noch schreiben können.

Heute erzählt er seine Geschichte, um anderen Mut zu machen. Ehrenamtlich ist er dafür mit einem kleinen Transporter namens Alfa-Mobil in ganz Deutschland unterwegs und informiert darüber, was es bedeutet, als Erwachsener nicht richtig lesen und schreiben zu können – und wie man Hilfe finden kann.

Es ist ein weit verbreitetes, aber oft verstecktes Problem

Gauls Geschichte ist kein Einzelfall. Rund 6,2 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben – das ist mehr als jeder Achte. Diese alarmierenden Zahlen stammen von der sogenannten Leo-Studie der Universität Hamburg aus dem Jahr 2018. Für die Untersuchung befragten Forscherinnen und Forscher über 8.000 deutschsprachige Erwachsene im Alter von 18 bis 64 Jahren.

Im internationalen Vergleich der Industriestaaten liegt Deutschland mit diesen Zahlen leicht über dem Mittelfeld. Das bestätigte die in der vergangenen Woche veröffentlichte PIAAC-Studie, auch bekannt als PISA-Test für Erwachsene. Besonders gut schnitten bei den Lesekompetenzen die Erwachsenen in Finnland und Japan ab, während Portugal, Litauen oder Chile die hinteren Ränge belegten.

Die PIAAC-Studie zeigt zudem, dass die Leseleistungen der Erwachsenen in den vergangenen Jahren zurückgegangen sind. Demnach haben 20 bis 22 Prozent der Erwachsenen, also etwa jeder Fünfte, Probleme, einen Satz wie „Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind bis 10.00 Uhr im Kindergarten ist“ zu verstehen. Vor zehn Jahren waren es rund 17 Prozent.

Literalität, Analphabetismus und Legasthenie

Menschen, die den Inhalt eines solchen Satzes nicht richtig erfassen können, werden als „gering literalisiert“ bezeichnet. Anke Grotlüschen, Professorin für Erwachsenenbildung an der Universität Hamburg und Projektleiterin der Leo-Studie, erklärt, dass man die Betroffenen früher „funktionale Analphabeten“ nannte – ein Begriff, den viele jedoch als stigmatisierend empfinden. Zudem seien Analphabeten, also Menschen, die überhaupt nicht lesen und schreiben können, in Deutschland eine Seltenheit.

„Geringe Literalität“ darf auch nicht mit Legasthenie, der Lese-Rechtschreib-Störung, verwechselt werden. Während Legasthenie eine angeborene Entwicklungs- und Lernstörung ist, resultiert geringe Literalität daraus, dass Betroffene das Lesen und Schreiben nie richtig gelernt haben.

> Man kann Lesen und Schreiben im Erwachsenenalter verlernen, wenn die Fähigkeiten vorher nicht ausreichend gefestigt wurden.
>
> THERESA HAMILTON, GRUNDBILDUNGSZENTRUM

© Andrea Katheder

Auch Gaul hatte bereits in seiner Kindheit große Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben. „Mir hat niemand beim Lernen geholfen, weder in der Schule noch zu Hause“, erzählt der 57-Jährige.

Während seine Mitschüler Diktate schrieben, versetzte ihn ein Lehrer in die hinteren Reihen, wo Gaul eigenständig lesen üben sollte. Irgendwie schleppte man ihn durch. „In Erdkunde ist er ganz gut, also kann er bleiben“, sagte ein anderer Lehrer. Nach der neunten Klasse verließ Gaul die Schule. „Was sollst du jetzt machen? Du kannst einigermaßen lesen, aber nicht richtig schreiben“, fragte er sich damals.

Die Ursachen für Schwierigkeiten beim Lesen sind vielfältig

Verschiedene Faktoren können verhindern, dass Kinder richtig lesen und schreiben lernen. Manche erhalten zu Hause keine Unterstützung, andere wechseln zu oft die Schule, was den Lernprozess stört. Auch negative Erfahrungen wie Mobbing, überforderte Lehrkräfte oder gesundheitliche Probleme – etwa Hörstörungen oder neurologische Erkrankungen – können die Entwicklung dieser grundlegenden Fähigkeiten hemmen. Versagensängste und Vermeidungsverhalten erschweren das Lernen oft zusätzlich und können sich negativ in der Zukunft auswirken, denn: „Man kann Lesen und Schreiben im Erwachsenenalter verlernen, wenn die Fähigkeiten vorher nicht ausreichend gefestigt wurden.“, erklärt Theresa Hamilton, Leiterin des Grundbildungszentrums Berlin.

Das Grundbildungszentrum: Eine Anlaufstelle für Betroffene

Seit seiner Gründung im Jahr 2014 verfolgt das Grundbildungszentrum das Ziel, Alphabetisierung sichtbar zu machen und Hürden für Betroffene abzubauen. Die Mitarbeitenden informieren, beraten und helfen bei der Vermittlung von Kursen oder weiteren Anlaufstellen. Hamilton betont jedoch, wie schwer es für Betroffene sei, den ersten Schritt zu wagen: „Es kostet Überwindung, sich einzugestehen, dass man Hilfe braucht.“

Die Folgen mangelnder Lese- und Schreibfähigkeiten sind im Alltag allgegenwärtig: Das Lesen von Rechnungen und Packungsbeilagen, Onlinebanking oder eine Entschuldigung für die Schule des Kindes schreiben – all das wird zur Herausforderung. Doch trotz der Schwierigkeiten arrangieren sich viele Betroffene mit ihrem Leben. Laut LEO-Studie sind die meisten berufstätig, sozial eingebunden und – entgegen häufiger Vorurteile – im Besitz eines Schulabschlusses.

Ausgeklügelte Strategien sollen die Probleme verstecken

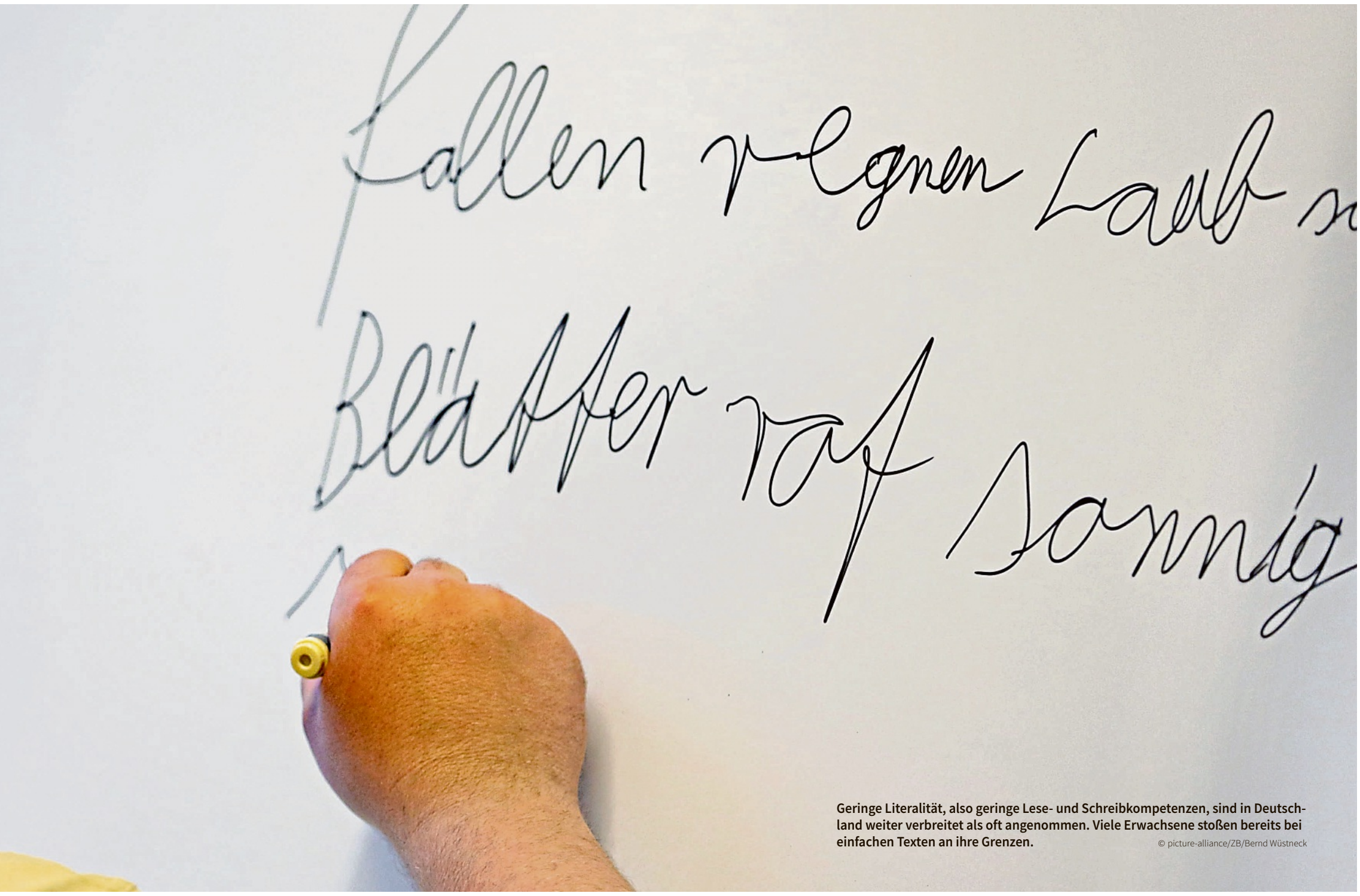
Viele Betroffene entwickeln ausgeklügelte Strategien, um ihre Defizite zu verbergen. So behaupten sie etwa, ihre Lesebrille vergessen zu haben oder bitten Vertrauenspersonen um Hilfe. Doch Hamilton warnt, dass solche Strategien Abhängigkeiten schaffen und selbstbestimmte Teilhabe erschweren. Auch das „Geheimnis“, nicht richtig lesen und schreiben zu können, führt psychisch bei den meisten Betroffenen irgendwann zu einer enormen Belastung: Die ständige Angst, in der sozialen Interaktion als „ungebildet“ wahrgenommen zu werden, kann zur Isolation führen.

Auch Gaul hatte Strategien, um sein Problem zu kaschieren. Er arbeitete als Maler und Lackierer oder in einer Fahrradwerkstatt – suchte sich also Berufe, bei denen er kaum lesen und schreiben musste. Doch wenn andere Leute seine Schwäche bemerkten, war das Urteil oft hart: „Manche Menschen glauben einfach, dass man doof ist“, erinnert er sich.

Der Weg aus der Unsichtbarkeit kann lang sein

Erst 2011, mit 44 Jahren, wagte Gaul den Schritt, sein Leben zu ändern. „Ich habe beim Jobcenter angerufen und gefragt, wo ich Hilfe bekommen kann.“ Wenig später begann er einen Kurs für Erwachsene beim Verein „Lesen und Schreiben“. Der Unterricht: Acht Stunden täglich, fünf Tage die Woche – ein Vollzeitjob, wie er sagt.

Am Anfang plagten Gaul Selbstzweifel: „Ich habe mich gefragt: Muss ich mich schämen? Kann ich das überhaupt lernen?“ Aber mit der Zeit stellten sich Erfolgserlebnisse ein. „Das erste Mal an die Tafel zu gehen, ohne aufgeregt zu sein, und etwas fehlerfrei



Geringe Literalität, also geringe Lese- und Schreibkompetenzen, sind in Deutschland weiter verbreitet als oft angenommen. Viele Erwachsene stoßen bereits bei einfachen Texten an ihre Grenzen. © picture-alliance/ZB/Bernd Wüstneck

anzuschreiben – das war ein wunderbares Gefühl."

Heute nutzt Gaul seine Erfahrungen, um anderen Mut zu machen. Beim Alfa-Mobil teilt er seine Geschichte und räumt mit Vorurteilen auf. Das Alfa-Mobil, ein Projekt des Bundesverbandes für Alphabetisierung und Grundbildung, verfolgt das Ziel, aktiv auf Menschen zuzugehen und im besten Fall Betroffene oder Angehörige zu erreichen.

Oft ist die Arbeit herausfordernd: Immer wieder kommen Passanten zu Gaul, die kein Verständnis dafür haben, dass nicht alle Erwachsenen lesen und schreiben können. Doch Gaul bleibt geduldig. Erst vor kurzem nahm er sich eine halbe Stunde Zeit, um einer Frau die Ursachen und Auswirkungen von Lese- und Schreibschwierigkeiten bei Erwachsenen zu erläutern. Am Ende zeigte sie Verständnis. „Das war ein Erfolgserlebnis", berichtet er.

Zehn Jahre im Zeichen der Erwachsenenbildung

Auch die Politik versucht, das Problem anzugehen. Mit der von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern und zahlreichen gesellschaftlichen Partnern ins Leben gerufenen „Alpha-Dekade" sollen von 2016 bis 2026 die Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen verbessert und die Grundbildung gestärkt werden. Ziel ist es, Bildungs- und Beratungsangebote weiterzuentwickeln und mehr Menschen zu erreichen.

Ein wichtiger Ansatz, findet Hamilton, dennoch kritisiert sie, dass viele Projekte nur durch zeitlich begrenzte Fördermittel finanziert werden. Dabei seien nachhaltige Strukturen notwendig, um langfristig Erfolge zu sichern. Wie es mit der Förderung vieler Projekte nach 2026 weitergeht, bleibt bisher offen.

Die Digitalisierung ist Fluch und Segen zugleich

Neben Bildungsinitiativen spielen auch technologische Entwicklung eine zentrale Rolle im Kampf gegen geringe Literalität und können Betroffenen das Leben erleichtern: Sprachassistenten auf Smartphones wie Siri können beispielsweise Texte vorlesen oder Nachrichten diktieren. Aber: „Digitale Technologien sind keine Wunderlösung", warnt die Bildungsforscherin Grotlüschen. „Die meisten Anwendungen erfordern Texteingaben, und genau hier stoßen Menschen mit geringer Literalität an ihre Grenzen". Digitale Technologien können also helfen, aber keine Grundbildung ersetzen.

Expertinnen und Experten der PIAAC-Studie sehen die Digitalisierung sogar als möglichen Grund für die Verschlechterung der Leistungen im Lesen und Schreiben – denn es gebe immer weniger Kontakt mit komplexen Texten und Aufgaben.

Gaul hat in den vergangenen Jahren nicht nur Freude am Lesen und Schreiben gefunden, sondern auch eigene Texte in einer Schreibwerkstatt verfasst, von denen einige inzwischen sogar in kleinen Büchern veröffentlicht wurden. Und er unterstützt andere auf ihrem Weg – mittlerweile hilft er ukrainischen Freunden beim Ausfüllen von Formularen für Behörden. „Es stärkt das Selbstbewusstsein enorm, wenn ich um Hilfe gefragt werde", sagt er. Sein Weg zeigt, dass es nie zu spät ist, Lesen und Schreiben zu lernen. Und manchmal beginnt dieser Weg mit einer simplen Frage: Wie schreibt man eigentlich „Rhythmus"? *Carolin Hasse*

Weitere Informationen für Betroffene und Angehörige erhalten Sie unter anderem beim Alfa-Telefon unter: 0800 53 33 44 55 oder auf der Internetseite des Bundesverbandes für Alphabetisierung und Grundbildung unter: https://alphabetisierung.de.

Harald Gaul weiß, was es heißt, erst als Erwachsener richtig lesen und schreiben zu lernen. Heute teilt er seine Erfahrungen mit anderen. © Carolin Hasse

GLOSSAR ZUM THEMA

> Analphabetismus bedeutet, dass eine Person weder lesen noch schreiben kann. Die Gründe dafür können vielfältig sein.

> Geringe Literalität Personen, deren Lese- und Schreibkompetenzen nicht über die Ebene leichter Texte hinausgehen, werden als „gering literalisiert" bezeichnet. Die Kompetenzen beim Lesen und Schreiben werden in sogenannten Alpha-Levels (siehe unten) differenziert.

> Legasthenie, auch bekannt als Lese-Rechtschreib-Störung, ist eine angeborene Entwicklungs- und Lernstörung. Die Unterscheidung zu „geringer Literalität" ist auch in Fachkreisen nicht abschließend geklärt. „Geringe Literalität" zielt jedoch nicht auf medizinische, sondern vor allem auf schulische, soziale oder familiäre Ursachen ab, die den Zugang und das Erlernen des Lesens und Schreibens erschweren.

> Alpha-Level Die Alpha-Level sind ein Klassifikationssystem, das die Lese- und Schreibfähigkeiten in verschiedene Stufen einteilt. Unter geringe Literalität fallen die Kompetenzstufen 1 bis 3. Personen des Alpha-Levels 1 können nur einzelne Buchstaben lesen und schreiben. Beim Alpha-Level 2 können Betroffene einzelne Wörter lesen und schreiben. Das Alpha-Level 3 entspricht der Satzebene. Personen dieses Levels können einzelne Sätze lesen und schreiben, aber keine zusammenhängenden Texte erfassen.

> PIAAC-Studie In der vergangenen Woche wurden die aktuellen Ergebnisse der PIAAC-Studie, der Bildungsvergleichsstudie unter Erwachsenen, veröffentlicht. Bei den Lese- und Schreibkompetenzen liegt Deutschland im Vergleich etwas über dem Mittelfeld. 20 bis 22 Prozent der Erwachsenen in Deutschland erreichen jedoch maximal die niedrigste Kompetenzstufe im Lesen. An der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Auftrag gegebenen Untersuchung nahmen 2022/2023 rund 160.000 Menschen zwischen 16 und 65 Jahren in 31 Industriestaaten und Volkswirtschaften teil. Der Abstand zwischen den Leistungsstärksten und -schwächsten ist in Deutschland vergleichsweise sehr hoch.

> Leo-Studie Die „Leo – Level-One Studie" ist eine von der Universität Hamburg durchgeführte repräsentative Untersuchung zur Lese- und Schreibkompetenz in Deutschland. Für die Studie wurden über 8.500 Deutsch sprechende Erwachsene zwischen 18 und 64 Jahren befragt. Laut der Studie gelten 6,2 Millionen Erwachsene in Deutschland als „gering literalisiert". Mit 58,4 Prozent sind mehr Männer unter den gering Literalisierten als Frauen. Den größten Teil der gering literalisierten Erwachsenen machen Personen über 45 Jahre aus.

KURZ NOTIERT

Bundestag stimmt für Finanzmarktdigitalisierungsgesetz

Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag das Gesetz über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz) (20/10280, 20/11178) beschlossen. Mit ihm wird europäisches Recht national umgesetzt. Das Gesetz schafft einen Rechtsrahmen insbesondere für Unternehmen, die im Bereich von Kryptowährungen wie dem Bitcoin tätig sind, und stärkt den Verbraucherschutz. *pst*

AfD will Pendlerpauschale und Grundfreibetrag erhöhen

Die AfD-Fraktion will die Pendlerpauschale erhöhen. Der entsprechende Antrag (20/9318), wurde nach der Beratung am Mittwoch im Bundestag ebenso an den Finanzausschuss überwiesen wie die Anträge zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags (20/14248) und zur Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags (20/14249). *mis*

Bundestag soll über Nachhaltigkeitsstrategie entscheiden

Die Union fordert, den Bundestag stärker in die inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einzubinden. Diese müsse im Einvernehmen mit dem Parlament beschlossen werden, heißt es in einem Antrag (20/12981). Bislang, so die Kritik, sei das Parlament „ausgerechnet bei einer Strategie mit so weitreichendem Einfluss auf die Lebensrealität der Menschen“ weitestgehend in der Rolle des Zuschauers. *sas*

Union und FPD fordern „Bau-Turbo“

Drei Gesetzentwürfe sollen den Wohnungsbau (20/14261, 20/14234) beschleunigen und die Mietpreisbremse (20/14238) verlängern. Die Fraktionen von Union und FDP wollen das Bauplanungsrecht reformieren und befristete Sonderregelungen im Baugesetzbuch schaffen, SPD und Grüne wollen die Obergrenze für Mieterhöhungen bis 2029 verlängern. Die Entwürfe sind in den Bauausschuss überwiesen worden. *nki*

Veränderte Erhebung der Gasspeicherumlage

Ab Januar 2025 wird die Gasumlage nur noch auf inländische Entnahmestellen erhoben. Am Freitag beschloss der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU/CSU eine entsprechende Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (20/12784). Zugleich wurden drei weitere Gesetzentwürfe von SPD und Grünen (20/14235,20/14242, 20/14246) an den federführenden Ausschuss für Klimaschutz überwiesen. *mis*

SPD und Grüne wollen Tierwohllabel erweitern

Ein Gesetzentwurf (20/14034) von SPD und Grünen sieht vor, das Tierwohllabel auf Außer-Haus-Verpflegung auszuweiten. Restaurants, Kantinen und Mensen sollen die Tierhaltungsstufe von Schweinefleisch auf der Speisekarte ausweisen. Der Entwurf ist nach erster Lesung in den Agrarausschuss überwiesen worden. *nki*

Digitale Brieftasche für Bürger und Unternehmen

Die Unionsfraktion fordert mehr Engagement der Bundesregierung bei Standards für Interoperabilität und Datenschutz, der Gestaltung der EUDI-Wallet sowie bei Zertifizierungschemeta im Rahmen der novellierten eIDAS-Verordnung. Mit dieser soll eine europäische digitale Brieftasche für Bürger und Unternehmen geschaffen werden. Den Antrag (20/13735) soll der Digitalausschuss weiter beraten. *lbr*

Die kalte Progression ist beendet. Es winken steuerliche Entlastungen im Umfang von 14 Milliarden Euro.
© picture-alliance/dpa-tmn/Christin Klose

Abbau der kalten Progression

Strittiger Kompromiss

Bundestag und Bundesrat verabschieden eine abgespeckte Version des Steuerfortentwicklungsgesetzes. Auch eine Erhöhung des Kindergeldes ist Bestandteil des Beschlusses.

Wenn die Bezugsgrößen der Einkommensbesteuerung lange Zeit nicht an die Inflation angepasst werden, verpuffen Gehaltserhöhungen. Damit soll nun Schluss sein. Am Donnerstag stimmte der Bundestag mit breiter Mehrheit für den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs“ (20/12778) in einer durch den Finanzausschuss erheblich verschlankten Fassung (20/14309). Einen Tag später stimmte auch der Bundesrat zu. Die kalte Progression ist damit – zumindest vorerst – beendet. Es winken im kommenden Jahr steuerliche Entlastungen im Umfang von 14 Milliarden Euro.

Und dennoch: Was verabschiedet wurde, ist lediglich ein Minimalkompromiss. Trotz der breiten Zustimmung war die Debatte daher von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägt. Die Union habe sich weitergehenden Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft aus parteitaktischen Gründen in den Weg gestellt, die FDP das Wachstumspaket platzen lassen, hieß es von SPD und Grünen. Deren ehemaliger Koalitionspartner FDP hielt entgegen, dass es diese beiden Fraktionen gewesen seien, die innerhalb der Koalition beim Thema Abbau der kalten Progression ständig auf der Bremse gestanden hätten. Bei der Union wie auch bei der AfD zeigte man sich zufrieden, dass der zwischen Rest-Koalition und FDP gefundene Kompromiss den Verzicht auf einige „Bürokratiemonster“ beinhalte.

Zum Ausgleich der kalten Progression werden nun die Eckwerte des Einkommenssteuertarif im Jahr 2025 um 2,6 Prozent und 2026 um 2,0 Prozent verschoben. Der Grundbetrag in der Einkommenssteuer wird angehoben: für 2025 auf 12.096 Euro und ab 2026 auf 12.348 Euro. Angehoben werden zudem der steuerliche Kinderfreibetrag sowie das Kindergeld.

Gestrichen aus dem ursprünglichen Entwurf wurde hingegen die Überführung der Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren und die Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen. Gerade letzteres sei absolut verzichtbar, fanden Union, FDP und AfD. Unsäglich sei diese Mitteilungspflicht, befand Fritz Güntzler (CDU). „Das ist ein bürokratischer Wahnsinn“, lautete sein Urteil.

Ex-Finanzminister Christian Lindner (FDP) sagte mit Blick auf den ursprünglichen in der Ampel-Koalition vereinbarten Gesetzentwurf: „Es musste gewissermaßen mit Bürokratie erkauft werden, die arbeitende Mitte in unserem Land entlasten zu können.“ Wenn aber die Wirtschaft eines nicht brauche, „dann ist es zusätzliche Bürokratie“, sagte Lindner.

Ebenso wie Albrecht Glaser (AfD) sprach sich Lindner für einen Automatismus zur Beseitigung der kalten Progression aus. In der Schweiz stehe ein solcher Automatismus seit vielen Jahren in der Verfassung, machte Glaser deutlich. Wäre das in Deutschland auch so, „könnten wir uns und den Bürgern dieses jährliche Gezerre in dieser Frage ersparen“, sagte der AfD-Abgeordnete.

Abschreibungsmöglichkeiten und Forschungsförderung gestrichen

Aus dem Entwurf wurden aber noch weitere Punkte gestrichen, wie unter anderen Michael Schrodi (SPD) anmerkte. Darin enthaltene „Teile der Wachstumsinitiative“ seien fertig verhandelt gewesen. Union und FDP hätten aber deren Herausnahme zur Bedingung für ihre Zustimmung gemacht, sagte Schrodi. Acht Milliarden Euro an steuerlicher Förderung der Wirtschaft habe die Union abgelehnt, obwohl sich ein Großteil der angedachten Instrumente im Wahlprogramm der Union wiederfinde. Konkret nannte der SPD-Abgeordnete verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, die Erhöhung der Forschungsförderung und die Förderung für E-Autos. All das komme nun nicht.

Güntzler hielt dem entgegen, es sei mit Blick auf die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu kurz gegriffen, „dass man nur mit einer degressiven Abschreibung die Lösung findet“. Dies wäre aus seiner Sicht ein Schnellschuss gewesen. „Wir brauchen ein Gesamtpaket“, sagte der Unionsabgeordnete. Man müsse an die steuerliche Bemessensgrundlage heran, die Abschreibungen verbessern, aber auch den Tarif „zwingend senken“.

Sven-Christian Kindler (Grüne) befand hingegen, es sei sinnvoll, das zu tun, was heute möglich sei. Die Wirtschaft könne nicht noch ein halbes Jahr warten, bis es eine neue Regierung gebe.

Die von Michael Schrodi aufgezählten Punkte bewertete der Grüne als sinnvoll. Die Union dürfe sich nicht herausreden. „Es gibt jetzt konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft, die man jetzt machen kann“, sagte Kindler. So etwas dürfe man sich nicht für den Wahlkampf oder für etwaige Koalitionsgespräche aufsparen. *Götz Hausding*

Abschaffung des Solidaritätszuschlags

»Sozial ungerecht und schlecht für das Land«

FDP, Union und AfD wollen den Soli vollständig abschaffen. SPD und Grüne warnen vor einem Haushaltsloch

Im Bundestag gibt es eine Mehrheit für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Neben der Union und der AfD, deren Antrag (20/14248) am Mittwoch beraten, aber nicht abgestimmt wurde, bekennt sich nach dem Ampel-Aus auch die FDP dazu. Die 1991 zur Finanzierung der deutschen Einheit erhobene Ergänzungsabgabe fällt zwar seit einer deutlichen Anhebung der Freigrenze im Jahr 2021 für rund 90 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuerzahler weg. Das am Donnerstag erstmals beratene „Solidaritätszuschlagbefreiungsgesetz“ der FDP (20/14254) fordert aber die vollständige Abschaffung in zwei Stufen bis 2027.

Der Soli habe sich historisch und politisch, aber auch wirtschaftlich überlebt, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr während der Debatte. Er sei inzwischen eine Strafsteuer und ein Beleg dafür, dass Leistungsbereitschaft in Deutschland „systematisch durch den Staat bestraft wird“.

Ähnlich sah das Olav Gutting (CDU). Der Soli sei eine Sondersteuer auf Qualifikation, auf die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko, auf die Innovationsfähigkeit, „aber auch eine Sondersteuer auf die Vorsorge für das Alter“, sagte Gutting. Er treffe Selbstständige, Freiberufler und Leistungsträger im Angestelltenbereich. „Das sind nicht alles die Superreichen“, betonte Gutting. Es seien auch die kleinen Handwerksbetriebe, die Körperschaftssteuer „und damit auch Solidaritätszuschlag“ zahlten.

Michael Schrodi (SPD) warf wiederum FDP und Union vor, eine „knallharte Umverteilung von der Mitte der Gesellschaft zu den Reichsten in diesem Land“ zu planen und damit ein riesiges Loch in den Staatshaushalt zu reißen. „Das ist eine völlig unseriöse Finanzpolitik, die sozial ungerecht und schlecht für diesen Land ist“, befand der SPD-Abgeordnete. Seiner Partei gehe es darum, 95 Prozent der Menschen zu entlasten. Die höchsten Einkommen, „vor allem das eine Prozent“, wolle man zur Gegenfinanzierung heranziehen.

Die FDP drücke sich vor der Aussage, wie man die mit dem Wegfall des Soli verbundenen Mindereinnahmen kompensieren will, bemängelte Sascha Müller (Grüne). Er räumte ein, dass auch Unternehmen durch den Solidaritätszuschlag belastet und durch den Wegfall entlastet würden. Glaubwürdiger wäre das Eintreten der FDP für die Unternehmen aus seiner Sicht aber, „wenn sie dabei wäre, die schon länger bestehende strukturelle Schwäche unserer Volkswirtschaft anzugehen“.

Vorschläge zur Gegenfinanzierung machte Kay Gottschalk (AfD). Nehme man von den 31 Milliarden Euro für den EU-Haushalt zehn Prozent weg, habe man schon drei Milliarden. Bringe man 500.000 arbeitsfähige Menschen aus dem Bürgergeld in Arbeit, schaffe das 15 Milliarden Euro. Zumindest eine Milliarde Euro könne man bei „ziemlich unnützen Projekten in der Entwicklungshilfe“ einsparen, wie etwa den Fahrradwegen in Peru. „Das würde Deutschland wieder auf die Beine bringen“, sagte Gottschalk. *hau*

Novelle des Regionalisierungsgesetzes

Auf den letzten Drücker

Für 2025 ist das Deutschlandticket dank eines Kompromisses zwischen SPD und Grünen sowie der Union gesichert. Die Zukunft ab 2026 bleibt aber weiterhin unklar

Die wichtigste Nachricht zuerst: Auch im kommenden Jahr wird es mit dem Deutschlandticket einen bundesweit einheitlichen Tarif im Nahverkehr geben. Am Vormittag des letzten Sitzungstages vor dem Jahreswechsel verabschiedete der Bundestag die Novelle des Regionalisierungsgesetzes (20/12773). Wenig später stimmte auch der Bundesrat dem zwischen SPD und Grünen sowie der Union gefundenen Kompromiss (20/14304) zu. Den Ländern wird es zum einen ermöglicht, nicht verausgabte Mittel aus 2023 und 2024 in das kommende Jahr mitzunehmen. Anders als im Regierungsentwurf geplant, verzichtet der Bund aber auf den Rückbehalt von 350 Millionen Euro, die als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gedacht waren und ursprünglich erst nach Vorlage der Nachweise über die Verwendung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2025 im Jahr 2026 gezahlt werden sollten.

Das Deutschlandticket kostet ab Januar 58 Euro

Dass das Deutschlandticket teurer wird, stand schon seit längerem fest. 58 Euro – statt 49 Euro wie bisher – wird das Ticket ab Januar kosten. Das hatte die Verkehrsministerkonferenz im September beschlossen, nachdem klar war, dass es keine über den Betrag von jeweils 1,5 Milliarden Euro pro Kalenderjahr in den Jahren 2023 bis 2025 hinausgehende Nachschusspflicht von Bund und Ländern geben wird.

Während der Debatte im Bundestag am Freitag mischten sich denn auch Erleichterung über den gefundenen Kompromiss mit der Sorge über die Zukunft. Wie es nämlich mit dem Deutschlandticket ab dem Jahr 2026 weitergehen soll, ist derzeit völlig unklar.

Detlef Müller (SPD) wollte sich die Freude dennoch nicht vermiesen lassen. „Heute ist ein guter Tag für die Verkehrspolitik in diesem Land“, sagte er. Die Finanzierung des Deutschlandtickets sei für das kommende Jahr sichergestellt. Darüber freute sich auch Katharina Dröge (Grüne). Sie erinnerte an den Start des Tickets, als man gegen alle Bedenkenträger gehandelt und ein Ticket für ganz Deutschland geschaffen habe. „Ein Ticket, dass das Leben unkompliziert macht, weil niemand mehr wissen muss, was ein Verkehrsverbund ist und warum es teurer wird, wenn man über eine Verwaltungsgrenze fährt.“

Der Fortbestand des Tickets ab dem Jahr 2026 ist derzeit unsicher

Bedauerlich, so Dröge weiter, sei, dass der Preis nicht stabil gehalten werden konnte. Zudem sei es mit der Union nicht möglich gewesen, eine dauerhafte Verlässlichkeit zu erreichen. „Niemand braucht den elendigen Streit am Ende eines Jahres, ob das Ticket weitergeht oder nicht“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende.

Dass ein Fortbestehen des Deutschlandtickets alles andere als sicher ist, ließ Ulrich Lange (CSU) durchblicken. Das Fortbestehen für 2025 sei geregelt. Danach gebe es den Spielraum für alles Weitere oder Neue. „Das heißt: Respekt vor dem Wählerwillen und keine Vorfestlegung neuer Koalitionen oder Regierungen“, formulierte er.

Das Deutschlandticket, so der CSU-Politiker, habe eine Vielzahl von Konstruktionsfehlern. Es sei beispielsweise nicht solide finanziert. Der Bund könne sich nicht in Länderbelange einmischen, Dinge vorgeben „und sich dann aus der Finanzierung davonschleichen“. Einen solchen Konstruktionsfehler werde die Union nicht zementieren. Mit 58 Euro sei das Ticket nicht finanziert.

Lange benannte ein weiteres Problem: „Die Benachteiligung des ländlichen Raums“. Dort werde auch in Zukunft nicht alle zehn Minuten ein Zug fahren, sagte er. Man entziehe aber der Schieneninfrastruktur für deren Sanierung dringend benötigte Gelder.

Ähnlich sah das Wolfgang Wiehle (AfD). Ein deutschlandweit einheitlicher Tarif sei eine gute Idee. „Aber der Billigpreis war es eben nicht.“ Drei Milliarden Euro an Steuergeldern reichten nicht – egal ob nun 49 oder 58 Euro verlangt würden. Städte würden anfangen, die Fahrpläne auszudünnen. Beim Bund reiche das Geld für die Infrastruktur nicht mehr. Wiehle forderte für das Deutschlandticket einen „ehrlichen Preis, der seinem Wert entspricht“. Festgelegt werden sollte dieser Preis durch die Länder. Für jene, die weniger Geld hätten, müsse es einen Sozialtarif geben. „Jeder, der es braucht, wird sich das Deutschlandticket leisten können“, sagte Wiehle.

Auf die Erfolge des Deutschlandtickets wies Valentin Abel (FDP) hin. 13 Millionen Abonnenten gebe es und zugleich eine Reduktion der CO2-Emissionen im Verkehrsbereich um 4,7 Prozent. „Das Deutschlandticket kann was und ist erhaltenswert“, sagte der FDP-Abgeordnete. Daher stimme seine Fraktion auch zu. Gleichzeitig übte Abel Kritik an dem gefundenen Minimalkompromiss. Der Verzicht auf die Klarstellung bei der Mittelverwendung sei unsauber. Er lade dazu ein, „Mittel zweckzuentfremden“. *Götz Hausding*

Auch im kommenden Jahr gibt es mit dem Deutschlandticket einen bundesweit einheitlichen Tarif im Nahverkehr. © picture-alliance/dpa/Jörg Carstensen

Zahlreiche Debatten

Wirtschaftskrise wird zum Wahlkampfthema

Schwere Vorwürfe am wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung unter Scholz und Habeck

Die Wirtschaftspolitik hat in der letzten Sitzungswoche des Jahres einen breiten Raum eingenommen. In zahlreichen Debatten ging es um die negativen Wirtschaftszahlen und die Strukturkrise, in der sich Deutschland befindet. Die Zuhörer bekamen einen Vorgeschmack darauf, welches Thema den Wahlkampf in den kommenden Wochen bestimmen dürfte. Steuersenkungen für Unternehmen, Bürokratieabbau, Lieferkettengesetz und Solidaritätszuschlag komplett streichen, das Bürgergeld durch Grundsicherung ersetzen sowie den Emissionshandel ausweiten und die Prüfung der Wiederaufnahme abgeschalteter Kernkraftwerke: All das fordert die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Antrag „Politikwechsel für Deutschland – Soziale Marktwirtschaft statt grüner Planwirtschaft“ (20/14252), der am Donnerstagvormittag im Bundestag debattiert wurde.

Ifo-Geschäftsklimaindex fällt überraschend stark

Auf Verlangen der FDP wurde am selben Tag die Stimmung in der deutschen Wirtschaft nach dem am Dienstag veröffentlichten Ifo-Geschäftsklimaindex zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht. Der Ifo-Geschäftsklimaindex als wichtigstes Barometer für die Konjunktur in Deutschland fiel im Dezember überraschend stark auf 84,7 Zähler von 85,6 Punkten im Vormonat, wie das Münchner Ifo-Institut zu seiner Umfrage unter rund 9000 Führungskräften mitteilte. Dies ist der sechste Rückgang in sieben Monaten und der niedrigste Wert seit Mai 2020. „Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist chronisch geworden“, so die Ifo-Ökonomen.

Die AfD-Fraktion brachte Anträge „für eine sofortige Wirtschaftswende für Deutschland“ (20/13763) sowie zur „Entlastung deutscher Unternehmen“ (20/13765) ein. Darin forderten die Abgeordneten unter anderem die Abschaffung des Lieferkettengesetzes. Heftige Kritik zogen sich die AfD-Abgeordneten mit ihrer Wahlkampfforderung nach dem Ausstieg aus der Europäischen Union und der Wiedereinführung der D-Mark zu. Das isoliere Deutschland international, schade der auf Exporten basierenden Wirtschaft, gefährde die Unternehmen und zerstöre den Wohlstand des Landes, hieß es von Seiten mehrerer Kritiker aus anderen Fraktionen.

Kritik musste auch die FDP-Fraktion einstecken. Während Christoph Meyer (FDP) forderte, die Rahmenbedingungen der Unternehmen müssten „dringend verbessert werden“, und monierte, dass sich das Land zu lange auf Erfolgen der Vergangenheit ausgeruht habe, erinnerten ihn die anderen Abgeordneten daran, dass die Liberalen drei Jahre lang Teil der Ampelregierung gewesen seien.

SPD beklagt Ausgangslage für Ampelregierung Anfang 2022

Gabriele Katzmarek (SPD) sagte: „Die FDP hat einen großen Anteil zur wirtschaftlichen Lage beigetragen.“ Die Liberalen seien „Opposition in der eigenen Regierung“ gewesen. Dabei sei die Ausgangslage für die Ampel – mit Corona, Russland-Krieg und Energiekrise – so schwer gewesen, wie für keine andere Regierung vorher.

Stefan Rouenhoff (CDU) warf der FDP vor, die Partei sei viel zu lange Teil der Ampelkoalition gewesen. „Die Wirtschaftsschwäche hat auch mit der Ampel zu tun“, sagte er. Die Regierung stehe für eine staatsdirigistische Wirtschaftspolitik.

Lisa Badum (Grüne) verwies darauf, dass bereits Anfang 2021 Ökonomen davor gewarnt hätten, zur Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre zurückzukehren, doch „die FDP hat an der Schuldenbremse festgehalten“.

Union wirft Ampelregierung »gelenkte Wirtschaftspolitik« vor

Sebastian Münzenmaier (AfD) hielt der FDP vor, drei Jahre in der Ampel mitregiert zu haben, damit habe sich die Partei „zum Steigbügelhalter rotgrüner Politik gemacht“. Doch auch nach dem Austritt aus der Regierung mache die FDP keine liberale Politik.

Jörg Cezanne (Die Linke) hielt der FDP vor, dass deren wirtschaftspolitische Konzepte selbst von Ökonomen abgelehnt würden. Die Wirtschaft müsse klimaneutral umgestellt werden, darauf habe sich die Weltgemeinschaft geeinigt. Die Transformation der Wirtschaft sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der alle beteiligt werden müssen“, sagte er.

Aber auch der CDU/CSU-Antrag zur Wirtschaftspolitik kam – in Wahlkampfzeiten – nicht gut weg. Julia Klöckner und Jens Spahn (beide CDU) warfen der Bundesregierung vor, auf „immer mehr Staat“ gesetzt zu haben, doch diese „gelenkte Wirtschaftspolitik“ sei gescheitert, so Klöckner.

Jens Spahn verschärfte den Ton noch. „Die Hütte brennt lichterloh“, beschrieb er die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Große Koalition habe der Ampelregierung ein „Land im Wachstum übergeben“, davon sei nichts mehr übrig. Spahn verwies auf den Antrag seiner Fraktion. Nur mit diesen Maßnahmen komme die Wirtschaft wieder zu Wachstum.

Vorwurf der FDP: Zu hohe Steuern und teure Energie

Die Gescholtenen von SPD, Grünen und FDP wiesen die Kritik weit von sich: Sebastian Roloff (SPD) und Katharina Beck (Grüne) warfen der Unionsfraktion Wahlkampf vor. „Die Union legt nichts Neues vor“, sagte Roloff. Seit mehr als zwei Jahren behaupte sie, die Strukturkrise der Wirtschaft habe nichts mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine zu tun, dabei habe die CDU von 2005 bis 2021 die Bundeskanzlerin gestellt. Das Steuerfortentwicklungsgesetz sei in dieser Woche zwar mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP verabschiedet worden, jedoch in einer stark entfernten Variante.

Nicole Bauer (FDP) betonte, „hohe Steuern und Abgaben“ sowie „zu hohe Energiekosten“ gefährdeten den Standort Deutschland.

Für Malte Kaufmann (AfD) sind die Ampelparteien „maßgeblich verantwortlich“ für eine „Rezession nie dagewesenen Ausmaßes. Den Unions-Antrag nannte er „unglaubwürdig“, weil der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz in nach der Bundestagswahl eine weitere Zusammenarbeit mit Robert Habeck als Wirtschaftsminister nicht ausgeschlossen habe.

Janine Wissler (Die Linke) warf der Union vor, „Steuergeschenke für Superreiche“ zu verteilen. Mit der Abschaffung des Bürgergeldes würde die Union „Jobverlierer auf die Rutschbahn in die Armut setzen“.

Für Alexander Ulrich (BSW) ist der frühere Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) einer der Hauptschuldigen für die Krise. Statt in Bahninfrastruktur und in Digitalisierung zu investieren, habe er an der Schuldenbremse festgehalten. *Nina Jeglinski*

Untersuchungsausschuss zum Atomausstieg

Warme Wohnzimmer

Unterschiedliche Haltung zur Nutzung der Kernenergie in den Bundesministerien, Ex-Staatssekretär Graichen setzte auf Reaktivierung der Kohle

Das ganze Jahr war eine Phase der extremen Unsicherheit.“ Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, wird 2022 vermutlich nicht vergessen. Russland hatte die Ukraine überfallen, in der Folge verlor Deutschland seinen preiswerten Energielieferanten. Kohle, Öl und Gas drohten knapp zu werden. „Dass die Wohnzimmer warm bleiben und die Fabriken weiter laufen“, habe in dem Jahr im Hauptfokus der Arbeit seiner Behörde gestanden, erklärte Müller am Mittwoch bei seiner Vernehmung durch den 2. Untersuchungsausschuss, der die Umstände des deutschen Atomausstiegs untersucht.

Bei den Vernehmungen schilderten alle Zeugen die große Bedeutung der Versorgungssicherheit, deren Gewährleistung an erster Stelle aller Bemühungen gestanden hatte – ob mit Atomkraft oder ohne. „Wir mussten sicherstellen, dass alle in Deutschland genug Strom haben“, beschrieb auch Volker Oschmann den Auftrag der von ihm geleiteten Abteilung im Wirtschaftsministerium.

Man habe verschiedene Szenarien durchgespielt, die im Lauf des Jahres 2022 immer wieder „von der Realität überholt“ worden seien, berichtete der Netzagentur-Präsident. Von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) habe sein Haus den Auftrag erhalten, die Netzstabilität unter Berücksichtigung des Atomausstiegs vor dem Hintergrund der neuen Umstände zu prüfen. Seine Behörde habe zwei sogenannte „Stresstests“, den zweiten „mit verschärften Annahmen“, durchgeführt. Weder für die Aufrechterhaltung der Netzstabilität noch, um eine Gasmangellage zu kompensieren, sei eine Abkehr vom Weg des Atomausstiegs angezeigt gewesen, erläuterte Müller. „Ein Weiterbetrieb spart kein Gas.“

Durch Verlängerung der Laufzeiten keine Kilowattstunde Strom mehr

Der frühere Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Patrick Graichen, bestätigte diese Annahmen. Der damalige Kenntnisstand sei gewesen, dass es durch eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke keine zusätzliche Kilowattstunde Strom geben werde. Beim Thema Kohlekraftwerke hätte man erheblich einfacher agieren können. Es sei möglich gewesen, zehn Gigawatt Leistung durch die Reaktivierung von Kohlekraftwerken wiederzugewinnen. Wie schon Müller betonte auch Graichen, dass sein Leitmotiv die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Gas, Öl und Strom gewesen sei.

Auf die Frage, ob die zu ergreifenden Maßnahmen ergebnisoffen geprüft worden seien, sagte Graichen: „Eindeutig ja.“ Zentraler Punkt sei gewesen, alle Optionen zu prüfen. Die Verlängerung der Laufzeiten sei eine von mehreren Optionen gewesen. Wenn es notwendig gewesen wäre, „tun wir das. Das war die klare Botschaft“, sagte Graichen. Er erinnerte aber daran, dass die Betreiber der Kernkraftwerke selbst erklärt hätten, dass es durch eine Laufzeitverlängerung bis zum Frühjahr keine zusätzlichen Strommengen geben werde.

Die Frage nach der auch von Habeck zugesicherten ergebnisoffenen Prüfung einer Laufzeitverlängerung spielte bei den Vernehmungen immer wieder eine Rolle. Graichen hatte einen kritischen Vermerk des Kraftwerksbetreibers RWE zur Laufzeitverlängerung als „Anmerkungen der Betreiber“ per Mail mit dem Hinweis an den Staatssekretär im Umweltministerium, Stefan Tidow, geschickt mit der Anmerkung: „Die wollen das nicht.“ Zudem habe er angemerkt, so was brauche man auch von der Atomaufsicht. Auf Fragen, wie das mit der von Habeck angekündigten ergebnisoffenen Prüfung zusammenpasse, sagte Graichen, ihm sei es dabei um Anmerkungen der Atomaufsicht gegangen. Zentrale Frage für ihn sei gewesen, ob es durch eine Laufzeitverlängerung einen Nutzen für die Energiesicherheit gebe. Auch Tidow erklärte zu Graichens Mail, damit sei kein Ergebnis vorweggenommen worden. Er habe die Mail so verstanden, dass Graichen die Anmerkungen der Betreiber zur Kenntnis gegeben habe. Tidow widersprach dem Eindruck, die Feststellungen einer Arbeitsgruppe im Umweltministerium zum Weiterbetrieb der letzten drei deutschen Atomkraftwerke seien von der Führung des Ministeriums ins Gegenteil verkehrt worden.

Kraftwerksbetreiber sahen einen Weiterbetrieb sehr kritisch

Auch Gerrit Niehaus, Abteilungsleiter im Umweltministerium, bestätigte, die Betreibergesellschaften hätten dem Weiterbetrieb in einer Telefonkonferenz im März 2022 ablehnend gegenübergestanden und Nachrüstungen sowie die Verantwortung für den Weiterbetrieb nicht übernehmen wollen. Die Atomwirtschaft habe sich bereits auf den Ausstieg eingestellt. Unter Einbeziehung aller technischen Überlegungen und rechtlichen Vorgaben sei man zu dem Schluss gekommen, dass ein Weiterbetrieb von vor über drei Jahrzehnten gebauten Kernkraftwerke ein sicherheitstechnisch nicht hinnehmbares, hohes Risiko darstelle – ein angesichts der als „verschärft empfundenen Lage bei der Energieversorgung“ für dreieinhalb Monate verlängerter „Streckbetrieb“ aber möglich sei.

Seine Aufgabe sei gewesen, darauf hinzuweisen, erklärte Niehaus zu einem Vermerk des Umweltministeriums, dass eine Verlängerung der Laufzeiten über das vorgesehene Abschaltdatum 31. Dezember 2022 sicherheitstechnisch nicht vertretbar sei. Unter Sicherheitsbetrachtungen handele es sich bei einer Laufzeitverlängerung um eine Risikoerhöhung, sagte auch Graichen.

Auf Fragen nach seiner eigenen Haltung zur Kernkraft sagte Graichen, die Atomkraft habe Chancen und Risiken. Das Risiko eines GAU sei nicht vollständig auszuschließen. Deshalb habe er immer das Ziel verfolgt, eine Energieversorgung ohne Atomkraft klimafreundlich herzustellen. *ll/hle*

PERSONALIA

Christian Ruck — 70 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 2013
CSU
Am 24. Dezember wird Christian Ruck 70 Jahre alt. Der Diplom-Ökonom aus Augsburg schloss sich 1974 der CSU an, amtierte von 2009 bis 2011 als Vorsitzender des Bezirksverbands Augsburg und gehörte von 2009 bis 2011 dem CSU-Parteivorstand an. Von 2005 bis 2009 war er im Bundestag stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und danach bis 2013 stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit der Zuständigkeit für Umwelt- und Entwicklungspolitik. Ruck engagierte sich überwiegend im Umweltausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Ralf Kapschack — 70 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 2013 bis 2021
SPD
Ralf Kapschack begeht am 24. Dezember seinen 70. Geburtstag. Der Journalist aus Witten, SPD-Mitglied von 1972 bis 1981 und wieder seit 1987, amtierte als Vorsitzender der Jungsozialisten im Unterbezirk Ennepe-Ruhr. Von 2010 bis 2013 war er Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Im Bundestag wirkte Kapschack, Direktkandidat des Wahlkreises Ennepe-Ruhr-Kreis II, im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Petitionsausschuss mit.

Lothar Ibrügger — 80 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1976 bis 2009
SPD
Am 24. Dezember vollendet Lothar Ibrügger sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Ingenieur aus Minden trat 1969 der SPD bei und war zeitweise Vorsitzender des dortigen Ortsvereins. Im Bundestag engagierte er sich überwiegend im Verkehrsausschuss, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 1994 bis 1998 inne hatte, sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Von 1989 bis 1993 amtierte er als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie und von 1998 bis 2000 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. 1978/79 gehörte Ibrügger dem Europäischen Parlament sowie von 1981 bis 1998 und von 2000 bis 2009 der Nordatlantischen Versammlung an.

Hans Wallow — 85 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1981 bis 1983, von 1990 bis 1998
SPD
Hans Wallow begeht am 25. Dezember seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Pädagoge und Leitende Ministerialrat aus Remagen schloss sich 1966 der SPD an und war von 1987 bis 1998 Vorsitzender des Unterbezirks Ahrweiler. Von 1981 bis 1998 gehörte er dem dortigen Kreistag an. Wallow arbeitete im Bundestag im Bildungsausschuss sowie im Entwicklungsausschuss mit.

Hildegard Wester — 75 JAHRE
Bundestagsabgeordnete von 1990 bis 2002, 2004/05, 2009
SPD
Hildegard Wester wird am 28. Dezember 75 Jahre alt. Die Lehrerin aus Mönchengladbach trat 1971 der SPD bei und war stellvertretende Vorsitzende des dortigen Unterbezirks. Im Bundestag wirkte Wester im Ausschuss für Familien und Senioren, im Bildungs-, im Petitions- sowie im Innenausschuss mit. 2001/02 war Wester stellvertretende Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion mit der Zuständigkeit für Gesundheit und Familie, Frauen und Senioren.

Dieter Weirich — 80 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1980 bis 1989
CDU
Dieter Weirich begeht am 31. Dezember seinen 80. Geburtstag. Der Redakteur aus Eschwege trat 1961 der CDU bei, amtierte von 1972 bis 1979 als Vorsitzender im Stadtverband Hanau sowie im Main-Kinzig-Kreis und gehörte von 1974 bis 1980 dem Hessischen Landtag an. Im Bundestag betätigte sich der medienpolitische Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Forschung und Technologie, im Ausschuss für Post- und Fernmeldewesen sowie im Innenausschuss. Von 1989 bis 2001 war Weirich Intendant der „Deutschen Welle“.

Azize Tank — 75 JAHRE
Bundestagsabgeordnete von 2013 bis 2017
parteilos/Die Linke
Am 1. Januar wird Azize Tank 75 Jahre alt. Die Sozialarbeiterin aus Berlin, die sich früh in der dortigen Frauen- und Friedensbewegung engagierte, war Vorsitzende verschiedener Vereine für die Wahrung der Rechte türkischer Frauen. 1990 wurde sie erste Migrantenbeauftragte von Charlottenburg/Wilmersdorf. Das Amt hatte sie bis 2009 inne. Im Bundestag wirkte Tank im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit.

Christel Happach-Kasan — 75 JAHRE
Bundestagsabgeordnete von 2002 bis 2013
FDP
Christel Happach-Kasan begeht am 4. Januar ihren 75. Geburtstag. Die promovierte Biologin aus Bäk/Kreis Herzogtum Lauenburg trat 1975 der FDP bei, gehörte von 1989 bis 2009 dem schleswig-holsteinischen Landesvorstand an und wurde 1999 stellvertretende Vorsitzende. Von 1992 bis 2002 war sie Mitglied des Kieler Landtags. Im Bundestag wirkte Happach-Kasan, Sprecherin ihrer Fraktion für Ernährung und Landwirtschaft, im Landwirtschaftsausschuss mit.

Wolfgang Tiefensee — 70 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 2009 bis 2014
SPD
Am 4. Januar wird Wolfgang Tiefensee 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Leipzig, 1989 Mitglied der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“, war deren Vertreter am „Runden Tisch“ in Leipzig. 1995 trat er der SPD bei, gehörte von 2005 bis 2020 dem Bundesvorstand an und war von 2018 bis 2020 Landesvorsitzender in Thüringen. Von 1998 bis 2005 amtierte Tiefensee als Leipziger Oberbürgermeister und wurde danach bis 2009, im ersten Kabinett Merkel, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Von 2012 bis 2014 war er wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von Ende 2014 bis Dezember 2024 amtierte Tiefensee als thüringischer Wirtschafts- und Wissenschaftsminister.

Karl-August Kamilli — 80 JAHRE
Bundestagsabgeordneter 1990
SPD
Am 5. Januar wird Karl-August Kamilli 80 Jahre alt. Der Geophysiker aus Leipzig, der sich seit den 1970er Jahren in der Friedens- und Umweltbewegung der DDR engagierte, schloss sich 1989 dem Neuen Forum an und war im Oktober Mitbegründer der Leipziger Sozialdemokratischen Partei. Von 1990 bis 1993 gehörte er dem SPD-Parteivorstand an. 1990 war Kamilli Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer.

Dietrich Mahlo — 90 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1987 bis 1998
CDU
Dietrich Mahlo vollendet am 8. Januar sein 90. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt und Notar aus Berlin war CDU-Vorsitzender in Wilmersdorf und gehörte von 1979 bis 1988 dem Abgeordnetenhaus an. Mahlo, der 1987 für den Abgeordneten Peter Lorenz in den Bundestag nachrückte, engagierte sich vorwiegend im Rechtsausschuss. Von 2000 bis 2007 war er Richter am Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin.

Leyla Onur — 80 JAHRE
Bundestagsabgeordnete von 1994 bis 2002
SPD
Am 8. Januar begeht Leyla Onur ihren 80. Geburtstag. Die Berufsschullehrerin aus Braunschweig trat 1973 der SPD bei und stand von 1991 bis 2002 an der Spitze des dortigen Unterbezirks. Von 1976 bis 1989 war sie Ratsfrau in Braunschweig. Die Direktkandidatin des gleichnamigen Wahlkreises wirkte im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1989 bis 1994 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments.

Willi Zylajew — 75 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 2002 bis 2013
CDU
Willi Zylajew wird am 9. Januar 75 Jahre alt. Der Diplom-Sozialarbeiter aus Hürth/Rhein-Erft-Kreis trat 1969 der CDU bei, war von 1975 bis 2003 dort Stadtrat und von 1979 bis 2024, mit Unterbrechungen, Kreistagsmitglied. Von 1995 bis 2002 gehörte er dem Nordrhein-Westfälischen Landtag an. Im Bundestag wirkte Zylajew im Familien- sowie im Gesundheitsausschuss mit.

Wolfgang Götzer — 70 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1984 bis 1987, von 1990 bis 2013,
CSU
Am 10. Januar wird Wolfgang Götzer 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Landshut schloss sich 1970 der CSU an, war von 1975 bis 1983 stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern und von 1982 bis 2009 Vorsitzender des Kreisverbands Landshut-Stadt. Von 1978 bis 2014 gehörte er dem dortigen Stadtrat an. Götzer betätigte sich im Bundestag im Rechtsausschuss, im Wahlprüfungsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss. Von 2005 bis 2013 war er Justitiar seiner Fraktion.

Eike Ebert — 85 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 1994
SPD
Eike Ebert begeht am 11. Januar seinen 85. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Darmstadt schloss sich 1956 der SPD an und trat 1989 an die Spitze des dortigen Unterbezirks. 1981 wurde er Mitglied der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung und war von 1985 bis 1995 deren Vorsteher. Ebert engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss.

Franz Müntefering — 85 JAHRE
Bundestagsabgeordneter von 1975 bis 1992, von 1998 bis 2013
SPD
Franz Müntefering vollendet am 16. Januar sein 85. Lebensjahr. Der aus Neheim bei Arnsberg gebürtige Industriekaufmann schloss sich 1966 der SPD an, stand von 1992 bis 1998 an der Spitze des Bezirks Westliches Westfalen und war danach bis 2001, in der Nachfolge Johannes Raus, SPD-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Von 1992 bis 1995 amtierte er als NRW-Arbeits- und Sozialminister. Es folgten sechs Jahre als SPD-Bundesgeschäftsführer bzw. Generalsekretär, kurz unterbrochen von seiner Zeit als Bundesverkehrsminister 1998/99. Den Vorsitz der Bundespartei hatte er 2004/05 sowie 2008/09 inne. Von 2002 bis 2005 amtierte er als Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion und war danach bis 2007 Bundesarbeitsminister und Vizekanzler. Zuletzt gehörte Müntefering, der sich von 1976 bis 1987 im Petitionsausschuss und von 1976 bis 1990 im Ausschuss für Raumordnung und Bauwesen engagierte, dem Familienausschuss an. *Bernd Haunfelder*

VERSTORBEN

Friedhelm Farthmann — 9. 12. 2024
Bundestagsabgeordneter von 1971 bis 1975
SPD
Am 9. Dezember starb Friedhelm Farthmann im Alter von 94 Jahren. Der promovierte Jurist aus Düsseldorf und leitende DGB-Mitarbeiter trat 1958 der SPD bei, gehörte von 1979 bis 1996 dem NRW-Landesvorstand und von 1986 bis 1993 dem SPD-Bundesvorstand an. Im Bundestag wirkte er im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1975 bis 1985 amtierte Farthmann als nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister und gehörte von 1980 bis 2000 dem Landtag in Düsseldorf an. Von 1985 bis 1995 war er dort SPD-Fraktionsvorsitzender. Farthmann ist auch als Autor sozialwissenschaftlicher Veröffentlichungen hervorgetreten.

Krise in Georgien

Vor der »Machtergreifung«

Während die Proteste nicht abreißen, fordert Noch-Präsidentin Surabischwili EU-Unterstützung für Neuwahlen. Die prorussische Regierung hat indes ihre Macht gefestigt

Er ist einer der führenden Verfassungsrechtler Georgiens, und er findet klare Worte: Georgien stehe eine „Machtergreifung“ bevor, sagt Wachtang Chmaladse, Professor an der Universität Tiflis. „Wir müssen alle verfügbaren Mechanismen einsetzen, sie zu verhindern.“

Am 29. Dezember soll die noch amtierende Staatspräsidentin Salome Surabischwili ihr Amt übergeben. Ihr designierter Nachfolger, der ultrarechte Micheil Kawelaschwili, wurde am 14. Dezember von Angehörigen der Regierungspartei Georgischer Traum gewählt. Vertreter der Opposition boykottierten die Wahl, weil sie deren Rechtmäßigkeit anzweifeln. Schon die Parlamentswahlen am 26. Oktober waren in ihren Augen manipuliert, auch unabhängige Experten und internationale Wahlbeobachter sprachen von Wahlbeeinflussung durch die Regierung. Noch-Präsidentin Surabischwili insistiert dementsprechend, sie sei derzeit die einzige legitime Vertreterin Georgiens. Von Regierungsmitgliedern als „ausländische Agentin“ diffamiert, wird sie von der Opposition und den westlichen Partnern unterstützt. Surabischwili hat angekündigt, das Präsidentenamt erst zu übergeben, wenn es einen legitimen Nachfolger gibt.

Im Europaparlament, vor dem sie am Mittwoch sprach, drängte Surabischwili die EU zu mehr Einsatz für Neuwahlen in ihrem Land. „Europa muss das Druckmittel finden, um zu handeln.“ Bislang haben sich die EU-Außenminister nur auf Einreisebeschränkungen für georgische Diplomaten und Regierungsvertreter einigen können. Sanktionen waren am Montag am Veto Ungarns und der Slowakei gescheitert. „Europa hat sich der Herausforderung bislang zur Hälfte gestellt“, sagte Surabischwili und warnte vor einer „Russifizierung“ Georgiens.

Wie die aussieht, war in den letzten Wochen bereits auf den Straßen der Hauptstadt Tiflis zu sehen. Zehntausende Menschen demonstrierten vor dem Parlament, nachdem die regierende Partei Georgischer Traum die Beitrittsgespräche mit der EU ausgesetzt hatte. Polizisten gingen mit voller Härte gegen sie vor. Laut Amnesty International wurden mehr als 80 Menschen mit schweren Verletzungen unter anderem am Kopf in Krankenhäuser eingeliefert. Polizei und Justiz würden benutzt, um friedliche Meinungsäußerungen zu unterdrücken, kritisiert die Organisation.

Die Regierungspartei hat die Gewaltenteilung bereits ausgehebelt

Tatsächlich hat die Regierungspartei in zwölf Jahren Amtszeit die Institutionen des Landes weitgehend mit ihren Leuten besetzt und die Gewaltenteilung ausgehebelt.

Trotz der massiven Polizeigewalt halten die Proteste an. Allerdings scheinen die Demonstranten ihre Taktik geändert zu haben: Sie versammeln sich nun öfter dezentral und in kleineren Gruppen. Mitarbeiter von Krankenhäusern zogen vor das Gesundheitsministerium, Rentner demonstrierten mit Plakaten, auf denen stand: „Ich will nicht Babuschka genannt werden“ oder „Meine Enkel sollen nicht in Russland leben“. Aber auch die Polizei agiert inzwischen anders. Seit ein paar Tagen werden einzelne Oppositionsführer nachts geweckt und festgenommen.

Verbal ist die Situation längst eskaliert. Guram Matscharaschvili, Abgeordneter der rechtspopulistischen und europafeindlichen Partei „Kraft des Volkes“, hat Surabischwili unverhohlen gedroht: „Wir hoffen, dass sie klug genug ist, den Palast freiwillig zu verlassen, damit es keine Bilder gibt, die peinlich für Georgien wären.“ Surabischwili tue alles, um Georgien international zu blamieren. Die Partei „Kraft des Volkes“ ist in einer Liste mit dem Georgischen Traum ins Parlament eingezogen. Während die Oppositionsparteien ihre Mandate nicht angenommen haben, bilden die acht Abgeordneten um Matscharaschvili nun eine Art Pseudo-Opposition. Um sie zu stärken, hat das Parlament die Anzahl der Mandate, die eine Partei für den Fraktionsstatus braucht, von zwölf auf acht gesenkt.

Auch der designierte neue Staatspräsident Kawelaschwili gilt als Hardliner. In einem einstündigen Interview mit dem von der Regierung kontrollierten Fernsehsender Imedi ging der Ex-Fußballprofi auf Konfrontationskurs zur EU. „Wir haben nichts gegen Europäer“, ließ er die Bevölkerung wissen, „wir verteidigen uns einfach. Für Georgien ist es nicht neu, dass wir bedroht werden.“

Surabischwili gab sich im Europaparlament kämpferisch. „Die Georgier werden nicht aufhören, bis es freie und faire Wahlen gibt.“ Doch sollte die Regierung Georgien weiter auf Kurs Richtung Russland bringen, bleibt wohl vielen von ihnen nur, das Land zu verlassen. *Thomas Franke*

Der Autor ist freier Osteuropakorrespondent.

Georgiens scheidende Präsidentin Salome Surabischwili drängte am Mittwoch vor dem Europaparlament die EU und den Westen, die demokratischen Kräfte in Georgien in ihrer Forderung nach Neuwahlen zu unterstützen. © picture alliance/dpa/Philipp von Ditfurth

Der ukrainische Präsident Selenskyj und EU-Ratspräsident Costa (rechts) zu Beginn des EU-Gipfels am Donnerstag in Brüssel © picture alliance / SvenSimon-ThePresidentialOfficeU | Presidential Office of Ukraine

Letzter EU-Gipfel des Jahres

Brüsseler Angstszenario

Europäer wappnen sich für Trump, Ukraine im Fokus

Es klang ein wenig nach Pfeifen im Walde: Die EU sei bereit, „was auch immer nötig ist“, zu tun, um die Ukraine in eine Position der Stärke zu versetzen. Man stehe vereint hinter dem von Russland angegriffenen Land, hatte der neue portugiesische EU-Ratspräsident António Costa vor Beginn des EU-Gipfels in Brüssel am Donnerstag verlauten lassen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der sich, anders als sonst üblich, nach seiner verlorenen Vertrauensfrage am Montag nicht im Bundestag mit einer Erklärung zum EU-Rat äußerste, rief in einem Statement zu Einigkeit auf. Es müsse klar sein, die Unterstützung für die Ukraine beizubehalten „so lange, wie sie gebraucht wird“.

Sorge um Zukunft der Ukraine, wenn USA Waffenhilfe kürzt

Doch beim Treffen der 27 Regierungs- und Länderchefs, dem letzten in diesem Jahr und dem letzten, bevor Donald Trump am 20. Januar in Washington erneut das Präsidentenamt übernimmt, war von Geschlossenheit und Stärke eher wenig zu spüren, auch wenn sich einige der Beteiligten noch so sehr darum bemühten: Zu sehr dominierten Unsicherheit und Sorge um die Zukunft der Ukraine. Wie reagieren, wenn der neue Präsident dem Land die bisherige US-amerikanische Waffenhilfe, wie bereits angekündigt, kürzt oder und sie so zu seinem Waffenstillstand und Friedensgesprächen mit Russland zwingt? Erst vor wenigen Tagen hatte Trump in Richtung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gesagt: „Er sollte bereit sein, einen Deal einzugehen.“ Was das genau heißen soll, blieb unklar. Doch die Frage steht im Raum: Wie kann die Ukraine in die Lage versetzt werden, mögliche Friedensverhandlungen aus einer Position der Stärke zu führen?

Um das zu beraten, war auch Selenskyj nach Brüssel gekommen. Gleich zum Auftakt macht er klar: Falls die USA ihre Unterstützung für die Ukraine einstellen sollten, werde es „sehr schwierig“. Unmissverständlich drängte der Gipfel-Gast die Europäer deshalb zur Zusammenarbeit mit den USA. „Nur gemeinsam können USA und Europa Putin tatsächlich stoppen und die Ukraine retten“, sagte Selenskyj.

Doch wie den US-amerikanischen Präsidenten überzeugen, dass die weitere Unterstützung auch im Interesse der USA ist? Seit Wochen wird deswegen auch immer wieder darauf verwiesen, dass ein Sieg Russlands auch dessen Verbündeten China stärken würde. Trump sieht China als Hauptkonkurrenten.

Ob das Argument überzeugt, ist fraglich. Bundeskanzler Scholz zeigte sich nach Telefonaten mit dem US-Präsidenten zumindest zuversichtlich, dass EU und USA in ihrer Unterstützung der Ukraine weiter gut kooperieren würden.

Nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die EU ist der Rückzug der USA ein Angstszenario. Für die Absicherung einer erzwungenen Waffenruhe und die zukünftige Sicherheit der Ukraine wäre dann womöglich allein Europa zuständig. Einer Beteiligung der USA an europäischen Friedenstruppen, wie sie der französischen Präsident Emmanuel Macron bereits vor dem EU-Gipfel ins Spiel gebracht hatte, erteilte der künftige US-Präsident jedenfalls eine Absage.

Uneinigkeit über Vorschlag einer europäischen Friedenstruppe

Aber auch Scholz zeigte sich zurückhaltend. Die Debatte um eine Ukraine-Truppe, die vor allem von den großen europäischen Nationen Frankreich, Deutschland, Italien, Polen und Großbritannien gestellt werden müsste, halte er für verfrüht, machte der Kanzler klar. Auch andere europäische Regierungschefs wie der polnische Ministerpräsident Donald Tusk äußerten sich ablehnend. Zunächst gehe es um Unterstützung der Ukraine, um diese in einen möglichst gute Ausgangslage für Verhandlungen zu bringen, bekräftigte er. Falls es ihr gelinge, die Russen zurückzudrängen, werde „jeder seine Rolle zur Friedenserhaltung spielen müssen“, räumte der belgische Premier Alexander De Croos in Brüssel ein.

Doch wie wäre die Ukraine eine Position der Stärke bringen? Hier sind die Europäer weiter uneins: Ungarn blockiert EU-Hilfen, Scholz weigert sich, weitreichende Marschflugkörper vom Typ Taurus zu liefern und auch eine Nato-Mitgliedschaft wie sie die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas vorschlägt, findet kaum Unterstützung. Er werbe für weitere Waffenhilfe, versprach Kanzler Scholz immerhin, für mehr Luftverteidigung, Artillerie und Munition. *Sandra Schmid/dpa*

In Damaskus suchen Familien nach vermissten Angehörigen. Die syrische Rettungsorganisation Weißhelme spricht von 150.000 Menschen, die in den Gefängnissen des Assad-Regimes verschwanden.

© dpa/picture-alliance/Anadolu

Syrien nach Assad

Sturz ins Ungewisse

Nach dem Ende der Diktatur bleibt die Lage unübersichtlich. Der Bundestag debattiert in einer Aktuellen Stunde

Die Reaktionen reichen von großer Erleichterung bis zu großer Sorge für die Zukunft Syriens: Am Mittwoch debattierten die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde über die Lage nach dem Sturz des Assad-Regimes und der Übernahme der Macht unter Führung der islamistischen Miliz Haiat Tahrir al-Scham (HTS).

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) rief dazu auf, alle Bevölkerungsgruppen am politischen Prozess in Syrien zu beteiligen. Für einen friedlichen Übergang müssten die Rechte aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften berücksichtigt werden. Baerbock warnte davor, den syrischen Dialogprozess von außen zu torpedieren. „Wenn wir Frieden in der Region wollen, darf die territoriale Integrität Syriens nicht infrage gestellt werden“, betonte die Ministerin. „Eine auf Dauer angelegte Besatzung auf dem Golan verstößt gegen das Völkerrecht“, sagte sie mit Blick auf Israel, dessen Armee nach dem Umsturz im Nachbarland in die Pufferzone zu Syrien auf den Golanhöhen vorgedrungen ist.

Jürgen Hardt (CDU) machte Russland, den Iran und die Hisbollah als Verlierer der „unerwarteten, überraschenden Entwicklung“ in Syrien aus. „Es ist ein großer Gewinn, dass sowohl Russland als auch der Iran in dieser Region weniger zu sagen haben werden“ und die Hisbollah keinen Rückzugsraum wie einst mehr finde. Deutschland habe mit Blick auf Israels Sicherheit und mit Blick auf die vielen geflüchteten Syrer hierzulande ein besonderes Interesse an einer guten, friedlichen Entwicklung Syriens. Die Bundesregierung müsse klare Erwartungen an die neue Führung in Damaskus adressieren, forderte Hardt: Dazu zähle zum Beispiel, dass „Muslime aber eben auch Nichtmuslime gemeinsam an den politischen Geschicken des Landes mitwirken“.

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) warnte indes vor einer verfrühten Debatte über die Rückkehr von syrischen Flüchtlingen in ihre Heimat und warf der Union vor, bereits nach Ausreiseprämien gerufen zu haben, als Syriens Diktator noch nicht einmal in seinem Fluchtort Moskau gelandet gewesen sei. „Noch ist Syrien ein am Boden liegendes Land, und die Sicherheitslage ist komplett unklar“, sagte Schulze und verwies auf Kinder mit Mangelernährung sowie auf die Zahl von mehr als sieben Millionen Binnenvertriebenen.

Konstantin Kuhle (FDP) erinnerte daran, dass Russland ab 2015 das Assad-Regime durch die Bombardierung der nordsyrischen Städte vor dem Sturz bewahrt habe. Russland sei es um die Sicherung seiner strategischen Stützpunkte an der syrischen Mittelmeerküste und um Einfluss in der Nahostregion gegangen. Die Unterstützung für Assads Krieg gegen die eigene Bevölkerung und deren Vertreibung sei aber „immer auch ein hybrider Krieg gegen uns in Europa gewesen“, sagte Kuhle. „Es ging und es geht Wladimir Putin immer darum, auf dem Rücken der betroffenen Menschen Migration als Waffe einzusetzen.“

Unterstützung der Türkei für islamistische Kräfte in Syrien

Steffen Kotré (AfD) kritisierte hingegen, dass der syrische Bürgerkrieg auch mit Unterstützung des Westens befeuert worden sei und die Türkei islamistische Kräfte unterstützt habe. „Es war ein Verdienst der Russen, den ‚Islamischen Staat‘ geschwächt, wenn nicht gar besiegt zu haben.“ Kotré warb für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, Unterstützung beim Wiederaufbau und „letztendlich Remigration und Reintegration aller bei uns lebenden Syrier, dann aber dort in Syrien“. Syrer, die sich in Deutschland integrierten und für ihren eigenen Unterhalt sorgten, seien herzlich willkommen. „Aber leider ist das nicht die größte Gruppe.“

Am Donnerstag beriet der Bundestag zudem über einen Antrag der Unionsfraktion (20/14232) zu Sanktionen gegen das russische „Afrikakorps“. „Die Schwächung der russischen Afrikapolitik durch den Sturz des verbündeten Ex-Diktators Assad in Syrien, dessen Land von Russland auch als Drehkreuz für Militärgüter nach Afrika benutzt wurde, stellt eine gute Gelegenheit dar, durch Sanktionen weiteren Druck auszuüben“, schreiben die Abgeordneten.

Das dem russischen Verteidigungsministerium unterstellte „Afrikakorps“ als Nachfolger der Söldnergruppe Wagner habe Operationen in Mali, Libyen und der Zentralafrikanischen Republik übernommen. Drehscheibe für die Einsätze waren bisher die Marinebasis in Tartus und der Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in Syrien. Ob Russland die Militärpräsenz nach dem Machtwechsel in Damaskus aufrecht erhalten kann, ist mehr als fraglich. *Alexander Heinrich*

Vergessene Krisen

»Zeitenwende in der humanitären Hilfe«

Experten warnen im Menschenrechtsausschuss vor einer zunehmenden Instrumentalisierung durch die Politik

Rund 120 bewaffnete Konflikte weltweit – im Blick der Öffentlichkeit stehen derzeit aber vor allem zwei: die Kriege in der Ukraine und in Gaza. Über schwere Krisen in anderen Teilen der Welt, etwa in Somalia, Libyen, Myanmar oder Jemen, werde kaum in den Medien berichtet – mit gravierenden Folgen, wie Vertreter von Hilfsorganisationen in einer Anhörung des Menschenrechtsausschusses am Mittwoch deutlich machten.

Die mangelnde Berichterstattung führe zu einer geringeren Sichtbarkeit solcher Krisen und damit auch zu schwindender finanzieller Unterstützung. Das humanitäre Hilfssystem sei immer weniger in der Lage, das „Defizit der Aufmerksamkeitsökonomie“ auszugleichen, mahnten Sachverständige. Humanitäre Hilfe dürfe sich aber nicht nur auf die „tagesaktuellen Krisen“ konzentrieren, mahnte Ariane Bauer, Internationales Komitee vom Roten Kreuz.

Prinzipien des Humanitären Völkerrechts achten

Fundamentale Prinzipien des Humanitären Völkerrechts, wie Menschlichkeit, Neutralität und Unparteilichkeit, müssten geachtet werden. Es brauche weiterhin flexibel einsetzbare Gelder, um auch in wenig beachteten Krisengebieten überlebensnotwendige Hilfe zu leisten, erklärte auch Martin Frick, UN-Welternährungsprogramm, der zudem Parlament und kommende Bundesregierung an die Wirksamkeit „außenpolitischer Instrumente“ erinnerte.

Katharina Küsters von der Kinderrechtsorganisation Plan International Deutschland betonte die Bedeutung von Prävention: Da Krisen immer länger dauerten, im Durchschnitt mehr als zehn Jahre, sei eine vorausschauende humanitäre Hilfe wichtig.

Besorgt über zwei Entwicklungen äußerten sich Lara Dovifat von Ärzte ohne Grenzen und Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär der Hilfsorganisation Help: Zum einen schrumpften trotz zunehmender Krisen die Budgets der humanitäre Hilfe, zum anderen richte sich die Verteilung von Geldern immer öfter nicht nach dem größten Bedarf, sondern nach „außen- und geopolitischen Interessen“. Dovifat kritisierte unter anderem mit Blick auf den Kongo, dass Krisen nicht einfach vergessen, sondern vielmehr vernachlässigt würden. Um dem vorzubeugen, empfahl der Klose-Zuber, stärker lokale Hilfsorganisationen einzubinden. Diese seien auch dann noch tätig, wenn sich internationale Geber und Organisationen zurückzögen.

Von einer „drohende Zeitenwende in der humanitären Hilfe“ warnte Ralf Südhoff, Centre for Humanitarian Action: Durch die geplanten Kürzungen riskiere Deutschland, seine wertvolle Glaubwürdigkeit als Geber zu verspielen. Zulasten vergessener Krisen drohe auch die neue humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes zu gehen, die einen „strategischen Einsatz“ von Mittel vorsehe und damit einer Politisierung der humanitären Hilfe Vorschub leiste, monierte Südhoff. *Sandra Schmid*

KURZ NOTIERT

Bundeswehreinsatz im Roten Meer gegen Huthi-Milizen

Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr mit bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten an der EU-geführten Operation EUNAVFOR ASPIDES zur Abwehr von Angriffen der Huthi-Milizien auf die Schifffahrt im Roten Meer beteiligen. Den Antrag der Bundesregierung (20/14044) überwies der Bundestag am Donnerstag in die Ausschüsse. Begründet wird der Einsatz mit fortbestehenden Angriffen der Miliz aus von ihr kontrollierten Gebieten im Jemen insbesondere im Roten Meer und der Meerenge Bab al-Mandab, die sich gegen den internationalen Handel und die Sicherheit des Seeverkehrs richten.

Einsatz im Südsudan soll verlängert werden

Die Bundeswehr soll sich weiterhin an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan (UNMISS) beteiligen. Es sollen unverändert bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden, so die Bundesregierung in ihrem Antrag (20/14045), der am Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurde. Aufgabe der Mission ist der Schutz von Zivilpersonen, die Beobachtung der Menschenrechtslage, die Absicherung der Bereitstellung humanitärer Hilfe und die Unterstützung bei der Umsetzung des Friedensabkommens.

Nato-Operation Sea Guardian im Mittelmeer

Die Bundeswehr soll ihre Beteiligung an der „Nato-geführten maritimen Sicherheitsoperation Sea Guardian“ fortsetzen. Wie die Bundesregierung in einem Antrag (20/14046) schreibt, sollen dafür unverändert bis zu 550 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden können, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zu Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch, zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels im maritimen Umfeld zu leisten. Der Antrag wurde am Donnerstag in die Ausschüsse überwiesen.

Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen

Die Bundeswehr soll ihre Beteiligung an der EU-Mission EUNAVFOR MED Irini im Mittelmeer fortsetzen. Wie die Bundesregierung in einem Antrag (20/14047) schreibt, soll die Operation das VN-Waffenembargo gegen Libyen durchsetzen und einen Beitrag zur Verhinderung der illegalen Ausfuhr von Erdöl aus Libyen und zur Zerschlagung des Geschäftsmodells von Schleusern leisten. Nach wie vor sollen dafür bis zu 300 Soldaten entsendet werden können, die Aufgaben wie die Seeraumüberwachung und -aufklärung übernehmen sollen.

Union fordert Unterstützung für Venezuelas Opposition

Die CDU/CSU-Fraktion fordert mehr Unterstützung für die oppositionellen demokratischen Kräfte Venezuelas. In einem Antrag (20/14019), den der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet und in die Ausschüsse überwies, drängt die Fraktion die Bundesregierung, sich unter anderem für die Freilassung aller politischen Gefangenen in dem südamerikanischen Land sowie EU-Sanktionen einzusetzen. Am Dienstag hatte das Europaparlament bereits die venezolanischen Oppositionellen María Corina Machado und Edmundo González Urrutia mit dem Sacharow-Preis für Menschenrechte ausgezeichnet. *ahe/sas*

Geschichte Mitteleuropas

Die Wiege des modernen Staates

Martyn Rady erzählt die jahrhundertealte Geschichte des einzigartigen Kulturraums im Herzen Europas und seiner Strahlkraft in alle Welt

Nach dem Fall der Mauer, der Implosion der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts schlug mit dem Sieg der liberalen Demokratie über den Kommunismus nicht das „Ende der Geschichte“, wie der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1992 mutmaßte. Vielmehr setzte nach einer kurzen Atempause, in der viele Beobachter noch an eine umfassende „Friedensdividende“ nach den Jahrzehnten des Kalten Krieges glaubten, ein Prozess der Neuordnung in Europa und dem Rest der Welt ein, die Rückkehr nationalistischer Ideologien und ethnischer Konflikte, Machtkämpfe und Konfrontationen bis hin zum Krieg in der Ukraine.

Dass wir es inzwischen mit einer anderen geopolitischen Konstellation zu tun haben als mit jener Dichotomie zwischen Ost und West, machte schon im vergangenen Jahr der US-Historiker Jacob Mikanowski mit seinem Abgesang auf die alten Verhältnisse deutlich. Sein Buch „Adieu, Osteuropa“ war der Abschied von einem Schattenreich, das einst die UdSSR und ihre Satellitenstaaten umfasste. Europa war in seiner Mitte von einem „Eisernen Vorhang“ durchtrennt, diesseits dominierten Demokratie und Kapitalismus, jenseits Sozialismus und Planwirtschaft.

Der Rhein als Westgrenze Mitteleuropas: Blick auf Burg Gutenfels bei Kaub und die im Rhein gelegene Burg Pfalzgrafenstein.

© pa/Westend61/Martin Moxter

Geistiger, politischer, ökonomischer und soziokultureller Einfluss

Martyn Rady, Professor für Mitteleuropäische Geschichte in London, hält die Zeit für gekommen, die Perspektive zu wechseln, den Blick auf das Herz des Kontinents zu richten. Zwar liefert der Historiker, anders als der Untertitel seines Buches verheißt, keine „neue Geschichte Mitteleuropas“, sondern eine andere, durch die Zeitläufte veränderte Sichtweise auf eine Region, die es seit vielen Jahrhunderten gibt, natürlich auch schon vor der Spaltung in zwei feindliche Militärblöcke. Rady zeigt Mitteleuropa als zusammenhängenden und „einzigartigen“ Kulturraum, der geistig, politisch, ökonomisch und soziokulturell ausstrahlte, nicht nur auf den Rest des Kontinents, sondern auch auf andere Weltregionen.

Was aber ist Mitteleuropa, wo liegen seine Grenzen? Das ist eine über die Jahrhunderte auch unter Wissenschaftlern umstrittene Frage, die meist „ex negativo“ beantwortet wurde, also durch den Verweis darauf, was nicht zu Mitteleuropa zählt, wie es Georg Hassel 1805 formulierte: Mitteleuropa sei jener Teil des Kontinents, der weder zu Frankreich noch zu Russland gehöre.

Rady legt sich jedenfalls zur einen Seite hin fest: „Mitteleuropa wird im Westen vom Rhein begrenzt.“ Im Osten dagegen fehle eine vergleichbar klare „physisch-geographische Demarkation“. Der Autor nennt die Karpaten als „Südostgrenze Mitteleuropas“, auch wenn er einräumen muss, dass dieses Gebirge Mitteleuropa nur teilweise vom Osten und Süden des Kontinents trennt.

Die eindrucksvolle Studie umfasst „im Wesentlichen das heutige Deutschland, Polen, Tschechien und die Slowakei, Ungarn, Österreich und Slowenien sowie das westliche Rumänien und Siebenbürgen“, aber auch „Gebiete der heutigen Ukraine, Kroatiens, der Schweiz und der baltischen Staaten“. Abgegrenzt wird Mitteleuropa nach dieser Definition vor allem von England, Frankreich und den Benelux-Ländern im Westen, Skandinavien im Norden und Russland im Osten. Der Historiker folgt damit einer Darstellung vom „Herzen Europas“, die sich das gesamte 19. Jahrhundert über in allen gängigen Reiseführern und Lexika fand, im 20. Jahrhundert nicht zuletzt durch die beiden Weltkriege aber nachhaltig erschüttert wurde.

Zivilisatorische Gemeinsamkeiten seit dem Mittelalter

Bei allen Unterschieden Mitteleuropas zu Westeuropa, etwa bei Sprachen und Geografie, teilen beide Regionen doch eine Reihe von zivilisatorischen Gemeinsamkeiten seit dem Mittelalter: Königreiche und Herzogtümer, Ritterburgen und katholische Klöster, aufblühende Städte und gutsituierte Kaufleute, nicht zuletzt Schulen und Universitäten. Auch Reformation und Revolution wirkten sich hier wie dort aus, Aufklärung, Romantik und Industrialisierung hinterließen gleichermaßen in West- und Mitteleuropa ihre Spuren. Dennoch zeigen sich für Rady spezifische Differenzen und Eigenheiten, so die für Mitteleuropa typische Selbstverwaltung von Städten und Dörfern, das Aufkommen von frühen Parlamenten und Ständeversammlungen, eine Form religiöser Toleranz bis ins 17. Jahrhundert hinein, die es so in Frankreich, Spanien oder England nicht gab.

„In Mitteleuropa“, stellt der Autor fest, „wurde der moderne Staat geboren.“ Allerdings auch die Bürokratie, die individuelle Freiheitsrechte stärker einschränkte als bei den westlichen Nachbarn. Von den Instrumenten der staatlichen Verwaltung profitierten nicht zuletzt Preußen und Habsburger, lange Zeit die beherrschenden Faktoren im mitteleuropäischen Machtgefüge, das von Invasoren und Imperialisten immer wieder bedroht wurde – von Hunnen und Osmanen, von Schweden und Russen. Letztere sind auch aktuell wieder die größte Gefahr für die Stabilität in der Mitte des Kontinents. Das waren sie, sagt der Historiker, seit dem 18. Jahrhundert immer. Putins Besetzung der Krim und sein Krieg gegen die Ukraine könnten „nur der Anfang und Vorbote weiterer Eroberungen“ sein.

Gunther Hartwig

Martyn Rady:

Vom Rhein bis zu den Karpaten. Eine neue Geschichte Mitteleuropas.

Rowohlt Berlin, Berlin 2024; 688 S., 38,00 €

KURZ REZENSIERT

Kartografische Ordnung in unübersichtlichen Zeiten

Seit Generationen greifen Schüler und Geschichtsstudenten zu Werken wie dem „Putzger. Historischer Weltatlas“, dem „Großen Ploetz“ oder dem „dtv-Atlas Weltgeschichte“. Zum Beispiel, wenn sie nachvollziehen wollen, auf welcher Route denn nun Hannibal mit seiner Elefanten über die Alpen gen Rom zog, wie genau der territoriale Flickenteppich des Heiligen Römischen Reiches aussah oder wo und wann welche Schlachten im Zweiten Weltkrieg geschlagen wurden. Je unübersichtlich die Weltlage, desto sinnvoller erscheint der Griff zu solchen historischen Atlanten, weil sie zumindest eine kartografische Ordnung in das Gewirr der Zeitenläufe zu bringen vermögen.

Unübersichtlich erscheint auch die aktuelle Weltlage. Da passt es gut, dass Émilie Aubry und Frank Tétart einen „geopolitischen Atlas“ vorgelegt haben, um sich in der „Welt der Gegenwart“ zurecht zu finden. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder der beschleunigte Klimawandel hätten gezeigt, dass

Émilie Aubry, Frank Tétart:

Die Welt der Gegenwart. Ein geopolitischer Atlas.

C.H. Beck, München 2024; 224 S., 29,00 €

„im 21. Jahrhundert niemand die übrige Welt ausschließen kann“ und „mehr und mehr unser tägliches Leben“ bestimme, schreibt Aubry in ihrem Vorwort.

Die Journalistin ist Chefredakteurin des Magazins „Mit offenen Karten“ des TV-Senders Arte, das anhand von speziell aufbereiteten Landkarten historische, geopolitische oder wirtschaftliche Sachverhalte dargestellt. Ihr Co-Autor Frank Tétart war über viele Jahre als Berater der Sendung tätig, unterrichtet an Sekundarschulen sowie der Universität Paris 1 und hat bereits mehrere Atlanten veröffentlicht.

Aubry und Tétart nehmen ihre Leser anhand von mehr als 130 anschaulichen Karten und Grafiken sowie einführenden Texten auf eine Reise rund um den Globus zu aktuellen Hotspots. Von den USA und Mexiko über Venezuela und Brasilien nach Deutschland, Polen, Schweden, die Ukraine und Russland und weiter nach Nordafrika, die Sahelzone, den Nahen und Mittleren Osten bis hin nach China, Indien und Australien. Neben den Konflikten, die die Schlagzeilen beherrschen, findet sich auch überraschendes Kartenmaterial, etwa zu den Einflussgebieten mexikanischer Drogenkartelle oder dem Abstimmungsverhalten der Türken zum Verfassungsreferendum Erdogans von 2017 aufgeschlüsselt nach Regionen.

Doch so gelungen der geopolitische Atlas inhaltlich und grafisch auch gestaltet ist, ein Problem bleibt: Die Geschwindigkeit, mit der sich die Weltlage ändert.

aw

Kritik und Krise des Liberalismus

OPEN ACCESS

Michael Zürn [Hrsg.]
Zur Kritik des liberalen Skripts
Innere Spannungen, gebrochene Versprechen und die Notwendigkeit der Selbsttransformation
Leviathan Sonderband 42 | 2024
2024, 404 S., brosch., 99,– €
(Sonderpreis für Beziehende der Zeitschrift im Rahmen des Abonnements 74,25 €)
ISBN 978-3-7560-1829-1
E-Book 978-3-7489-4492-8

Kontestationen oder Anfechtungen sind für den Liberalismus nichts Neues. Doch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen haben eine besondere Qualität erreicht. Sie sind heute besonders vielfältig und polyphon. Zudem lassen Sie sich weitgehend auf endogene Ursachen zurückführen. Nur wenn das liberale Skript offen für eine Selbsttransformation ist, lassen sich diese beheben.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

ORTSTERMIN: WEIHNACHTSRÄTSEL

Lesen, mitraten und gewinnen

Beim Weihnachtsrätsel von „Das Parlament“ können Sie auch in diesem Jahr wieder spannende Überraschungspakete gewinnen.

Auch in diesem Jahr findet es wieder statt: Das Weihnachtsrätsel von „Das Parlament“. Auf die Gewinnerinnen und Gewinner warten spannende Überraschungspakete.

Gewinnen können Sie, indem Sie das tun, was sie auch sonst immer tun: Aufmerksam lesen!
Denn auf den Seiten dieser Zeitung verstecken sich die Antworten auf die folgenden zwölf Fragen.

Ihre Antworten inklusive Ihrer Kontaktdaten senden Sie bitte per Post oder E-Mail an:

Redaktion „Das Parlament“
Platz der Republik 1
11011 Berlin

redaktion.das-parlament@bundestag.de

Stichwort: Weihnachtsrätsel 2024

Einsendeschluss ist der 6. Januar 2025. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Aus allen richtigen Einsendungen werden die Gewinnerinnen und Gewinner durch das Los ermittelt und anschließend schriftlich verständigt.

Der Weihnachtsbaum vor dem Reichstagsgebäude ist eine 26 Meter hohe Fichte und kommt aus dem Harz.

© DBT/Marc Beckmann

Die Fragen:
1. Wann soll die vorgezogene Bundestagswahl voraussichtlich stattfinden?

2. Wie viele Senate hat das Bundesverfassungsgericht?

3. Wer übt laut Grundgesetz im Gebäude des Bundestages die Polizeigewalt aus?

4. Wie heißt das von der Minderheitsregierung angekündigte Verfahren zur Einbindung der Opposition?

5. Wie heißen die russischen Militärstützpunkte in Syrien?

6. Mit wie vielen Stimmen ist Thüringens Ministerpräsident Voigt ins Amt gewählt worden?

7. Wie viele Abgeordnetenmandate umfasst der Potsdamer Landtag?

8. Was kostet das Deutschlandticket (bisher 49-Euro-Ticket) im neuen Jahr?

9. Wie heißt die internationale Studie der OECD, die grundlegende Kompetenzen von Erwachsenen vergleicht?

10. Wofür ist der designierte neue Präsident Georgiens Micheil Kawelaschwili eigentlich bekannt?

11. Wer stellte die These vom „Ende der Geschichte“ auf?

12. Wie hieß 1989 der Bürgermeister von Ost-Berlin?

Die Redaktion von „Das Parlament“ wünscht frohe Weihnachten, ein gutes neues Jahr 2025 und viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen!

VOR 35 JAHREN

Berlin freut sich über offenes Tor

22.12.1989: Brandenburger Tor wird geöffnet Es sind Bilder für die Geschichtsbücher: Sie zeigen Zehntausende Berliner, die sich unter Regenschirmen am Brandenburger Tor drängen. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), der den jubelnden Menschen aus einem Wachhäuschen zuwinkt. DDR-Ministerpräsident Hans Modrow, der Kohl auf der Ostseite des neuen Durchgangs von West- nach Ostberlin die Hand schüttelt. Die beiden Regierungschefs, die weiße Tauben in den grauen Himmel aufsteigen lassen. Im Hintergrund die Säulen des Brandenburger Tores und ein Weihnachtsbaum. Es sind Bilder vom 22. Dezember 1989, dem Tag, an dem das Brandenburger Tor nach 28 Jahren, vier Monaten und neun Tagen der Teilung wieder geöffnet wird.
Bereits am Abend des Mauerfalls am 9. November hatten Tausende dort gefeiert, wo die Mauer zunächst stehen blieb. Doch erst am 22. Dezember wurde aus dem preußischen Bau, der lange Zeit ein Symbol der Teilung in Ost und West war, das Symbol der Einheit. Beschlossen wurde die Öffnung kurz vor Weihnachten, erst wenige Tage zuvor.
Am 19. Dezember hatte Kohl Dresden besucht. Bei Verhandlungen mit Modrow wurde eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen BRD und DDR in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation beschlossen. Außerdem vereinbarten Kohl und Modrow eine Amnestie für politische Gefangene möglichst noch vor Weihnachten, Reiseerleichterungen für Bundesbürger und West-Berliner sowie ein Ende des Zwangsumtausches – und die Öffnung des Brandenburger Tores, zunächst für Fußgänger. Eine freie Durchfahrt für Autos hatte der Ost-Berliner Magistrat schon einige Wochen zuvor abgelehnt: Das Tor sei museal, hieß es, der Verkehr könnte den Bau beschädigen.
Nur drei Tage blieben also, um den Beschluss von Dresden in Ost-Berlin umzusetzen, konkret: zwei Teile der Mauer zu entfernen, einen links und einen rechts des Tores, um Ein- und Ausreisen praktisch zu ermöglichen. Mit einem Informationsblatt kündigte das Grenzkommando Mitte der DDR-Grenztruppen schließlich an, „im Zeitraum vom 21.12.1989, 22.00 Uhr, bis 22.12.1989, 13.00 Uhr, die baulichen Voraussetzungen zur Durchführung des grenzüberschreitenden Verkehrs schaffen“ zu wollen. „Bereits diese erste Phase des insgesamt wochenlangen Abrissvorgangs erwies sich als weit mühsamer als gedacht, weil die bis zu 3,50 Meter hohen Mauersegmente unerwartet hohe Festigkeit aufwiesen“, heißt es in einem Bericht der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. Am 22. Dezember, gegen 0.30 Uhr, wurde endlich das erste Mauersegment mit einem Kran herausgehoben.
Erste Schaulustige kamen noch in der Nacht. Als Kohl und Modrow dann am Nachmittag gemeinsam den neuen Grenzübergang Brandenburger Tor öffneten, jubelten mehr als 100.000 Menschen. „Von diesem Platz aus geht die Botschaft aus der DDR und aus der Bundesrepublik Deutschland: Wir wollen Frieden, wir wollen Freiheit, wir wollen unseren Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt leisten“, sagte Kohl in seiner Rede. Neben Kohl sprachen auch Modrow, Ostberlins Bürgermeister Erhard Krack und Westberlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (SPD). Dieser rief der Menge die Worte zu, die von diesem Tag in Erinnerung bleiben sollten: „Berlin, nun freue dich!“ *Benjamin Stahl*

Zwischen Weihnachtsbaum und Friedenstauben: Weihnachten 1989 wird das Brandenburger Tor wieder geöffnet. © picture-alliance/ ZB | ddrbildarchiv.de

AUSBLICK ...

So geht es weiter

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages ist vom 29. bis 31. Januar 2025 angesetzt. Zum Auftakt am Mittwoch, dem 29. Januar, wird das Parlament der Opfer des Nationalsozialismus gedenken. Die Gedenkstunde steht im Zeichen des 80. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Am 27. Januar 1945 hatten Soldaten der Roten Armee das NS-Vernichtungslager befreit. Aus diesem Anlass wird der Holocaust-Überlebende Roman Schwarzmann aus der Ukraine im Bundestag eine Rede halten.

© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Auf der parlamentarischen Agenda des Bundestages steht für die letzte Januarwoche unter anderem ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur nachhaltigen und leistungsstarken Gestaltung der Landwirtschaft. Darüber hinaus soll über einen Antrag der FDP-Fraktion zu einer generationengerechten Rentenpolitik debattiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Abschlussdebatte zum Untersuchungsausschuss Afghanistan, in der die Lehren aus dem Einsatz und seinem Ende erörtert werden sollen. Zudem berät das Parlament über die deutsche Beteiligung an internationalen Missionen der Vereinten Nationen und der Nato.

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 29. – 31.1.2025

**Nachhaltige Landwirtschaft (Do),
Generationengerechte Rentenpolitik (Do)**

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

**www.bundestag.de/mediathek:
Alle Debatten zum Nachsehen
und Nachlesen.**

DAS PARLAMENT

DEBATTENDOKUMENTATION

Beratung des Antrags des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes / 205. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Dezember 2024

Olaf Scholz, SPD, Bundeskanzler:

In eine Regierung einzutreten, dafür braucht es sittliche Reife

© Maximilian König

Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 061

Es ist das sechste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass ein Bundeskanzler den Antrag nach Artikel 68 des Grundgesetzes stellt. Zweimal wollten sich Vorgänger von mir dadurch den Rückhalt ihrer Regierungskoalition sichern. In den anderen drei Fällen nutzten Willy Brandt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder den Artikel 68, um Neuwahlen zu ermöglichen. Die Bundestagswahl vorzuziehen, das ist auch mein Ziel.

Bei dieser Wahl können dann die Bürgerinnen und Bürger den politischen Kurs unseres Landes vorgeben. Darum geht es.

Die Vertrauensfrage richte ich deshalb heute an die Wählerinnen und Wähler. Sie lautet: Trauen wir uns zu, als starkes Land kraftvoll in unsere Zukunft zu investieren? Haben wir Vertrauen in uns und unser Land, oder setzen wir unsere Zukunft aufs Spiel? Riskieren wir unseren Zusammenhalt und unseren Wohlstand, indem wir längst überfällige Investitionen verschleppen, indem wir die notwendige Unterstützung der Ukraine und Investitionen in unsere Bundeswehr aufrechnen gegen gute Gesundheit und Pflege, gegen stabile Renten und leistungsfähige Kommunen?

Diese Entscheidung ist so grundlegend, dass sie vom Souverän selbst getroffen werden muss, von den Wählerinnen und Wählern. Diese Entscheidung ist so grundsätzlich, dass ich die Uneinigkeit darüber in der von mir geführten Regierung nicht länger dulden konnte. Deshalb habe ich im November den Bundespräsidenten gebeten, den Bundesminister der Finanzen zu entlassen.

Politik ist kein Spiel, liebe Kolleginnen und Kollegen. In eine Regierung einzutreten, dafür braucht es die nötige sittliche Reife. Wer in eine Regierung eintritt, der trägt Verantwortung für das ganze Land, Verantwortung, die über das eigene Parteiprogramm, die eigenen Wählerinnen und Wähler hinausgeht, Verantwortung für 84 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Mit dieser Maßgabe habe ich eine Koalition aus drei sehr unterschiedlichen Parteien gebildet. Das war nicht einfach; aber das ist gelungen. Das musste gelingen, weil es dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler nach der letzten Bundestagswahl entsprach.

Über drei Jahre hinweg habe ich diese Koalition immer wieder zu Ergebnissen und Kompromissen zusammengeführt. Dafür brauchte es viel Kraft. Kraft brauchte schließlich auch meine Entscheidung, die Koalition zu beenden, weil es so nicht mehr weiterging. Und damit meine ich nicht nur die wochenlange Sabotage der eigenen Regierung durch die Freien Demokraten.

Die Wahrheit über dieses Schauspiel ist inzwischen ans Licht gekommen. So etwas schadet nicht nur dem Ansehen einer Regierung, sondern dem Ansehen der Demokratie insgesamt. Das ist der Schaden, den dieses Schauspiel angerichtet hat. Diesen Schaden bedaure ich zutiefst. Denn wir schulden den Bürgerinnen und Bürgern Anstand und Ernsthaftigkeit.

Wie schon gesagt: Ursächlich für meine Entscheidung, die Regierungskoalition zu beenden, war aber etwas anderes. Ursächlich war eine noch viel bedeutendere Frage, nämlich die Frage, ob und wie wir in unser Land investieren, kraftvoll und entschlossen oder kleinkrämerisch und verzagt? Von dieser Frage hängt alles andere ab: unsere Sicherheit, unser künftiger Wohlstand, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, gute Arbeit und Bildung und nicht zuletzt der soziale Zusammenhalt im Land.

Wir werden hier sicherlich gleich wieder hören, Deutschlands Wirtschaft wachse zu wenig im internationalen Vergleich. Und das stimmt: Wir brauchen mehr Wachstum. Aber dann müssen wir uns doch fragen: Wie viel stärker könnte unsere Wirtschaft wachsen, wenn unsere Infrastruktur auf Vordermann wäre, wenn wir schon heute die Stromnetze, Windräder und Solarparks hätten, die wir für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung brauchen, Stromnetze, Windräder und Solarparks, die einige der hier vertretenen Parteien jahrelang bekämpft haben?

Solche Kurzsichtigkeit mag kurzfristig Geld sparen. Die Hypothek auf unsere Zukunft aber ist unbezahlbar. Und deshalb: Ja, es ist höchste Zeit, kraftvoll und entschlossen in Deutschland zu investieren. Das ist in den letzten Jahrzehnten zu kurz gekommen.

Und vergessen wir nicht: Wir leben heute in einer neuen Zeit. Rund um den Globus – in Asien, Afrika und Lateinamerika – entstehen neue, wirtschaftlich starke Machtzentren. Sie verlangen zu Recht mehr Mitsprache und einen größeren Anteil am weltweiten Wohlstand. Die Jahrzehnte, in denen eine immer engere Zusammenarbeit zwischen den Kontinenten quasi automatisch für Stabilität und steigenden Wohlstand gesorgt hat, sind vorbei. Davor darf niemand die Augen verschließen.

Meine Damen und Herren, keine Wählerin, kein Wähler konnte bei der vergangenen Bundestagswahl die Herausforderungen voraussehen, mit denen wir in den letzten drei Jahren zu kämpfen hatten. Heute führt eine hochgerüstete Atommacht Krieg in Europa, nur zwei Flugstunden von hier. Wir müssen massiv in unsere Sicherheit und Verteidigung investieren, um diese Herausforderung zu bestehen. Heute sind wir mit schweren wirtschaftlichen Verwerfungen konfrontiert: Energiekrise, Abschottung, unfairer Wettbewerb. Das trifft gerade unsere weltweit vernetzte Wirtschaft härter als andere.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich: Geht das für mich gut aus? Geht es überhaupt noch um meine Familie, um mein Dorf, meine Stadt? – Dass solche Fragen heute gestellt werden, ist doch kein Wunder. Züge fahren unpünktlich, Straßen sind nicht instand, unsere Bundeswehr war bis zur Zeitenwende in einem bedauernswerten Zustand, 5 G und schnelles Internet kommen in Deutschland erst jetzt flächendeckend voran. Mit solchen Versäumnissen aufzuräumen, das ist eine Generationenaufgabe; das ist die Aufgabe unserer Generation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Künftige Generationen werden sicher nicht den Vorwurf machen: Ihr habt diese Aufgaben zu entschlossen angepackt. – Im Gegenteil: Künftige Generationen würden uns fragen: Warum um alles in der Welt habt ihr diese Aufgabe nicht gelöst?

Es ist ja nicht damit getan, nur das Liegengebliebene aufzuarbeiten. Wir müssen uns auch auf das Kommende vorbereiten: ein neues, verlässliches Energiesystem, Zukunftstechnologien wie Quantencomputer, Biotechnologie, künstliche Intelligenz, Halbleiter- oder Batterietechnik. Alles das brauchen wir in Deutschland dringend, damit wir ein starkes Industrieland bleiben. Strukturelle Probleme kommen hinzu, die sich über die Jahre aufgetürmt haben: zu viel Bürokratie, zu viele unnötige Regeln, Berichtspflichten an Brüssel, die keinem Menschen wirklich helfen. Wir sind dabei, damit aufzuräumen. Und das muss weitergehen!

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach sich selbst das Vertrauen aus, im Bundestag scheiterte er dennoch und verlor die Vertrauensfrage.

© DBT / Stella von Saldern

Die USA, China und viele andere Länder locken Unternehmen mit handfesten Steuervorteilen und milliardenschweren Förderprogrammen. Dieser weltweite Wettbewerb ist hart. Unternehmen und Arbeitsplätze, die einmal weg sind, die kommen nie mehr wieder. Wenn wir Unternehmen und Arbeitsplätze hier in Deutschland halten und auch noch mehr davon haben wollen, dann müssen auch wir solche Anreize schaffen. Sonst ziehen wir im Wettbewerb den Kürzeren. Dafür brauchen wir jetzt mehr Investitionen – jetzt, nicht irgendwann. Diese Einsicht haben nicht alle in der bisherigen Koalition geteilt. Aber mit dieser Wirklichkeitsverweigerung muss Schluss sein. Dafür braucht es das klare Signal der Wählerinnen und Wähler.

Der neue Nobelpreisträger für Wirtschaft, Daron Acemoğlu, hat kürzlich gesagt, Deutschlands größtes wirtschaftliches Problem sei die bröckelnde Infrastruktur. Recht hat er! Der IWF und die OECD beknien uns geradezu, endlich mehr zu investieren. Die Wirtschaftsweisen, die Unternehmensverbände, die Gewerkschaften, alle raten dazu. Haben die alle keine Ahnung? Machen denn all die Länder alles falsch, die jetzt kräftig investieren? Sogar Länder übrigens, die viel weniger finanziellen Spielraum haben als wir! Wenn es ein Land auf der Welt gibt, das es sich leisten kann, in die Zukunft zu investieren, dann sind wir das.

> Politik zugunsten der einen auf dem Rücken der anderen, das lehne ich entschieden ab.

Alle Länder der G 7 zum Beispiel, der wirtschaftsstarken Demokratien, haben eine Staatsverschuldung von über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Unsere sinkt in Richtung 60 Prozent. Wir müssen den Hebel umlegen, und zwar jetzt. Ich habe Vorschläge gemacht, wie wir unser Land auf Vordermann bringen: mit einem „Made in Germany“-Bonus ähnlich wie in den USA als Booster für private Investitionen, mit stabilen Energiepreisen und einem Deckel für die Netzentgelte von 3 Cent, mit einem Deutschlandfonds, gespeist aus öffentlichen und privaten Mitteln, und ja, auch indem wir die Schuldenregeln im Grundgesetz klug modernisieren.

Mein Vorschlag ist eine maßvolle Öffnung, klar begrenzt auf Investitionen, Investitionen in Deutschlands Erneuerung und Sicherheit. Schon in der kommenden Legislaturperiode müssen wir unsere Verteidigung vollständig aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Das macht 30 Milliarden Euro mehr pro Jahr spätestens ab 2028. Dazu kommt die Tilgung der Coronakredite und der Kredite für die Ahrflut. Wem bürden wir diese Kosten auf, liebe Kolleginnen und Kollegen? Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern? Den Familien? Setzen wir Investitionen dann auf null? Erleben wir harte Einschnitte bei Pflege und Gesundheit oder Rentenkürzungen, wie sie unser Land noch nie gesehen hat?

Ja, ich sage ganz bewusst „Rentenkürzungen“. Denn nichts anderes ist es, was manche hier vorhaben. Laut dem Grundsatzprogramm der CDU soll das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Heißt das dann im Klartext, arbeiten bis 70 oder sogar darüber hinaus? Auch die Rente nach 45 Beitragsjahren wollen Konservative abschaffen. Das trifft alle, die nach der Schule eine Ausbildung angefangen haben und seither hart arbeiten. Und das ist hochgradig ungerecht.

Wir schlagen stattdessen vor, das Rentenniveau zu stabilisieren, und zwar schnell. Denn die Rentengarantie läuft schon am 1. Juli nächsten Jahres aus – in weniger als sieben Monaten. Wenn wir diese Garantie nicht verlängern, dann sinkt das Rentenniveau Jahr für Jahr. Was ist denn das bitte anderes als Rentenkürzung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe die vergangene Bundestagswahl auch mit dem Versprechen gewonnen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in unserem Land Anspruch hat auf Respekt. Woher sie auch kommen, wo sie auch leben, was sie auch tun: Respekt verdient nicht nur, wer 200 000 Euro im Jahr verdient, sondern auch, wer jeden Tag für den Mindestlohn arbeiten geht.

Respekt verdienen alle, die privat fürs Alter vorsorgen können, aber eben auch alle, die sich auf die staatliche Rente verlassen müssen. Respekt verdient, wer im eigenen Haus wohnt, aber genauso alle Mieterinnen und Mieter. Politik zugunsten der einen auf dem Rücken der anderen, das lehne ich entschieden ab. Es war in den vergangenen drei Jahren nicht immer leicht, die Politik des Respekts durchzusetzen. Die Gründe dafür kennen Sie. Manchmal vor, sehr viel häufiger noch hinter den Kulissen habe ich dennoch hart dafür gekämpft. Wir haben die explodierenden Energiepreise unter Kontrolle gebracht und die schlimmsten Preissprünge abgefedert. 26 Millionen Beschäftigte haben bis zu 3 000 Euro als Inflationsausgleich bekommen, steuer- und abgabenfrei.

Schon das fünfte Quartal in Folge legen nun die Reallöhne kräftig zu – endlich! Arbeit zum Niedriglohn haben wir mit unserer Politik rapide verringert. Früher arbeitete noch jeder vierte Beschäftigte im Niedriglohnsektor, heute nur noch jeder siebte.

Und dennoch spüren viele bei jedem Einkauf an der Supermarktkasse, wie stark gerade die Lebensmittelpreise in den vergangenen Jahren gestiegen sind.

Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel von 7 auf 5 Prozent senken. Ja, das ist ein Brot-und-Butter-Thema im wahrsten Sinne des Wortes, und deshalb kämpfe ich dafür – für diejenigen, die mit 10 oder 20 Euro genau rechnen müssen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Politik kann das Leben der ganz normalen Leute besser machen. Und das muss immer das höchste Ziel von Politik sein. Das ist mein Ziel, mein Antrieb, seitdem ich politische Verantwortung trage für unser Land – als Minister in Land und Bund, als Bürgermeister meiner Heimatstadt und seit drei Jahren als Bundeskanzler.

Meine Damen und Herren, Respekt bedeutet auch, von der eigenen Arbeit leben zu können. Im letzten Wahlkampf habe ich einen Mindestlohn von 12 Euro versprochen, und das Versprechen habe ich gehalten. 6 Millionen Frauen und Männer hatten dadurch von einem Tag auf den anderen mehr Geld im Portemonnaie. Auch das meine ich, wenn ich sage: Leistung muss sich lohnen.

Leistungsfeindlich dagegen ist, dass der Mindestlohn seitdem nur um mickrige 82 Cent gestiegen ist – um 82 Cent mitten in der größten Inflation seit Jahrzehnten! Nimmt man nur mal den Anstieg der Durchschnittslöhne als Maßstab, dann müsste der Mindestlohn heute schon bei deutlich über 14 Euro die Stunde liegen. Deshalb kämpfe ich bei der kommenden Bundestagswahl für 15 Euro Mindestlohn. Davon würden rund 7 Millionen Frauen und Männer profitieren, die jeden Tag für wenig Geld fleißig arbeiten. Denn die Leistung aller Leistungsträgerinnen und Leistungsträger zählt und nicht nur der oberen Zehntausend.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns im kommenden Wahlkampf auf die Weltuntergangsszenarien verzichten, wenn es um gerechte Löhne geht! Die Welt ist nicht untergegangen, als wir den Mindestlohn eingeführt haben, und auch nicht, als wir ihn auf 12 Euro erhöht haben. Im Gegenteil: Die Zahl der Beschäftigten ist seither gestiegen, weil gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen Arbeitskräfte anziehen. Das ist wichtig, gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels. Mehr Arbeitskräfte und mehr Beschäftigung, mehr Produktivität und mehr gute Löhne, das muss in einer alternden Gesellschaft Ausgangspunkt und Ziel von Politik sein.

Das ist der einzige Weg, unseren Wohlstand zu erhalten. Das ist auch der einzig vernünftige Weg, für stabile Renten und eine verlässliche Kranken- und Pflegeversicherung zu sorgen, nicht Leistungen zu kürzen, sondern mehr Leute, die in die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einzahlen. Und das ist uns gelungen in den vergangenen Jahren. Da darf es keinen Rückschritt geben nach der Wahl.

Wir müssen weiter in Ausbildung und Qualifizierung investieren. Wir müssen weiter Kitaplätze schaffen und den Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule durchsetzen. Dass wir gerade bei jüngeren Frauen in Deutschland eine so hohe Teilzeitquote haben, das hat doch nichts, wie manche sagen, mit Faulheit zu tun. Viele Eltern wissen einfach nicht, wohin mit den Kindern, und das gilt für Frauen und Alleinerziehende ganz besonders, Frauen und Alleinerziehende, die gern mehr arbeiten wollen und gern mehr Geld verdienen wollen, und dabei haben sie unsere volle Unterstützung.

Und noch etwas: Lassen Sie uns im Wahlkampf ehrlich miteinander sein! Lassen Sie uns im Wahlkampf ehrlich miteinander sein, wenn es um Arbeitskräfte aus dem Ausland geht! Wir alle wissen: Es geht nicht ohne sie. Das sagen uns die Handwerksbetriebe und Unternehmen. Das sagen uns die Krankenhäuser und die Pflegeheime. Das sagen uns die Beschäftigten über ihre Kolleginnen und Kollegen mit einem Zuwanderungshintergrund.

Ich bin deshalb heilfroh, dass wir Deutschland endlich ein modernes Einwanderungsrecht gegeben haben. Parallel dazu haben wir die irreguläre Migration drastisch reduziert. Allein die Zahl der Asylgesuche ist in den vergangenen Monaten um mehr als die Hälfte gefallen. Der jahrelang übliche Anstieg im Herbst ist dieses Jahr ausgeblieben.

Das zeigt: Nicht mit starken Sprüchen kommt man in der Migrationspolitik voran, sondern mit beherztem Handeln. Ich bin heilfroh, dass wir endlich ein Staatsangehörigkeitsrecht geschaffen haben, das Selbstverständlichkeiten anerkennt, zum Beispiel die Selbstverständlichkeit, dass für viele von uns das Wort „Heimat“ auch im Plural existiert, für 25 Millionen von uns, um genau zu sein. Jede und jeder Vierte von uns hat eine Einwanderungsgeschichte. Wir alle machen Deutschland aus, und alle verdienen Respekt. Wer hier wohnt und arbeitet, wer unsere Sprache spricht, wer gut integriert ist, der und die soll auch zu unserem Land gehören, soll auch mitbestimmen können über die Geschicke unseres Landes. Auch dieser Satz sollte unter Demokratinnen und Demokraten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein; aber bei der anstehenden Wahl steht auch diese Selbstverständlichkeit auf dem Spiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe darüber gesprochen, dass wir in einer grundlegend anderen Zeit leben als vor fünf oder zehn Jahren. Ich habe Russlands brutalen Angriffskrieg erwähnt, der seit fast drei Jahren in der Ukraine tobt. Dieser Krieg beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger vor der kommenden Wahl.

Deutschland ist der größte Unterstützer der Ukraine in Europa. Ich will, dass das so bleibt. Denn machen wir uns nichts vor: Wenn Putin die Ukraine besiegt, dann ist die Sicherheit Europas auf Dauer in großer Gefahr, dann ist unsere Sicherheit auf Dauer in großer Gefahr. Ich habe Präsident Selenskyj bei meiner Reise nach Kyjiw deshalb gesagt: Auf Deutschland ist Verlass. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen.

Das heißt zugleich: Wir tun nichts, was unsere eigene Sicherheit aufs Spiel setzt, und deshalb liefern wir keine Marschflugkörper, eine weitreichende Waffe, die tief nach Russland hineinwirken kann, und wir schicken ganz sicher keine deutschen Soldatinnen und Soldaten in diesen Krieg – nicht mit mir als Bundeskanzler. Worum es geht, ist klar: Wir schützen die Souveränität der Ukraine – sie wird bestehen -, und wir wollen, dass das Töten endlich endet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in wenigen Wochen tritt Präsident Trump sein Amt an. Wichtig ist, dass Europa seine Einheit wahrt und stärkt. Das ist uns in den vergangenen Jahren gelungen. Ich bin froh, dass wir das Weimarer Dreieck mit Frankreich und Polen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs wiederbeleben konnten. In der Europäischen Union und in der NATO haben wir gemeinsam umgesteuert und halten seither Kurs. Wir alle haben die Landes- und Bündnisverteidigung wieder zur Priorität Nummer eins gemacht, national und auch in der NATO. Wir alle unterstützen die Ukraine. Wir alle stärken unsere eigene Verteidigung und arbeiten in Sachen Rüstung viel enger zusammen.

Diesen Schulterschluss will ich bewahren. Deutschlands Wohlstand und Stärke ist untrennbar mit der Europäischen Union verknüpft. Ihr Erfolg, ihre Einigkeit ist Deutschlands wichtigstes nationales Interesse. Nach dieser Maßgabe habe ich in den vergangenen Jahren gehandelt. Mit dieser Haltung reise ich Ende der Woche zum Europäischen Rat, und in diesem Geist werde ich auch mit der neuen Europäischen Kommission von Ursula von der Leyen und mit dem neuen Ratspräsidenten zusammenarbeiten, mit meinem Freund António Costa.

Das Bekenntnis zum vereinten Europa und zur transatlantischen Partnerschaft, das Bekenntnis zu einer Außenpolitik, die das Völkerrecht achtet und verteidigt, das waren Grundkonstanten der Bundesrepublik Deutschland, solange sie besteht. Damit ist unser Land 75 Jahre lang gut und sicher gefahren.

Bei diesem Grundkonsens muss es bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sofern Sie und der Herr Bundespräsident meinem Wunsch nach einem Vorziehen der Bundestagswahl folgen, könnten erstmals gleich mehrere Parteien in den Bundestag gelangen, die diesen Grundkonsens unserer Republik ablehnen. Wie stark sie werden, auch darüber werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Sie alle bitte ich: Lassen Sie uns die Errungenschaften bewahren, die Deutschland stark und wohlhabend gemacht haben!

Haben Sie Vertrauen in unser Land! Ich weiß, dieses Vertrauen ist in den vergangenen Jahren strapaziert worden. Dass die wichtigsten Entscheidungen der Regierung fast immer mit lautem Streit verbunden waren, hat da nicht geholfen. Aber Schlechtreden, Meckern oder gar Aufgeben, das hat noch nie irgendwas besser gemacht. In Deutschland brauchen wir nicht mehr Missmut und Verzagtheit, sondern mehr Vertrauen in unsere Fähigkeiten, mehr Vertrauen auch in unsere Demokratie. Zur Demokratie gehört, dass Parteien mit unterschiedlichen Vorschlägen gegeneinander antreten, so wie wir alle das in dem nun beginnenden Wahlkampf tun. Dazu gehört aber auch, dass alle Demokratinnen und Demokraten nach einer Wahl bereit sind, zum Wohl des Landes zusammenzuarbeiten, Brücken zu bauen, Kompromisse zu schmieden. Ohne sittliche Reife, ohne Anstand und Ernsthaftigkeit geht das nicht, sondern nur mit Verantwortungsbewusstsein für unser ganzes Land, für alle Bürgerinnen und Bürger. Das wissen die Wählerinnen und Wähler. Ich vertraue auf ihre Vernunft und ihre Urteilskraft. Ich bitte Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute um Ihr Vertrauen und um Ihre Unterstützung, um Ihre Unterstützung dafür, dass wir kraftvoll in unser Land investieren, in sichere Arbeitsplätze und eine gute Zukunft, um Ihre Unterstützung dafür, dass Respekt gegenüber jeder und jedem von uns herrscht und das Leben bezahlbar bleibt, mit guten Löhnen und sicheren Renten, um Ihre Unterstützung dafür, dass wir in Fragen von Krieg und Frieden standhaft und besonnen bleiben, und um Ihre Unterstützung dafür, dass wir unseren Zusammenhalt stärken und uns die Zuversicht nicht abhandenkommt.

In unserem Land steckt so viel Gutes. Wir sind ein Land, das jeden Tag anpackt; ein Land, das Zusammenhalt über Spaltung stellt; ein Land, das seine besten Tage nicht hinter sich hat, sondern vor sich. Für unser Land, für Deutschland werde ich jeden Tag weiter alles geben. Und dafür bitte ich Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, um Ihr Vertrauen.

Schönen Dank.

Friedrich Merz, CDU/CSU:

Alle werden sich ein bisschen mehr anstrengen müssen

©CDU/Tobias Koch

Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Vor gut sechs Wochen ist die selbsternannte Fortschrittskoalition auseinandergebrochen. Wir stimmen heute endlich über die Vertrauensfrage ab, die Sie, Herr Bundeskanzler, eigentlich sofort danach hätten stellen müssen und nicht erst anderthalb Monate später.

Der Kollege Mützenich hat das heute Morgen als einen „Tag der Erleichterung“ bezeichnet.

Herr Kollege Mützenich, ich bin Ihnen in der ganzen Wahlperiode noch nie so nahe gewesen wie heute. Sie haben, Herr Bundeskanzler, hier viel von „Respekt“ gesprochen. Aber ganz offensichtlich hört Ihr Respekt dort auf, wo es andere politische Meinungen gibt. Die Redner der FDP können es vielleicht nicht selber sagen, deswegen will ich es hier sagen: So wie Sie die FDP und insbesondere Christian Lindner hier heute Morgen adressiert haben, Herr Bundeskanzler, das ist nicht nur respektlos, sondern es ist auch eine blanke Unverschämtheit, was Sie hier gemacht haben.

Sie haben mit der FDP drei Jahre lang zusammen regiert. Warum haben Sie vieles von dem, was Sie hier heute vorgetragen haben über Investitionen in Deutschland, über Respekt, über Gerechtigkeit, über Arbeitsplätze, über Rente – Sie sind mit den Sozialdemokraten in den letzten 26 Jahren 22 Jahre in der Regierung gewesen –, eigentlich nicht gemacht? Wo waren Sie denn in den letzten 22 Jahren? Generalsekretär der SPD, Arbeitsminister der SPD, Finanzminister der SPD, Bundeskanzler der SPD. Waren Sie auf einem anderen Stern unterwegs? Sind Sie in einer anderen Welt unterwegs gewesen? Wo waren Sie in den letzten 22 von 26 Jahren? Nun haben Sie völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass, wenige Monate nachdem Sie die Regierungsverantwortung übernommen haben, der Krieg Russlands gegen die Ukraine und gegen die gesamte politische Ordnung der Nachkriegszeit begonnen hat. Sie haben von dieser Stelle aus drei Tage später, am 27. Februar 2022, eine weltweit beachtete Regierungserklärung abgegeben, die auch unsere große Zustimmung gefunden hat. Sie haben von der „Zeitenwende“ gesprochen und haben angekündigt, dass sich von diesem Tag an in Deutschland vieles ändern muss, damit wir dieser neuen Herausforderung gerecht werden.

Was ist denn von dieser Zeitenwende geblieben? Herr Bundeskanzler, es sind Zeiten ohne Wende geworden. 100 Milliarden Euro mehr Schulden für die Bundeswehr: Obwohl Sie versprochen hatten, ab sofort und dauerhaft mindestens 2 Prozent in die Bundeswehr zu investieren, haben Sie im Folgejahr 2023 im Etat für die Bundeswehr mal eben so um die 300 Millionen Euro gestrichen und versucht, aus diesem Sondervermögen, das wir mit Ihnen zusammen beschlossen haben, den laufenden Betrieb der Bundeswehr zu finanzieren. Meine Damen und Herren, dies war keine Zeitenwende, dies war eine gute Regierungserklärung. Und anschließend sind Sie Anfang Mai 2022 zum DGB-Bundeskongress gegangen und haben den deutschen Gewerkschaften erklärt: Nichts wird sich ändern, alles bleibt wie vorher.

Dann haben Sie eine zweite Chance bekommen, Herr Bundeskanzler: Diese Chance hatten Sie am 15. November 2023 mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über Ihre Haushaltsführung. 60 Milliarden Euro hat Ihnen das Bundesverfassungsgericht aus der Hand genommen, weil Sie einen von Anfang an unwirksamen Nachtragshaushalt für das Jahr 2021 aufgestellt haben. Das wäre eine zweite Gelegenheit für Sie gewesen, Herr Bundeskanzler, eine Zeitenwende zu vollziehen, Prioritäten neu zu setzen. Aber wenn die sozialdemokratische Bundestagsfraktion weiter unbegrenzt Ausgaben erhöhen will, insbesondere in die sozialen Sicherungssysteme und in das sogenannte Bürgergeld, wenn die FDP sich richtigerweise weigert, die Steuern zu erhöhen und die Schuldenbremse zu lockern, und wenn die Grünen der Meinung sind, dass sie trotzdem irgendwoher das Geld in zweistelliger Milliardenhöhe für die sogenannte Transformation brauchen, dann ist es doch keine Überraschung, dass diese Bundesregierung über ein Jahr lang nur noch streitet.

> Sie hinterlassen das Land in einer der größten Wirtschaftskrisen der Nachkriegsgeschichte.

Das passt eben nicht zusammen, was Sie versucht haben zusammenzuhalten. Der Streit, Herr Bundeskanzler, ist doch nicht entstanden, weil die FDP Ihnen Steuererhöhungen versagt hat oder wegen der Aussetzung der Schuldenbremse. Der Streit ist entstanden, weil Sie nicht willens und nicht in der Lage waren, eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP zusammenzuhalten, die hinten und vorne nicht mehr zusammengepasst hat. Das ist die eigentliche Ursache für diesen Streit. Und jetzt? Und heute? Jetzt stehen Sie hier und beschreiben, was Sie gerne alles in den nächsten Jahren machen wollen.

Gut, beschäftigen wir uns mal einen kurzen Augenblick mit Ihrer Abschlussbilanz. Sie hinterlassen das Land in einer der größten Wirtschaftskrisen der Nachkriegsgeschichte. Das hat es zweimal gegeben, dass Deutschland zwei Jahre hintereinander in der Rezession war. Das eine Mal war bei Gerhard Schröder – der hat dann wenigstens noch eine Agenda 2010 gemacht –, und das zweite Mal war bei Olaf Scholz. Und Sie stehen hier und erklären ein Weiter-so beim Schuldenmachen und Geldausgeben auf Kosten der jungen Generation.

Das Wort „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ – Herr Bundeskanzler, ich habe genau zugehört – kommt nicht ein einziges Mal in Ihrer Rede vor, die Sie heute hier halten. Das heißt doch im Klartext nichts anderes als Steuererhöhungen, mehr Schulden, mehr Umverteilung auf Kosten der jungen Generation. Das ist Ihre Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Dann beschwören Sie hier Europa. Herr Bundeskanzler, ich erspare Ihnen mal, wiederzugeben, was die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Ihrer Abwesenheit über Sie sagen. Ich erspare Ihnen das mal. Einer der Staats- und Regierungschefs aus den kleineren Ländern der Europäischen Union kam beim vorletzten Mal zu Ihnen, nachdem Sie da stundenlang mit verschränkten Armen schweigend im Europäischen Rat gesessen haben. Er hat Ihnen gesagt – und das haben andere mitgehört –: Olaf, sag doch mal was! Und was war Ihre Antwort darauf, Herr Bundeskanzler, mit verschränkten Armen? Nö, du hast ja auch nichts gesagt. Es ist peinlich, wie Sie sich auf europäischer Ebene verhalten. Sie blamieren Deutschland. Es ist zum Fremdschämen, wie Sie sich in der Europäischen Union bewegen!

Und dann Ihre Energiepolitik. Herr Bundeskanzler; ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist: Wir haben seit mehreren Wochen Dunkelflaute in Deutschland, und zwar nicht nur politisch, sondern auch meteorologisch eine Dunkelflaute. Wissen Sie, was das heißt? Wir haben zurzeit Energiekosten von bis zu 1 Euro pro Kilowattstunde. Was bedeutet das eigentlich für die von Ihnen so viel beschworenen kleinen Leute in den einfachen Familien, die jetzt diese Energiekosten bezahlen müssen? Haben Sie für die vielleicht auch irgendwann mal ein offenes Ohr? Herr Bundeswirtschaftsminister, das ist doch Ihre Energiepolitik, die wir in diesen Tagen und Wochen hier zu spüren bekommen, eine Energiepolitik, über die die gesamte Europäische Union bisher den Kopf geschüttelt hat. Mittlerweile sind die wegen Deutschland schwer verärgert, weil nicht nur die Energiepreise in Deutschland in die Höhe gehen, sondern in fast allen anderen Ländern um uns herum die Energiepreise steigen, weil die Nachfrage so groß geworden ist, weil Sie in Deutschland praktisch alles stillgelegt haben und die eigene Nachfrage nicht mehr bedient werden kann. Das ist doch die Wahrheit!

Drei Kernkraftwerke und vier Kohlekraftwerke in diesem Jahr stillgelegt: Und dann wundern Sie sich darüber, dass die anderen – ich muss es leider so sagen – stinksauer sind, insbesondere auf Sie, Herr Habeck, auf das, was Sie hier in der deutschen Energiepolitik machen, weil es nicht nur uns belastet, sondern weil es in Europa auch alle um uns herum erheblich belastet.

Und dann nehmen Sie uns ja regelmäßig mit auf diese Flughöhe Ihres „intellektuellen Imperativs“, wie Sie es immer so schön nennen, der dann keine Kritik mehr erlaubt an den Grünen im Allgemeinen und auch insbesondere nicht mehr an Ihnen, mit Ihren selbstinszenierten Selbstzweifeln, die Sie ständig äußern, und alle anderen sind dann geistig minderbemittelt, die es noch wagen, das irgendwo mal zu kritisieren.

Nein, nein, lieber Herr Bundeswirtschaftsminister: Sie sind das Gesicht der Wirtschaftskrise in Deutschland! Sie sind das Gesicht der Wirtschaftskrise unseres Landes! Jetzt schauen wir mal kurz auf Ihre letzte Rede, die Sie hier von dieser Stelle aus vor einigen Tagen gehalten haben. In der üblichen Attitüde, wie Sie sie eingenommen haben, erklären Sie: angebotsorientierte Wirtschaftspolitik: von gestern; nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik: von gestern; alles altes Denken.

Und dann kommt das neue Denken von Herrn Habeck. Und was fällt Ihnen zum neuen Denken ein von dieser Stelle, nachdem Sie alle anderen abgewatscht haben? Dann reden Sie über Kühlschränke und über Wärmepumpen. Herr Habeck, Sie leben hier als Bundeswirtschaftsminister in der viertgrößten Volkswirtschaft der ganzen Welt, und da wollen die Menschen mehr wissen als die Erläuterung, wie sie den Kühlschrank

austauschen und wie sie die Wärmepumpe in den Keller kriegen. Auch in Ihrer Rede nicht ein einziges Mal ein Wort zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die findet einfach bei Ihnen nicht statt. Was Sie von den Sozialdemokraten und Grünen allerdings eint, ist Ihr fester Wille, jetzt die Steuern zu erhöhen, und da hören wir ja nun interessante Vorschläge. Herr Bundeskanzler, Sie wollen dann die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel von 7 Prozent auf 5 Prozent senken. Das finden die privaten Haushalte richtig gut. Das sind dann ungefähr 6 Cent auf ein halbes Pfund Butter. Also, wenn das alles ist, was Sie hier vorzuschlagen haben, um die Familien zu entlasten, da muss ich sagen: Da sind Sie aber wirklich auf einem erneuten Tiefpunkt angekommen mit dem, was Sie da in der Steuerpolitik vorschlagen. Und da Sie offensichtlich gar nicht wissen, worüber Sie da sprechen, wenn Sie diesen Vorschlag ernsthaft machen wollen – ich will nur darauf hinweisen; der Hinweis wird dann auch aus Ihrer eigenen Bundestagsfraktion kommen –: Darunter zählen dann auch Froschschenkel, Wachteleier und frische Trüffel. Also, passen Sie ein bisschen auf, was Sie da machen, wenn Sie jetzt die Mehrwertsteuer von 7 auf 5 Prozent senken. Das sind nicht nur Milch und Butter, Herr Bundeskanzler. Das sind dann plötzlich auch ganz andere Warengruppen, die davon betroffen sind.

Dann wollen Sie – wie nennen Sie das? – entweder die Reichen oder die Vermögenden oder die Superreichen höher besteuern mit Milliardenbeträgen. Herr Habeck, diese sogenannten Superreichen sind durchweg die Familienunternehmer in Deutschland, die ihr Vermögen nicht auf dem Sparkonto liegen haben, sondern das ist Betriebsvermögen. Das steckt in den Unternehmen. Das schafft Arbeitsplätze und sorgt für deren Erhalt. Da kann ich Ihnen nur sagen: Gute Reise mit Ihren Vorschlägen! Suchen Sie sich da mal einen Koalitionspartner, der das mitmacht. Wir sind es nicht, Herr Habeck; um es mal ganz klar zu sagen. Diese Wirtschaftspolitik machen Sie mit uns in jedem Falle nicht; um es hier von Anfang an sehr klar zu sagen!

Damit sind – Herr Bundeskanzler, da haben Sie natürlich recht – die Unterschiede deutlich. Wir setzen diesem Stillstand und dieser Umverteilung sozialdemokratischer und grüner Wirtschaftspolitik eine Wirtschaftspolitik der Leistungsbereitschaft und der Wettbewerbsfähigkeit entgegen. Ich will das hier schon sehr deutlich sagen: Der Weg wird nicht leicht. Das wird nicht einfach. Das werden keine Gefälligkeiten, sondern das, was hier vor uns liegt, ist eine gewaltige Kraftanstrengung für unser Land, für die Wirtschaft, für die Menschen, für uns alle. Ja, es gibt viele, die arbeiten sehr viel, in Schichtarbeit, an den Wochenenden. Es gibt viele, die sehr viel arbeiten. Aber insgesamt ist die Arbeitszeit in unserem Land zu niedrig. Ja, dass Sie darüber lachen, das zeigt, auf welchem Planeten Sie leben, meine Damen und Herren in der SPD, wenn das nur noch Gelächter auslöst bei Ihnen.

Schauen Sie mal in alle Länder um uns herum: In der Schweiz sind es 200 Stunden mehr im Jahr als bei uns. Da kann man doch wohl nicht von sozialer Verelendung sprechen. Wir werden uns alle ein bisschen mehr anstrengen müssen. Wir werden alle mehr arbeiten müssen.

Und das, was wir Ihnen zusagen, auch mit Steuersenkungen für die Unternehmen – Alles das, was wir an Steuersenkungen in Aussicht stellen, ist für die deutsche Wirtschaft notwendig, dringend notwendig, überfällig. Aber das, meine Damen und Herren, muss erarbeitet werden, das müssen wir gemeinsam in Deutschland erarbeiten.

Herr Bundeskanzler, das Ganze soll natürlich die Alterseinkommen sichern. Und deswegen will ich das hier ganz ruhig, aber auch sehr klar und deutlich sagen: Es wird mit uns keine Rentenkürzungen geben. Wer etwas anderes sagt, lügt. Das Renteneintrittsalter bleibt bei 67 Jahren. Diejenigen allerdings, die länger arbeiten wollen, die werden dazu ein attraktives Angebot bekommen, indem sie jeden Monat 2 000 Euro, also doppelt so viel wie der Grundfreibetrag, steuerfrei erarbeiten können.

Und das ist genau der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Wir wollen die Menschen ermutigen. Wir wollen sie ermuntern. Wir wollen ihnen die Gelegenheit geben – wenn sie es können –, auch noch länger zu arbeiten und noch länger einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich ihr eigener Lebensstandard weiter erhöht und dass wir alle gemeinsam etwas davon haben. Das ist eben der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns. Da Sie die jüngere Generation überhaupt nicht angesprochen haben – die junge Generation, die das alles bezahlen muss, was Sie hier versprechen –, will ich Ihnen auch dazu aus unserer Sicht etwas sagen. Wir werden den jungen Menschen in diesem Lande ab dem sechsten Lebensjahr den Aufbau einer kapitalgedeckten Frühstartrente ermöglichen. Ja, lachen Sie darüber. Lachen Sie darüber! Das können Sie dann gerne auch ganz öffentlich tun, wenn solche Vorschläge unterbreitet werden. Wir jedenfalls, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wir denken an die junge Generation, und wir sorgen dafür, dass die junge Generation nicht mit Schulden, sondern mit Chancen auf ihrem Lebensweg in die Zukunft geht. Wir werden die Energiepolitik grundlegend ändern. Wir werden das sogenannte Bürgergeld vom Kopf auf die Füße stellen. 50 Milliarden Euro müssen Sie mittlerweile aufwenden, um Nichtarbeit zu bezahlen. Unter den 5,6 Millionen Bürgergeldempfängern gibt es Menschen, die nicht arbeiten können, und für diese werden wir auch in Zukunft natürlich eine angemessene soziale Leistung vorhalten. Aber es sind auch 1,7 Millionen Erwerbsfähige unter den 5,6 Millionen Bürgergeldempfängern, und denen müssen wir einen Anreiz geben und sie ermutigen, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Und wer das nicht will, von dem müssen wir annehmen, dass er aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt erwirtschaften kann. Er wird jedenfalls nicht mehr auf Kosten des Steuerzahlers seinen Lebensunterhalt bestreiten können.

Wir werden – ich habe es bereits gesagt – in der Energiepolitik alle Möglichkeiten der Energieerzeugung ausschöpfen und nicht, wie von Ihnen seit mehreren Jahren betrieben, einseitig nur auf Wind und Sonne setzen. Das können Sie in einer hochkomplexen Volkswirtschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland, die 365 Tage im Jahr zuverlässig auf Energie angewiesen ist, so nicht machen. Und wir werden das beenden, so wie Sie das bisher betrieben haben.

Und nur, damit es der Vollständigkeit halber auch mal gesagt ist, Herr Habeck – wir haben darüber ja gesprochen –: Wir werden Ihrem Vorschlag, die Energiepreise über die Netzentgelte kurzfristig zu stabilisieren, nicht zustimmen. Und das hat einen ganz einfachen Grund: Wir stimmen Ihnen in der Grundausrichtung Ihrer Energiepolitik nicht zu. Wir hätten in Deutschland längst zusätzliche Reservekapazitäten gebraucht, Gaskraftwerke gebraucht, von denen nicht ein einziges während Ihrer Amtszeit geplant, geschweige denn wirklich gebaut worden ist. Wir setzten auf diese gescheiterte Energiepolitik Ihrer Regierung nicht noch mal 1,3 Milliarden Euro obendrauf. Das machen wir einfach nicht. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Meine Damen und Herren, damit ist klar, wie wir in diese Wahlauseinandersetzung gehen werden in den Wochen nach dem Jahreswechsel. Damit ist auch klar, auf was wir uns hier einzustellen haben von Ihnen.

Ich will nur zur Verteidigungspolitik noch einmal abschließend sagen: Uns eint – ich hoffe jedenfalls, dass Sie das mit Ihrem Respekt auch uns zugestehen – der unbedingte Wille, alles zu tun, dass dieser Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich endet. Niemand von uns hat irgendeinen Gefallen daran, dass dieser nun schon seit über 1 000 Tagen andauert. Warum es schon so lange dauert, darüber kann man trefflich streiten. Aber heute haben wir den 15. Dezember 2024 oder den 16. Wir schauen jetzt nur nach vorn. Ich will allerdings auch für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes sagen – auch an diejenigen, die besorgt sind um den Frieden –: Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Und es ist in den letzten 75 Jahren gelungen, dies zu tun. Und fast alle Entscheidungen, die damit einhergingen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, der Eintritt in die NATO, sind gegen Ihre Stimmen, meine Damen und Herren aus der Sozialdemokratischen Partei und Bundestagsfraktion, getroffen worden. Helmut Schmidt, einer der Vorgänger von Olaf Scholz, ist nicht an uns gescheitert, sondern an der Nachrüstung 1982, an Ihnen aus der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Wir brauchen von Ihnen keine Belehrungen über Krieg und Frieden. Wir wissen, wie man erfolgreich Verteidigungspolitik formuliert und dafür sorgt, dass wir uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.

Das sind die Themen, über die wir in den vor uns liegenden Wochen sprechen werden, in der Sache klar und deutlich – ich will das jedenfalls für mich und auch für uns in Anspruch nehmen –, hart in der Sache, aber sehr darum bemüht, hier den gegenseitigen Respekt aufrechtzuerhalten.

Ich möchte, dass es dabei bleibt, dass wir uns hier sehr hart in der Sache auseinandersetzen, dass wir aber auch zeigen, dass die Demokratie in unserem Lande funktioniert.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie ist der Artikel 68 des Grundgesetzes. Sie stellen hier heute die Vertrauensfrage. Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihre Chance gehabt; Sie haben diese Chance nicht genutzt. Und es gilt für den heutigen Tag wie auch für den 23. Februar 2025, dem voraussichtlichen Tag der Bundestagswahl: Sie, Herr Scholz, haben Vertrauen nicht verdient.

Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen, Bundeswirtschaftsminister:

Werden nicht nach vorne kommen mit den Rezepten von gestern

© Dominik Butzmann

Robert Habeck (*1969)
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Merz hat eben Herrn Mützenich zitiert mit dem Satz: „ein Tag der Erleichterung“.

So kann man es sehen, aber auch nur, lieber Herr Mützenich, wenn man nach innen guckt: auf die eigene Partei, auf den Wahlkampf, auf dieses Parlament und auf Deutschland. Ich glaube, dass das schon der erste Fehler ist. Klar, wir waren alle drei genervt voneinander und die Ampel hat in vielerlei Hinsicht zu Recht einen schlechten Ruf gehabt. Aber während wir hier diskutieren und der Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellt, während also Deutschland auf eine Neuwahl zuläuft, haben wir eine gescheiterte Regierung in Frankreich. Wir haben nach langen Monaten der Koalitionsverhandlungen keine Regierung in Österreich, wir haben eine niederländische Regierung, die hochzerstritten ist; wir haben keine belgische Regierung.

Sehr geehrte Damen und Herren, während wir uns in Teilen Europas weitgehend mit uns selbst beschäftigen, steht die Welt nicht still. Und es ist kein guter Zustand. Es sollte kein Grund für ein Gefühl der Erleichterung sein, dass Europa und auch die deutsche Politik sich weitgehend mit sich selbst beschäftigt und nicht mit der Welt um uns herum.

Denn sie dreht sich weiter, und sie dreht sich häufig gegen Deutschland. Deswegen – obwohl die Ampelregierung so schwierig war – haben wir und – ich darf auch von mir reden – habe ich alles dafür getan, dass diese Regierung bestehen bleibt, obwohl es uns in den Umfragen geschadet hat, obwohl es dem persönlichen Ansehen geschadet hat. Aber man kann in einer Regierung nicht gegen eine Regierung sein. Man darf sie, liebe FDP, verlassen, wenn man meint, es gehe nicht weiter – das ist dann so –, aber man darf sie nicht von innen zerstören wollen. Und das ist der Unterschied, der beachtet werden sollte. Deswegen haben wir alles dafür getan, dass Deutschland in dieser herausfordernden Zeit nicht ein weiteres Land ist, das sich mit sich selbst beschäftigt. Jetzt ist es so, dass wir diese Unsicherheit haben in einer Zeit, wo Versicherung nötig gewesen wäre. Jetzt ist es so, dass wir auf diesen Wahlkampf zulaufen und der Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellt. Die Vertrauensfrage – lieber Herr Bundeskanzler, Sie haben es gerade gesagt – ist im Kern die Frage: Wollen Sie den Weg für Neuwahlen freimachen?

Und die Antwort darauf kann nicht Nein sein; selbstverständlich nicht. Daher können wir, lieber Herr Bundeskanzler, die grüne Fraktion und auch ich selbst, nicht mit Ja stimmen, sondern wir werden uns heute hier enthalten. Alle tun so – das will ich kurz sagen –, als ob wir – schnips! – Neuwahlen haben, und danach ist alles anders und alles besser. Nehmen Sie doch bitte mal zur Kenntnis, was in Europa um uns herum los ist. Es gibt keine Garantien, dass wir nach einer Neuwahl schnell und reibungslos zu einer neuen Regierung kommen. Es gibt auch keine Garantie, dass diese Regierung dann geräuschlos und leise weiterarbeitet. Deswegen werden wir in der Regierung weiterhin gewissenhaft unsere Pflichten erfüllen – die Kolleginnen und die Kollegen von den Grünen genauso wie ich – und dafür arbeiten, dass das Land in dieser schwierigen Phase handlungsfähig bleibt.

Die Vertrauensfrage hat aber auch eine zweite Bedeutung. Es geht eben nicht nur um die technische Frage, wie wir den Bundestag auflösen und gemäß den Regeln unserer Verfassung den Weg zu Neuwahlen freimachen, sondern es geht auch um die Frage: Wie gewinnt Politik – Politikerinnen und Politiker – Vertrauen zurück bzw. erhält das Vertrauen?Noch einmal: Ich will überhaupt nichts schönreden, was die letzten drei Jahre miteinander und zwischen den Ampelpartnern passiert ist. Aber wenn man mal kurz einen halben Schritt zurücktritt und nicht über die konkreten Fragen und Probleme redet, sondern über das, was diese Konstellation eigentlich hätte sein sollen, nämlich ein Dreierbündnis aus Parteien, die weltanschaulich, ideologisch, politisch sehr unterschiedlich geprägt sind, dann stellt man fest, dass das Scheitern der Ampel ein Menetekel ist, das weit über den Bruch der Ampel hinausgeht; denn es ist ja sehr unwahrscheinlich nach den Debatten und insbesondere nach dem Beitrag von Herrn Merz eben, dass die nächste Regierung es einfacher haben wird. Es ist ja nicht zu vermuten, dass die Union, die SPD, die Grünen oder irgendjemand anderes eine absolute Mehrheit bekommt. Es ist auch nicht zu vermuten, dass die Wirklichkeit sich irgendwie ändert. Deswegen ist ja eine Lehre dieser Regierung, dass in einer so schwierigen Konstellation alle Akteure über den eigenen Schatten springen müssen, dass ein Bundeskanzler gleich welcher Couleur den Laden zusammenhalten muss – wie es versucht wurde, aber nicht geklappt hat –, dass aber auch die Fraktionen sich klarmachen müssen, dass sie nicht mit dem Gestus der Rechthaberei auf die anderen zugehen dürfen. Und so passiert es ja gerade wieder. Deswegen frage ich mich, ob eigentlich alle verstanden haben, was dieser Tag wirklich markiert. Er könnte rückblickend eine Wasserscheide in der Geschichte und in der Parteiendemokratie der Bundesrepublik Deutschland markieren, wenn wir nicht verstehen, warum diese Regierung gescheitert ist. Deswegen ist diese Vertrauensfrage meiner Ansicht nach gegenüber den Menschen so zu beantworten, dass wir versuchen, die eigene Position zwar laut und klar darzustellen, dass wir aber immer im Kopf haben, dass wir am Ende in der Lage sein müssen, aufeinander zuzugehen und Kompromisse zu schließen, um den nächsten Schritt zu gehen, genauso wie wir – und das darf ich für mich beanspruchen in dieser Regierung – es drei Jahre lang bis zur Selbstverleugnung getan haben.

> Wir haben das gierige Biest Inflation bekämpft und runtergebracht.

Sehr geehrte Damen und Herren, da ich bei der Gewissenhaftigkeit bin: Ja, mit der Vertrauensfrage und der erwarteten Verneinung der Vertrauensfrage heute beginnt die Phase des Wahlkampfs. Aber das heißt nicht, dass das Parlament nicht handlungsfähig ist. Deswegen bedauere ich zutiefst, Herr Merz, was Sie gerade gesagt haben und was wir von Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer in den letzten Tagen und Wochen gehört haben, nämlich ein lautes und vernehmliches „Njet!“ zu allen Vorschlägen, und zwar meiner Ansicht nach zu Vorschlägen, die keine politische Farbe haben, zu Vorschlägen, die die Wirtschaft bis zu einem halben Prozent wachsen lassen würden, zu Vorschlägen, die die Sicherheit des Landes, auch die Energiesicherheit erhöhen würden, zu Vorschlägen, die die Gewalt gegen Frauen begrenzen würden. Auch eine parteiübergreifende Initiative zur Abschaffung des Straftatbestandes des Schwangerschaftsabbruchs in § 218 hat doch keine parteipolitische Farbe.

Liebe Union, das sind Vorschläge, die den Menschen helfen, die dem Land helfen. Diese Vorschläge sollten Sie nicht abtun. Sie sollten sich selbst beim Wort nehmen, Sie sollten nicht im Gestus der Opposition hier herumtönen, sondern für das Land arbeiten, solange das Parlament handlungsfähig ist, und es ist handlungsfähig. Keine Arbeitsverweigerung hier vonseiten der Opposition!

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt beginnt der Wahlkampf, und wir werden unsere Programme hart gegeneinanderhalten. Wir fangen damit ja heute schon an; alles gut, alles richtig. Trotzdem lohnt noch einmal der Blick zurück, nicht um auf- oder gegenzurechnen, sondern um zu verstehen, in welcher Situation wir uns hier befinden, und um zu fragen, ob die Lehren wirklich tief genug gezogen worden sind, auch für die Kommunikation und die Aufbereitung der eigenen Antworten. Jedenfalls meine ich, dass die Blindheit gegenüber der historischen Zeit und auch der Selbstbetrug, der damit verbunden ist, fehl am Platze sind. Die Ampelregierung stand vor einem schweren Erbe, einer schweren Verschuldung. Jetzt werden Sie sicherlich fragen: Wieso? Unsere Haushalte waren doch immer ausgeglichen. – Das stimmt. Aber um welchen Preis! Die Schuld ist nicht im Haushalt zu finden, sondern in einer heruntergewirtschafteten Bundeswehr, bei bröselnden Brücken, bei verspäteten Bahnen, bei nicht sanierten Schulen, bei fehlender Investitionstätigkeit im Lande. Sie werden vielleicht sagen: Wir haben Ihnen doch ein Land im Wirtschaftswachstum übergeben. – Das stimmt nicht, sehr geehrte Damen und Herren. Seit 2018 hat Deutschland kein richtiges Wachstum mehr verzeichnet. Wir haben es mit einer

tiefen Strukturkrise dieses Landes zu tun, die ausgesessen wurde in 16 Jahren unter Führung der Union. Aufgrund von Betriebsblindheit und Selbstverliebtheit, die auch Ausdruck in den heutigen Reden finden, wird nicht erkannt, in welcher Phase die Ampelregierung arbeiten musste und in welcher Phase wir uns noch immer befinden.

Wir hatten es weiterhin mit einer fundamentalen, geradezu dramatischen Fehleinschätzung der geopolitischen Lage zu tun – geerbt von der Großen Koalition –, einem rückblickend nahezu unverständlichen Vertrauen in die Gaszuflüsse aus Russland.

Der Punkt ist ein anderer. Sie haben nach der Annexion der Krim und dem ersten Überfall Russlands auf die Ukraine unter Führung von Merkel und unter den Ministern Altmaier und Gabriel die Energieinfrastruktur des Landes an Gazprom und an Rosneft verkauft. Und Sie wollten die Abhängigkeiten noch größer machen durch Nord Stream 2. Das ist eine grandiose historische Fehleinschätzung gewesen: den Wohlstand des Landes auf die ewig freundlichen Beziehungen zu Wladimir Putin aufzubauen.

Ebenfalls eine Fehleinschätzung gewesen ist das blinde Vertrauen in Deutschlands Exportmodell. Als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt haben wir 50 Prozent unseres Wachstums immer durch den Export erzielt; das gibt es in keinem anderen Land. Deswegen sind wir ein großer Profiteur der Globalisierung gewesen, aber natürlich auch besonders verwundbar, wenn die Globalisierung ins Stocken gerät. Und Sie haben komplett übersehen, was in China passiert, Sie haben ausgeblendet, dass Donald Trump schon mal Präsident war und wiederkommen könnte. Sie haben immer weiter blind darauf vertraut, dass das alles so weitergeht. Das ist die zweite grandiose Fehleinschätzung gewesen.

Die dritte Fehleinschätzung war, dass die Amerikaner immer für unsere Sicherheit haften. Nur deshalb konnte der Haushalt in der Ära Merkel saniert werden. Nur weil lediglich 1,3 Prozent des BIP für Rüstungs- und Verteidigungsfähigkeit zur Verfügung gestellt wurden, konnte der Haushalt saniert werden. Ja, und jetzt? Jetzt sagen Sie: Das wollen wir in Zukunft alles anders machen. – Aber Sie verweigern die Antwort, wie Sie es machen wollen.

Ihre finanzpolitischen Vorstellungen haben ja noch nicht mal das Wochenende überlebt. Wie wollen Sie denn die nächsten Jahre damit agieren? Das ist der eigentliche Punkt, auf den ich aufmerksam machen will: Nach drei Jahren, die Sie uns beobachtet haben, haben Sie sich eingenistet in einer Oppositionsrhetorik. Aber jetzt auf einmal – im Grunde seit drei, vier Tagen –, wo Ihr Wahlprogramm da ist, müssen Sie sich nicht mit uns, sondern mit der Realität beschäftigen. Und den Realitätscheck haben Sie noch nicht mal am Wochenende bestanden; das muss man so klar sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, alle Soldatinnen und alle Soldaten, alle Unternehmerinnen und Unternehmer gut hingehört: Die Vorschläge der Union sind nicht gegenfinanziert. Sie können das alles vergessen. Glauben Sie ihr kein Wort! Nichts davon kann kommen, oder sie gibt andere Zusagen und Versprechen auf.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben hart arbeiten müssen, eine Reihe der Probleme zu lösen, die längst hätten gelöst werden können. Wir haben den Angriff auf unsere Energieinfrastruktur abgewehrt. Wir haben die Sicherheitspolitik neu aufgestellt. Wir haben das gierige Biest Inflation bekämpft und runtergebracht. Wir haben die Energiewende wieder auf Kurs gebracht.

Übrigens, Herr Merz, der Strompreis heute beträgt ungefähr 4,6 Cent. Heute fließt wahrscheinlich Strom nach Frankreich, und nicht umgekehrt. Er ist jedenfalls günstiger als im Nachbarland. Also nicht zu viel mit Jens Spahn reden, sondern sich auch mal die Analysen anschauen! Wir haben die Klimapolitik vom Papier in die Wirklichkeit gebracht. Wir haben die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Wir haben die Fachkräftegesetze modernisiert. Und wenn ich das noch sagen darf: Jetzt wollen die Leute nach Deutschland, und wir haben ihnen die Wege dahin erleichtert.

Ich war gerade mit einer Delegation in Kenia bei einem deutschen Unternehmen, das dort seine Leute ausbildet, und die Menschen wollen nach Deutschland kommen. Sie lernen dort Deutsch. Sie lernen im Unternehmen die Kompetenzen. Aber diese Menschen bekommen schon mit, was in Deutschland los ist und wie hier diskutiert wird. Ich weiß nicht, ob Sie sich klarmachen, welchen Schaden Sie anrichten, wenn Sie dieses Land nicht als weltoffen und freundlich darstellen. Vor allem die Partei hier ganz rechts außen ist die größte Gefahr für die Wirtschaft in Deutschland, für Wettbewerbsfähigkeit und für Wachstum. Ja, mit Ihrem Rassismus würden Sie das Land in eine schwere ökonomische Krise führen. Wir haben mit dem Startchancen-Programm und dem Digitalpakt – Cem Özdemir hatte Bemühungen unternommen, das jetzt hinzubekommen – den Fokus auf die Bildung und damit auf die Zukunft gelegt, während in den letzten Jahren der Großen Koalition die Schulen immer weiter verlotterten und die Bildung insgesamt immer schlechter wurde.

Aber war das genug? Nein. Das muss man so sagen.

Wir waren häufig zu spät. Wir haben zu lange daran festgehalten, Uniper durch eine Erhöhung der Gaspreise sanieren zu wollen. Ich bedaure es, dass wir es nicht geschafft haben, einen Industriestrompreis einzuführen. Es ist ein Fehler – und hoffentlich erweist er sich nicht als fataler Fehler –, dass wir nicht früher die Mietpreisbremse verlängert haben. Häufig waren wir zu spät, aber vor allem war es ganz häufig zu wenig. Das ist der entscheidende Punkt. Das ist die Conclusio, die wir aus diesen Jahren ziehen müssen und die im Wahlkampf eigentlich zur Abstimmung steht. Zu der Ansage „Wählt uns, wählt mich, und ihr bekommt eine neue Wirklichkeit“ kann ich nur sagen: Das wird schiefgehen. Umgekehrt muss man sogar sagen: Die vermeintliche Normalität in den Jahren der Merkel-Regierung wurde nur erkauft durch politische Verdrängung und Leugnung der Wirklichkeit. In der Zeit der Ampel war die Wirklichkeit so radikal – der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die dramatisch steigenden globalen Temperaturen, aber auch die fehlenden Investitionen in Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands –, dass wir eigentlich alle gelernt haben müssten, dass wir mit dem Weiter-so, dem Zurück in die Vergangenheit nicht mehr nach vorne kommen. Jetzt habe ich den Slogan über Ihrem Wahlprogramm gesehen, liebe Union: „Wieder nach vorne“. Aber was ich in Ihrem Programm lese, ist ein einziges Zurück. Wir werden die Zukunft nicht im Rückwärtsgang erreichen. Wir werden nicht nach vorne kommen mit den Rezepten von gestern.

Lassen Sie mich kurz durchdeklinieren, was ich meine. Sie wollen Klimaschutz beibehalten, geben aber keine Antwort darauf, wie Sie das umsetzen wollen. Bei Technologieoffenheit – ja, davon habe ich in den zehn Jahren davor gehört – ist in der Realität nichts passiert. Die Union sagt an: Mit uns passiert wieder nichts im Klimaschutz! Zu den finanzpolitischen Vorstellungen habe ich mich schon geäußert. Nicht nur progressive Ökonomen, sondern jeder hat Ihnen über das Wochenende vorgerechnet, dass 100 Milliarden Euro fehlen, und zwar jährlich und ohne den Bereich Verteidigung. 100 Milliarden Euro jährlich und ohne Verteidigung! Ich würde sagen: Zurück in die Werkstatt! Dieses Papier ist nicht die Druckertinte wert, mit der es geschrieben wurde.

Verräterisch war, lieber Herr Merz, was Sie gesagt haben. Sie haben zwei Punkte genannt: Milliardäre sollen keinen Beitrag leisten, um dieses Land stärker nach vorne zu bringen, schon gar nicht für die Bildung. Dafür haben Sie sich lustig gemacht über ein Programm, das noch von der Großen Koalition stammt und das zusammen mit der Caritas aufgesetzt wurde und wonach bedürftige Haushalte nach einem Energiecheck eine Unterstützung zur Anschaffung von weniger energiefressenden Kühlschränken bekommen. Nur deswegen habe ich es einmal in einer Debatte mit Jens Spahn aufgezählt und habe gesagt, dass Ihr Programm ein gutes Programm war. Verräterisch ist allerdings, dass Sie sagen: Die Milliardäre schütze ich, aber die, die von der Caritas betreut werden, kriegen von uns einen Dreck!

Das bringt mich zu folgender Aussage: Wer die Union wählt, kriegt unsolide Finanzen, kriegt keinen Klima- und Naturschutz, und er kriegt vor allem eine Politik, die nur denen gibt, die schon haben, und die die anderen, die bedürftig sind, die auf die Solidarität unseres Landes angewiesen sind, alleine stehen lässt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir dagegen setzen auf bezahlbares Leben. Wir setzen auf Natur- und Klimaschutz, der sich weiterentwickelt. Wir sorgen dafür, dass Deutschland nicht ausschert und die internationale Solidarität verliert. Sie müssen sich klarmachen, dass Sie Deutschland repräsentieren – das streben Sie ja an – und nicht die Union. Das ist doch der Schritt, den Sie mal langsam gehen müssen, nämlich dass Sie erkennen, dass Sie den Wahlkampf nicht für sich machen, sondern für das Land und für die Menschen in diesem Land. Stellen Sie sich einmal vor: Deutschland würde sich unter Ihrer Führung – das sage ich im Konjunktiv – von den internationalen Klimaschutzzielen verabschieden entsprechend Ihrem Wahlprogramm. Alle würden einknicken.

Wenn man sich um das Amt des Bundeskanzlers bewirbt, dann muss man die Oppositionsrhetorik fahren lassen, dann muss man die Verantwortung für das Land mit Haut und Haaren wollen – das vermisse ich bei Ihnen in dieser Debatte –, für die Menschen in Deutschland, für dieses Land!

Vielen Dank.

Christian Lindner, FDP:

Die erste politische Priorität muss die Stabilität unserer Währung sein

© Christian Lindner

Christian Lindner (*1979)
Wahlkreis Rheinisch-Bergischer Kreis

Deutschland befindet sich in einer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise. Tausende, Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Menschen müssen fürchten, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren, von dem sie geglaubt hatten, dass er sicher – vielleicht sogar lebenslang sicher – und gut bezahlt wäre, weil die Ampelkoalition des Bundeskanzlers Olaf Scholz auf diese Herausforderung keine gemeinsame Antwort gefunden hat.

Deshalb hat diese Regierung die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern verloren. Seit Jahren hat Deutschland kein Wachstum mehr. Das ist nichts, was sich nur an der Statistik festmacht. Nach Jahren des Wachstums merken die Menschen das beim eigenen Lebensstandard. Sie können ihr Leben nicht mehr finanzieren. Deshalb ist eine wachstumsorientierte Politik immer auch die sozialste Politik, die man für unsere Gesellschaft machen kann. Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Strukturkrise unserer Wirtschaft lange, bis in dieses Jahr hinein, geleugnet, und danach hat er sich der notwendigen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik verweigert. Deshalb hat er kein Vertrauen mehr verdient. Olaf Scholz hat heute erneut gezeigt, dass er keine Kraft zu grundlegenden Veränderungen hat. Seine Antworten gehen an den tiefgreifenden Problemen mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit vorbei. Allen Ernstes sollen Milliarden Euro eingesetzt werden, um den Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel zu reduzieren. Das ist ein rein verteilungspolitisches Projekt, bei dem die Rentnerin genauso profitiert wie der Millionär. Das sichert keinen Job, das schafft keinen neuen Arbeitsplatz, das bringt kein Wachstum und keinen Aufschwung. Prinz Karneval kann am Rosenmontag Kamelle verteilen, um populär zu werden, aber die Bundesrepublik Deutschland darf so nicht regiert werden. Sozial ist das nicht. Das Sozialste, das man tun kann, ist, dafür zu sorgen, dass Menschen einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz haben. Dann können die Menschen nämlich ihr Leben bezahlen – ohne Staat und ohne SPD.

Apropos Milliarden: Wo ist eigentlich die Notlage? Wo ist eigentlich die Notlage? Wir haben auch heute nichts davon gehört. Zur Erinnerung: Die Regierung Scholz ist nicht gescheitert, weil es keine Kompromisse mehr gegeben hat. Im Sommer und im Herbst sind doch fortwährend Entscheidungen getroffen worden, das Kabinett hat doch Gesetzentwürfe beschlossen. Bis in diese Tage hinein ist die Fraktion der Freien Demokraten zum Beispiel bei der kalten Progression zu Kompromissen und zu Kooperation bereit. Die historische Tatsache ist doch eine andere: Olaf Scholz hat ultimativ gefordert, 15 Milliarden Euro zusätzliche Schulden außerhalb der Schuldenbremse zu billigen. Als ich mich dem verweigert habe, bin ich entlassen worden. Deshalb ist es legitim, zu fragen: Wo ist jetzt die Notlage? Wenn das eine so wichtige Frage war, dass daran sogar die Zusammenarbeit mit einem Finanzminister scheitert, dann ist die Frage erlaubt, ob der Kanzler seine ökonomischen Einschätzungen für das Land taktisch trifft. Sollte es der Fall sein, dann hat er erst recht kein Vertrauen mehr verdient. Es ist ja eine unfreiwillige Offenbarung, dass wir inzwischen wissen, warum Sie die Schuldenbremse aufheben wollen. Das steht doch in einem Zusammenhang mit dem geplanten reduzierten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel. Das sind ja Milliarden, die Sie nicht in Investitionen geben wollen, sondern in eine Verteilpolitik. Sie wollen in Wahrheit die Schuldenbremse aufheben, damit Sie mehr verteilen können. Und die Zeche zahlen die Kinder in diesem Land; denn die werden auf Dauer mit diesen Schulden umzugehen haben. Man kann nur davor warnen, für Gefälligkeitspolitik auf Pump unser Grundgesetz zu ändern. Nicht nur um unseretwegen warne ich davor, sondern auch mit dem Blick nach Europa. Frankreich hat nicht nur eine tiefe politische Krise, sondern auch eine Haushaltskrise; das Rating wurde gesenkt. Die Politik, für die Sozialdemokraten und Grüne auch hier im Haus werben, muss zwangsläufig den europäischen Fiskalregeln widersprechen. Deutschlands Aufgabe ist aber, durch Vorbild in der Währungsunion zu führen. Wenn wir vorsätzlich die Fiskalregeln brechen, wie einst schon einmal Gerhard Schröder, dann wird der Damm in Europa brechen, dann wird dereinst, in wenigen Jahren, das Fundament der Währungsunion durch Staatsverschuldung unterspült worden sein. Die erste politische Priorität muss aber die Stabilität unserer Währung sein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland braucht eine Wende, um unseren wirtschaftlichen Abstieg abzuwenden. Um es klar zu sagen: Wir haben große Chancen. Wir haben viele kluge und fleißige Menschen. Wir haben Know-how. Wir haben im Übrigen auch privates Kapital, das investiert werden kann und investiert werden muss. Wir müssen aber den Eindruck vermeiden, es müsse sich nichts ändern, wir bräuchten nur mehr Schulden.

Wir müssen wahrhaftig sein und den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Noch niemals in der Geschichte hat eine Gesellschaft ihren Wohlstand, ihre soziale Sicherheit und ihr ökologisches Verantwortungsgefühl dadurch verteidigt, dass sie sich weniger angestrengt hat, dass sie weniger gearbeitet hat, dass sie sich weniger hat einfallen lassen und dass es weniger Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko gab. Das Gegenteil ist das, was wir brauchen. Wir brauchen einen Bürokratieabbau, der die Menschen ernst nimmt und ihnen wieder vernünftige Entscheidungen in eigener Verantwortung zutraut. Bis in die letzten Tage der Ampel wurde aber im Wirtschafts- und im Arbeitsministerium noch an zusätzlicher Bürokratie gearbeitet. Wir müssen den deutschen Sonderweg in der Klima- und Energiepolitik beenden. Es wird nicht möglich sein, ohne Kernenergie fünf Jahre früher als der Rest Europas treibhausgasneutral zu sein – jedenfalls nicht ohne dramatische Verluste an individueller Freiheit und Wohlstand. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie hat seine diesbezügliche Position inzwischen verändert.

Wir müssen unseren Arbeitsmarkt mobilisieren. Das Bürgergeld der Sozialdemokraten – Ihr Herzensprojekt – hat unser Land nicht sozialer und fairer gemacht. Im Gegenteil: Gerade die Menschen mit kleinen Einkommen haben heute das Gefühl, dass es weniger fair zugeht, weil sie sich mit denen vergleichen, die gar nicht arbeiten und nur vom Sozialtransfer leben. Wir müssen den Arbeitsmarkt mobilisieren durch eine Reform des Bürgergeldes: ein geringerer Regelsatz und eine Pauschalierung der Kosten der Unterkunft. Alleine dadurch können wir so viel Geld gewinnen, um für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Grundfreibetrag um Hunderte Euro anzuheben. Das wäre die größte Investition in Fairness, weil dann alle spüren, dass sich Arbeit für sie lohnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts habe ich davon gehört, was in der Welt passiert, welche Innovationen es gibt, die an Deutschland vorbei stattfinden. Nicht beim Bundeskanzler, nicht beim Wirtschaftsminister, nicht beim Oppositionsführer habe ich gehört, dass in den USA jetzt eine neue kryptofreundliche Politik ins Werk gesetzt wird und die USA durch die Vorteile von Bitcoin, die wir auch haben könnten, überholen wollen. Ich höre nichts davon in einer zentralen Debatte im Deutschen Bundestag. Welch Versäumnis! Welche Chancen gehen uns verloren! Was ich aber gehört habe, sind die Forderungen nach Steuererhöhungen. Wir haben eine sich zuspitzende Wirtschaftskrise. Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig. Aber die beiden verbliebenen Regierungsparteien überbieten sich damit, welche Steuern man erhöhen sollte. Robert Habeck hat gesagt: Man muss schauen, was in der Welt passiert. – Ja, dann möge er das tun. Die amerikanische Regierung erwägt, die Unternehmensteuerlast auf 15 Prozent zu senken, während wir doppelt so viele Steuern erheben, nämlich 30 Prozent. Da wir nicht doppelt so gut sind wie die USA, dürfen wir auch nicht mehr als doppelt so teuer sein. Deshalb ist – umgekehrt – erforderlich, dass wir die Steuerlast senken.

Ich komme zum Schluss. Diese Debatte über höhere Steuern für wen auch immer – die oberen soundso viel Prozent oder die Milliardäre – ist doch eindeutig der Versuch, mit Neid Wahlkampf zu machen. Neid schafft keinen Arbeitsplatz. Neid schafft keinen Aufschwung. Deshalb ist es richtig, dass die Bürgerinnen und Bürger die Richtungsentscheidung am 23. Februar treffen können, zu der die Regierung nicht die Kraft hatte.

Die Richtungsentscheidung lautet: Will dieses Land Verteilungspolitik auf Pump? Glauben die Bürgerinnen und Bürger dieses Märchen, oder erkennen sie, dass ein Aufschwung von uns allen erarbeitet werden muss, dass Aufstieg etwas mit Leistung zu tun hat?

Rolf Mützenich, SPD:

Integrität und Konzentration sind der Markenkern von Olaf Scholz

© MdB-Büro

Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Die Vertrauensfrage ist ein außerordentlicher Moment und – ich hoffe, das begreift auch jeder hier im Saal – nicht für den politischen Alltag gemacht. Deshalb sollte sich der heutige Tag in Würde und in Anstand vollziehen.

Vor allem aber: Die Verfassungsnorm muss eine Ausnahme bleiben. Sie mögen sich in der Opposition über das Scheitern der Regierung freuen. Gleichwohl sollten auch Sie bedenken, dass wir der Vertrauensfrage in Zukunft noch öfter gegenüberstehen könnten. Die Zersplitterung unseres Parteiensystems birgt Risiken, die die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes nicht vorhersehen konnten. Und dafür gibt es auch kein verfassungsrechtliches Passepartout. Deswegen ist die einzige Chance, um Misstrauensvoten und Vertrauensfragen abzuwenden, Ernsthaftigkeit und die Fähigkeit zum Kompromiss. Ja, das ist richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber gleichzeitig finde ich – denn wir müssen ja über dieses Haus reden –: Beides sind hier gegenwärtig knappe Güter.

Mancher behauptet, dass die Herausforderungen heute größer wären und deshalb fehle es an gemeinsamen Anstrengungen. Ich bezweifle das. Ich glaube auch, dass frühere Generationen vor grundsätzlichen und existenziellen Fragen standen. Ich befürchte hingegen – und passen wir auf! Lassen wir uns nicht davon anstecken! –, dass Leichtsinn und Heuchelei sich in diesem Haus breitmachen. Davor müssen wir uns schützen, meine Damen und Herren, und in der nächsten Legislaturperiode muss das dringend anders werden. Der provozierte Koalitionsbruch ist nicht neu, Herr Lindner. Das Scheidungspapier von Otto Graf Lambsdorff – davon hatten Sie in den letzten Monaten ab und zu gesprochen –, das zum Ende der sozialliberalen Koalition führte, wurde vor 40 Jahren immerhin mit offenem Visier geschrieben. Was wir aber jetzt aus der FDP-Zentrale lesen mussten, ist an Niedertracht nicht zu überbieten.

Der Vertrauensbruch, meine Damen und Herren, war von langer Hand vorbereitet. Obwohl Sie wissentlich und willentlich die Koalition – die Koalition! – und den Bundeskanzler stürzen wollten, haben Sie uns noch wochenlang etwas vorgemacht. Schwer erarbeitetes Vertrauen wurde im Handstreich zerstört. Das ist schlimm, und, Herr Dürr, das werde ich Ihnen nicht vergessen, meine Damen und Herren. Und im Übrigen: Für die Innenpolitik liegt die Frage doch nahe: Wer wusste eigentlich noch davon? Vielleicht werden wir uns manche Überraschung in den nächsten Wochen noch anschauen. Deswegen sage ich ganz offen: Wenn Karl Marx – ja, ich nenne ihn – einmal bemerkte, dass sich Geschichte ab und zu wiederhole, das eine Mal als große Tragödie, das andere Mal als lumpige Farce, dann ist das „liberale Drehbuch für den Regierungssturz“ ein Beleg für diese These. Ihr Manuskript ist ein Tiefpunkt deutscher Innenpolitik, meine Damen und Herren, und darum geht es heute.

Was mich vor allem aufgewühlt hat, sind die Begriffe „Feldschlacht“, „Torpedo“, „D-Day“. Sich aus einer Regierung herauszustehlen, ist das eine. Aber die Befreiung vom deutschen Faschismus damit in Verbindung zu bringen: Schämen Sie sich eigentlich nicht dafür, Herr Kollege Lindner? Sind Sie jemals über die Friedhöfe der Normandie gegangen? 17-, 18-, 19-jährige Soldaten liegen dort. Die Brandung am Morgen des 6. Juni 1944 war von Blut gefärbt. Wie kann man nur diesen Heldenmut begrifflich mit einem schnöden Regierungssturz in Verbindung bringen? Schämen Sie sich! Deswegen, Herr Kollege Lindner: Ja, Ihnen fehlt die sittliche Reife, um unser Land anständig zu regieren.

Das ist die bittere Wahrheit, und andere sollten sich das gut merken. Das ist die Quintessenz aus dieser Geschichte.

Aber die Probleme, die wir zu bewältigen haben, werden nach dem 23. Februar nicht verschwunden sein. Egal wer den Auftrag zu einer Regierungsbildung erhalten wird, er muss sich zwei fundamentalen Fragen stellen: Wie können wir die notwendigen Investitionen in Sicherheit und in unsere Infrastruktur stemmen, wenn die Einnahmen dafür nicht ausreichen? Und wie können wir die Ungleichheit zwischen der Mehrheit mit normalem Einkommen und den wenigen mit sehr großen Vermögen mindern, um mehr Gerechtigkeit im Land zu schaffen? Das sind die fundamentalen Fragen für eine Regierung nach dem 23. Februar.

Aber das sind auch keine rein deutschen Fragen, meine Damen und Herren. Der Draghi-Report hat deutlich gemacht: Ganz Europa muss investieren, wenn wir den Anschluss nicht verpassen wollen. Der Umbau der Märkte auf nachhaltiger Grundlage ist die Aufgabe unserer Generation. Wenn uns das nämlich misslingt, dann haben wir zweimal versagt: einmal bei der Sicherung des Wohlstandes und einer das Klima schonenden Produktion und das andere Mal bei der Schaffung einer sicheren und gerechten Friedensordnung in Europa. Ich finde, unsere Generation muss sich dazu bekennen, dass das unsere Aufgabe ist, nicht mehr und nicht weniger.

Gleichwohl stellen sich die Herausforderungen für unser Land in besonderem Maße. Deswegen ist es angebracht, auch heute über diese Fragen zu sprechen, Herr Kollege Merz. In den vergangenen dreieinhalb Jahren haben wir mit aller Kraft und politischer Überzeugung gearbeitet – am Anfang sehr gut, und ich bin auch der festen Überzeugung, dass es gut gewesen wäre, es weiterhin zu versuchen. Wir haben Wichtiges geschaffen, auch wenn uns nicht alles gelungen ist. Ich erinnere an die Hilfen für Beschäftigte und Unternehmen während der Energiekrise, an ein gerechtes Kindergeld, an den Einstieg in eine soziale Energiewende, an die Angleichung der Renten in Ost und West, an die Erhöhung des Mindestlohns und an die Ausbildungsplatzgarantie. Diese Maßnahmen werden bleiben, und ich finde, darauf können wir auch mit Stolz blicken, auch heute, am Tag der Vertrauensfrage, meine Damen und Herren. Deswegen hat meine Fraktion, die SPD-Fraktion, nicht nachgelassen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Familien und junge Menschen weiter zu stärken, und das ist auch weiterhin unser Versprechen. Deswegen wollten wir unbedingt bis Weihnachten das Kindergeld und den Kinderzuschlag erhöhen. Auch die Steuerentlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war uns wichtig, und ich bin froh, dass wir das noch hinbekommen. Für viele zahlt sich das aus.

Herr Kollege Merz, ich bin ein wenig verwirrt. Gestern Abend habe ich noch vernommen, dass Sie sich an diesen notwendigen Maßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Kinder, für die Familien nicht beteiligen wollen. Und heute Morgen lese ich, dass Sie sich jetzt vielleicht doch dazu bekennen würden. Genau das, Herr Kollege Merz, ist das Problem: Die Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, woran sie mit Ihnen sind. Sie wissen es nicht. Sie sagten ein paar Stunden vorher etwas anderes.

Und ich will Ihnen auch durchaus danken, wenn Sie meiner Partei, meiner Fraktion attestieren, wir sind für mindestens – mindestens! – 20 Prozent gut und wir waren immer eine Aufholpartei. Auch das ist eine gute Nachricht, und Sie sind ein guter Botschafter für diesen Punkt. Das hat mich erleichtert, und ich werde Ihnen zeigen – da werden Sie sich noch wundern –: Da ist noch mehr drin, Herr Kollege Merz. Dass Sie sich hier über einen Vorschlag zur Absenkung der Mehrwertsteuer lustig machen und das Beispiel der Froschschenkel nennen, das lässt wirklich tief blicken. Bei mir im Wahlkreis, in Köln-Chorweiler, wissen die Menschen noch nicht mal, wo sie Froschschenkel kaufen sollen. Aber sie wissen, wo die Butter herkommt, und sie wären froh, wenn sie ein paar Cent weniger kosten würde. Das ist der Punkt und der Unterschied zu Ihnen. Deswegen müssen wir noch mehr auf den Weg bringen.

Um gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa zu schaffen, haben der Bundeskanzler und wir vorgeschlagen, die Stromnetzentgelte bei 3 Cent zu deckeln. Das ist gut und notwendig, und deshalb bitte ich Sie, Herr Kollege Merz, diesen wichtigen Weg mit uns zu gehen. Das duldet keinen Aufschub, weder für die Unternehmen noch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Bundeskanzler hat Steuererleichterungen für Investitionen angekündigt und einen Deutschlandfonds angeboten. Wir nehmen das dankend auf. Wir unterstützen den Plan, um noch mehr privates Kapital für den Strukturwandel, Herr Kollege Lindner, zu mobilisieren, was Ihnen doch so sehr am Herzen liegt. Damit können wir großen institutionellen Anlegern erlauben, einen Teil ihres Kapitals in Infrastruktur und in Zukunftsprojekte zu investieren, anstatt diese Gelder zu Niedrigzinsen anzulegen. Das ist kreativ, das ist innovativ, und genau in diese Richtung muss unser Land auch geführt werden, meine Damen und Herren. Zusammen mit öffentlichen Investitionen ist das eine Zukunftsdividende für unser Land. Wenn wir dann noch eine Altschuldenregelung, Herr Kollege Merz, für die Kommunen hinbekommen, dann holen wir alle öffentlichen Investoren mit an Bord. Das schafft eine breite Basis für eine nachhaltige Investitionsoffensive. Und ich bin mir sicher, meine Damen und Herren, die kommunale Familie wird es uns danken.

Auch wenn Deutschland wählt, steht die Welt nicht still; auch das sollten wir uns heute bei dieser Vertrauensfrage deutlich machen. Wir werden beeinflusst von einem neuen geopolitischen Zeitalter mit dramatischen Veränderungen. In diesen Zeiten sind Erfahrung, Verlässlichkeit und Integrität noch mehr gefragt als sonst. Für Deutschland sind diese Werte eine Versicherung in die Zukunft.

Und mehr denn je kommt es darauf an, ob wir die Zeichen der Zeit richtig deuten. Mit alten Konzepten und herkömmlichen Rastern werden wir nicht von der Stelle kommen. Die oft anzutreffende Floskel vom „Kalten Krieg 2.0“ mag sich für Talkshows, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eignen. Aber auf eine komplexe Gegenwart darf es in diesen Tagen keine unterkomplexen Antworten geben.

Oft sind es nicht die Schlagzeilen – ich würde das gerne mit Ihnen teilen –, mit denen wir ein neues Zeitalter besichtigen, sondern die Gesten oder scheinbaren Nebensächlichkeiten. Und eine solche Episode konnten wir vor wenigen Wochen beim G-20-Gipfel beobachten. Die Begebenheit sagt mehr aus als so mancher kluge Kommentar. Obwohl der Gastgeber von westlichen Regierungen, insbesondere vom amerikanischen Präsidenten, gebeten wurde, Präsident Selenskyj nach Brasilien einzuladen, blieb eine solche Offerte aus. Auch das sollten wir an diesem Tag der Vertrauensfrage bedenken. Der Überfall Russlands auf die Ukraine spielte für die meisten Teilnehmer nur am Rande eine Rolle, und im Abschlusspapier war der Überfall Russlands eine Randnotiz.

Die Zeitenwende hat woanders eine andere Bedrängnis und eine andere Bedeutung als bei uns. Ich sage Ihnen: Wer das nicht erkennt, der wird die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, unser Land, nicht regieren können. Das müssen wir, auch wenn es uns nicht passt, durchaus in unser Denken, aber auch in unser Reden überführen. Und dennoch bleiben diese Länder für den Ausgang des Krieges wichtig. Der Bundeskanzler hat dieses Dilemma im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Merz, von Anfang an erkannt und beides getan: Olaf Scholz hat die Selbstverteidigung der Ukraine gestärkt, deren Wirtschaft und Finanzmarkt stabilisiert, humanitäre Hilfe geleistet und gleichzeitig die Hand nach denen ausgestreckt, die mehr Einfluss auf Moskau nehmen können. Das, meine Damen und Herren, nenne ich kluge Politik, weil sie kein Selbstzweck ist und langen Atem erfordert. Sie ist im Interesse der internationalen Sicherheit und schöpft aus unserer Geschichte und unserer Verfassung. Deswegen vertrauen die neuen Gestaltungsmächte der Welt der deutschen Rolle, und wir sollten das nicht durch markige Sprüche aufs Spiel setzen. Die Vielfalt der Welt mag anstrengend sein, aber sie ist auch eine Chance für eine gerechte Weltordnung. Deswegen war es richtig, Herr Bundeskanzler, dass Sie vor über zwei Jahren Länder des Globalen Südens nach Schloss Elmau zum G-7-Gipfel eingeladen haben; denn eine Politik der guten Nachbarschaft reicht über die Grenzen des Westens hinaus. Ich bin überzeugt: Eine zeitgemäße Nord-Süd-Politik ist bei Olaf Scholz in guten Händen, und wir müssen ihn dabei unterstützen, meine Damen und Herren.

Ja, seit dem Überfall Russlands sind die Sicherheit und die Integrität der Ukraine bedroht. Aber auch die Welt wandelt auf einem schmalen Grat. Das dürfen wir nicht kleinreden. Wer das tut, versteht nichts von der Unvernunft der Macht. Das Risiko einer Eskalation bleibt hoch. Umso wichtiger ist das tägliche Bemühen um strategische Stabilität – auch darum wird es am 23. Februar gehen – durch eine umsichtige Politik. Heute wissen wir, dass vor zwei Jahren eine beispiellose Zuspitzung des Krieges mit allen Konsequenzen für Europa und die Welt drohte. Die US-Regierung konnte in einem besonderen Moment nicht ausschließen, dass Putin eine Atomwaffe einsetzen würde. So weit war es damals gekommen. Auch deshalb war der Bundeskanzler im November 2022 nach Peking gereist. An seiner Seite kritisierte der chinesische Präsident mit deutlichen Worten die Drohung und den Einsatz von Atomwaffen. Das war wichtig und hat möglicherweise Schlimmeres verhindert. Herr Bundeskanzler, ich danke Ihnen, dass Sie diese Krise durch Ihre Reise nach Peking abgewendet haben. Das war eine große Leistung, meine Damen und Herren. Aber was damals gelang, muss heute nicht wieder gelingen. Das zu behaupten, ist leichtfertig und verantwortungslos. Und die neuen Realitäten der Welt dulden keine Schönfärberei. Deshalb war die Kritik an der Reise des Bundeskanzlers nach Peking damals genauso maßlos und dumm wie heute die Besserwisserei bei den Telefonaten mit dem russischen Präsidenten. Vielleicht darf ich Sie das mal fragen: Darf eigentlich nur Donald Trump mit Putin telefonieren? Auf dessen Aussagen kann ich nicht vertrauen. Wenn wir tatsächlich eine westliche Sicherheitsgemeinschaft sind, dann bevorzuge ich eine zweite Meinung, bevor ich mir von einem verurteilten Straftäter etwas sagen lassen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Bundeskanzler hat unser Land trotz der innen- und außenpolitischen Turbulenzen gut durch die Krisen der Welt geführt. Wir werben und wir arbeiten dafür, dass das so bleibt. Integrität und Konzentration, das ist der Markenkern von Olaf Scholz. Unklarheit und die schnelle Meinung kann er meinetwegen anderen überlassen.

Und da, Herr Kollege Merz, sind wir bei Ihnen. Da wird der Unterschied übergroß. Ich will Ihnen die mangelnde Regierungserfahrung nicht vorhalten. Was ich Ihnen aber entgegenhalten muss, sind die Widersprüche und Leichtfertigkeiten, die man sich vielleicht als Oppositionsführer noch erlauben kann, aber nicht, wenn man Regierungschef unseres Landes werden will. Ihre widersprüchlichen Aussagen zur Lieferung weitreichender Raketen zeigen das. Sie waren mal dafür und vor den Landtagswahlen im Osten dann mehr als kleinlaut. Ihre Forderung im Frühjahr 2022, alle Energiewege nach Russland zu kappen, zeugte von Fahrlässigkeit. Wenn wir den damaligen Forderungen, die Industrie in den Winterschlaf zu schicken, gefolgt wären, müssten wir heute mit Massenarbeitslosigkeit und einer hohen Inflation umgehen. So viel zu Ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz, Herr Kollege Merz. Und schließlich Ihre neuesten Kapriolen bei der Schuldenbremse. Mehrfach – das wissen Sie; ich habe es von diesem Pult aus getan – habe ich parteiübergreifende Gespräche vorgeschlagen, um notwendige Investitionen für unser Land möglich zu machen. Herr Kollege Merz, aus Engstirnigkeit und Eigennutz haben Sie das abgelehnt, und wir haben leider wertvolle Zeit verloren. In dieser Art und Weise kann man ein Land nicht führen, und Sie werden den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorenthalten können, was auch Sie als Oppositionsführer in diesen dreieinhalb Jahren an Fehlern gemacht haben. Das werden wir auch klar benennen.

Deswegen sage ich sehr deutlich: Da kann im Januar noch was auf uns zukommen. Präsident Trump hat eine Menge Ankündigungen gemacht, insbesondere dass er die Ukraine nicht mehr unterstützen wird. Da bin ich mal ganz gespannt, was das für Deutschland, für die Bundesregierung heißt.

Herr Kollege Lindner, es wird nicht reichen, sich auf den 50-Milliarden-Dollar-Kredit der G-7-Länder zu beziehen; denn was ich jetzt gehört habe, ist, dass der Internationale Währungsfonds die jährliche Tranche auf 16 Milliarden Dollar gedeckelt hat. Davon habe ich bei Ihnen nichts gehört, auch nicht an dem Abend unserer Koalitionsgespräche. Deswegen sage ich Ihnen sehr deutlich: Vielleicht wird nach dem Regierungsantritt von Präsident Trump die Wahrheit früher kommen, dass wir viel schneller arbeiten müssen. Ich sage Ihnen: Eins werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klarstellen: Wir werden nicht zulassen, dass das Kindergeld, das Kurzarbeitergeld oder die Rente gegen die Hilfen für die Ukraine oder deren Erhöhung ausgespielt werden. Auch darum geht es am 23. Februar, meine Damen und Herren.

> Obwohl Sie wissentlich und willentlich die Koalition und den Bundeskanzler stürzen wollten, haben Sie uns noch wochenlang etwas vorgemacht.

Die SPD geht mit einem Bundeskanzler in die Wahl, der Sicherheit im Innern nicht gegen Sicherheit im Äußeren ausspielt, der Reformen und Investitionen für unser Land anpackt, um es moderner und gerechter zu machen, der keinen Zweifel an der Unterstützung der Ukraine aufkommen lässt und zugleich jede Unbesonnenheit vermeidet. Daran messen wir uns. Und daran müssen sich auch andere messen lassen.

Die Vertrauensfrage macht den Weg für eine Richtungsentscheidung frei. Präsentieren wir unsere Vorschläge und Überzeugungen, damit sich die Wählerinnen und Wähler ein Bild machen können! Deswegen ist der heutige Tag vor allem ein Tag der Klarheit: Klarheit über das Geleistete und Klarheit über das Notwendige.

In der alten Koalition konnten wir die weiteren Fragen unserer Zeit nicht mehr beantworten. Die Fragen aber werden bleiben. Wir liefern Antworten, und ich bin mir sicher: Wir können die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler überzeugen.

Vielen Dank.

Alice Weidel, AfD:

Vor allen Dingen brauchen wir Vernunft statt Ideologie

© AfD-Fraktion

Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Sechs volle Wochen sind vergangen, seit Ihre gescheiterte Regierung endgültig zerbrochen ist, Herr Scholz. Sechs Wochen des Zauderns, Taktierens, der kleinkarierten Schuldzuweisungen, wie wir sie heute gehört haben, des Schönredens und der Realitätsverweigerung, bis dieser Bundestag endlich darüber abstimmen kann, ob er Ihnen das Vertrauen entzieht, das Sie bei den Bürgern schon längst verloren haben.
Gerade einmal drei Jahre war Ihre Regierung im Amt. An den Schäden, die Sie in dieser Zeit angerichtet haben, werden die Deutschen noch in Jahrzehnten zu tragen haben: die Automobilindustrie dank gigantischer Fehlinvestitionen im freien Fall, der Maschinenbau im Niedergang, die chemische Industrie auf der Flucht vor explodierenden Energiekosten, die Stromversorgung ruiniert, viel zu teuer und von Dunkelflaute zu Dunkelflaute stets am Rande des Blackouts, das Land geflutet von fordernd auftretenden Migranten, die das Vorgefundene verachten, die innere Sicherheit im Zusammenbruch, das Sozialsystem überspannt, während Steuerlast und Inflation den Bürgern Kaufkraft und Wohlstand rauben und sie erdrücken.
Doch wenn die deutschen Bürger aufbegehren, lauern auf sie Internetspitzel und Meldestellen einer mit Steuergeld gepäppelten NGO-Stasi. Und eine so panische wie mimosenhafte politische Klasse missbraucht die Justiz, um aufsässige Bürger nach einem eigens geschaffenen Majestätsbeleidigungsparagrafen mit Strafanträgen, Geldbußen und Hausdurchsuchungen zum Schweigen zu bringen. Das ist Ihr Werk, auch wenn die Union in 16 Jahren Merkel kräftig Vorarbeit geleistet hat.
Die Zeit drängt. Die Aufräumarbeiten nach zwei Jahrzehnten des Regierens zum Schaden Deutschlands können nicht warten. Sechs Wochen sind schon vertan dank Ihrer Hinhaltetaktik. Herr Scholz, Sie hätten sofort die Vertrauensfrage stellen müssen. Weitere zwei Monate sollen noch ins Land gehen bis zum avisierten Termin der vorgezogenen Bundestagswahl. Aber die Krisen warten nicht: weder die Wirtschafts-, Finanz- und Energiekrise im eigenen Land noch die eskalierende Kriegsgefahr in der Ukraine und die Folgen des Umsturzes im Nahen und Mittleren Osten. Der Machtwechsel in Syrien – darüber wurde heute gar nicht gesprochen – hat aus deutscher Sicht zwei Konsequenzen: Erstens müssen syrische Kriegsflüchtlinge, die vor dem Assad-Regime geflüchtet zu sein behaupten, die jetzt auf deutschen Straßen zu Zehntausenden die Befreiung Syriens feiern und unter islamistischen Kampfgesängen über Weihnachtsmärkte und durch unsere Fußgängerzonen marschieren, sofort in die Heimat zurückkehren. Zweitens muss verhindert werden, dass neue Flüchtlingsströme den Asylansturm von 2015 noch in den Schatten stellen und abermals unerkannt kampfbereite Soldaten, Islamisten und Dschihadisten ins Land bringen.
Nötig ist ein sofortiger Stopp der Aufnahme, der Einbürgerung und der Familienzusammenführung von Syrern und die Erstellung von Rückkehroptionen. Sie aber – das tun Sie – zerreden Rückkehroptionen. Frau Faeser lässt weiter einbürgern, und Frau Baerbock führt die Visaausstellungen für den Familiennachzug einfach weiter.
Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA eröffnete eine realistische Chance, das hunderttausendfache Sterben in der Ukraine durch einen diplomatischen Ausgleich zu beenden. Was tun Sie? Statt den Draht nach Washington und Moskau zu suchen, wo der Schlüssel zum Frieden liegt, pilgern Sie und der Möchtegernkanzler Friedrich Merz nach Kiew, um noch mehr gutes Geld dem bereits verbrannten hinterherzuwerfen. Sie spielen mit der Eskalationsgefahr. Frau Baerbock fantasiert vom Einsatz deutscher Truppen in der Ukraine, während Herr Merz mit der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern einen dritten Weltkrieg riskieren will; es ist nichts anderes. Um es Ihnen von der Union vielleicht noch mal zu erklären, weil Sie es irgendwie nicht verstehen: Deutsche Raketen in der Ukraine, die Moskau erreichen können und die Entsendung deutscher Soldaten zur Bedienung mit einschließen, machen Deutschland zur direkten Kriegspartei und zur Zielscheibe eines drohenden Atomkrieges. Die historische Erfahrung des 20. Jahrhunderts sollte Warnung genug sein, Deutschland und Europa nie mehr in einen Krieg hineinzuziehen. Das ist unsere historische Verantwortung. Wer aber die Geschicke Deutschlands in die Hände von Friedrich Merz wählt, der wählt den Krieg, sehr geehrte Damen und Herren. Und der wählt nicht nur den Krieg, sondern er wählt auch Robert Habeck – wir haben es heute gehört –, der bekommt ein Weiterso, die Fortsetzung der grünen Politik der Bevormundung, der Deindustrialisierung, der Verarmung, der wirtschaftspolitischen Inkompetenz und des politisch gewollten Energienotstandes. Die schlimmsten Fehlentscheidungen der letzten Jahre – Verbrennerverbot, Atomausstieg, Heizungsdiktat, offene Grenzen – hätte dieser Bundestag sofort zurücknehmen können. Die Mehrheiten dafür wären möglich gewesen nach dem Aus der Koalition. Das wäre auch ein sehr starkes Signal der Hoffnung für die Bürger, für Wirtschaft und Mittelstand gewesen. Sie, Herr Merz und die Union, haben das verhindert. Sie haben mit den Trümmern der gescheiterten Ampel eine undemokratische Kungelrunde gebildet, um dieses Parlament zu entmündigen und zu verhindern, dass Initiativen zur Korrektur der rot-grünen Chaospolitik vorgenommen werden können.
Die CDU hat also in der schlimmsten und schwersten Krise dieses Landes dieses Parlament lahmgelegt – so viel zu Ihrem Demokratieverständnis und Ihrer Problemlösungskompetenz.
Das linke Dogma der Brandmauer, der Ausschluss von Millionen von Wählern, ist Ihnen wichtiger als das Wohl Deutschlands. Wenn es nach Ihnen geht, haben die Bürger keine Wahl: Wenn sie die CDU wählen, bekommen sie wieder eine grüne Regierung. Und Sie werden nichts von dem umsetzen können, was Sie hier heute gefordert haben. Das gehört zur Wahrheit mit dazu, Herr Merz. Sie können sich sogar vorstellen, dass der Wirtschaftszerstörungsminister Robert Habeck Wirtschaftsminister wird. Der Mann also, der mit Tricksereien, Manipulation und offenkundigen Falschaussagen den endgültigen Kernkraftausstieg durchgedrückt hat, der die deutsche Energieversorgung zerstört, den Mittelstand ruiniert und die Industrie aus dem Land treibt. Der Mann, der mit seiner Inkompetenz dieses Land ruiniert. Eine schwarz-grüne Koalition der kriegsbesessenen und linken Deutschlandzerstörer ist das Letzte, was Deutschland braucht. Deutschland braucht einen Neuanfang: Freiheit und ein freies Unternehmertum statt Klimasozialismus, eine günstige und sichere Energieversorgung statt Transformationsplanwirtschaft. Und vor allen Dingen brauchen wir Vernunft statt Ideologie und eine Politik der deutschen Interessen statt Kriegstreiberei.
Und diesen Neuanfang wird es nur mit der AfD geben.
Ich bedanke mich.

Sören Pellmann, Die Linke:

Gegen leere Versprechungen, gegen den Rechtsruck

© DBT/Inga Haar

Sören Pellmann (*1977)
Wahlkreis Leipzig II

Drei Jahre Koalitionsgezerre sind nun zu Ende. Das Land atmet aber nicht auf, es atmet schwer, und es ist besorgt.
Als die heutige Resteampel noch leuchtete, wollte sie „Mehr Fortschritt wagen“. Doch aus Fortschritten sind erst Trippelschritte und dann Stagnation geworden. Sie haben sich bis über die Schmerzgrenze von einer kleinen Klientelpartei der Bessergestellten am Nasenring durch die Manege ziehen lassen.
Fortschritt, Soziales und Respekt: Wo steht unser Land, gemessen an Ihren Zielen? Ist die Kinderarmut nachhaltig bekämpft oder die Wohnungsnot gemildert, oder sind sogar die explodierenden Mietkosten eingedämmt worden? Sind die Preissteigerungen in den Supermärkten gedeckelt? Und Herr Merz, ich meine die für Brot und Butter, nicht die für Kaviar und Champagner. Wurde die unpünktliche Bahn pünktlicher, oder sind wenigstens die Weichen entsprechend gestellt worden? Bei alldem: Fehlanzeige! Ihr Versagen in sozialer Hinsicht ist enorm, aber auch kein Wunder, wenn man sich mit den dreistesten Nach-unten-Tretern der Nation einlässt, der FDP unter Christian Lindner, und sich zur Regierung verampelt.
Was Sie tatsächlich hinbekommen haben: Den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine haben Sie zum Anlass genommen, die heftigste Aufrüstungsspirale in Gang zu setzen, die die Bundesrepublik je gesehen hat. Hunderte von Milliarden Euro, die für ein soziales Sondervermögen niemals da wären, zauberten Sie zeitenwenderisch über Nacht aus dem Hut. Mehr noch: Statt weltweit unermüdlich auf dem diplomatischen Parkett für den Frieden zu agieren, sind Sie vorrangig weltmeisterlich beim Exportieren von Waffen. Damit haben Sie uns zum Teil einer gefährlichen Eskalationsspirale gemacht. Und auch das ist zu bilanzieren: Sie als Ampel haben gemeinsam die wirtschaftliche Spitzenposition Deutschlands verspielt, haben das Land in eine der schwersten wirtschaftlichen Krisen seit Jahrzehnten geführt. Wir lesen seit Monaten fast täglich von Werksschließungen, von Massenentlassungen. Wir hören düstere Prognosen, sehen, wie negativ sich unsere deutsche Wirtschaft entwickelt. Es ist das Ergebnis einer katastrophalen Energiepreispolitik, von grünem Wirtschaftsvoodoo, FDP-Schuldenfreiheitsfetisch und dem Eiertanz der Ampel um die Schuldenbremse.
Letztlich ist Ihre Regierung daran zerbrochen, und deswegen werden wir als Linke heute auch mit Nein stimmen. Es braucht eben nicht bloß eine andere Regierung; es braucht endlich eine andere Politik. Es braucht eine andere Politik für die hart arbeitenden Menschen, für die Rentnerinnen und Rentner, für die Alleinerziehenden. Wir müssen endlich das tun, was Wirtschaftsexperten seit Langem empfehlen: uns aus der Krise herausinvestieren, die Wirtschaft damit ankurbeln, zugleich infrastrukturelle Probleme lösen und für eine Zukunft mit einer starken und einer nachhaltigen Wirtschaft sorgen.
Wir werden weiter für die Vermögensteuer und höhere Spitzensteuersätze kämpfen. Dieses Land braucht keine noch reicheren Milliardäre. Wir wollen – ich höre die Ankündigungen des Kanzlers, zumindest einen ersten Schritt in dieser Richtung zu gehen – die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn gänzlich abschaffen. Mieten, Energie und Lebensmittel brauchen Preiskontrollen und die Wirtschaft ein schärferes Kartellrecht. Wir werden für die gerechte Finanzierung der Sozialversicherungssysteme durch alle streiten, statt Rentenspekulation zuzulassen.
Dieser Tag heute markiert den Beginn des Wahlkampfes; so war es in zahlreichen Reden ja schon zu hören. Ich appelliere an die Menschen in diesem Land: Glauben Sie nicht einer Partei wie der SPD, die vor der letzten Wahl so viel Soziales versprochen und nichts geliefert hat!
Verschenken Sie Ihre Stimme nicht an einen grünen Wirtschaftsminister, der das Land in die größte Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten geführt hat! Vertrauen Sie nicht einer FDP und ihrem Spitzenkandidaten Lindner, der das Land so getäuscht hat! Und ja, glauben Sie nicht, dass ein im Privatflugzeug herumdüsender Ex-BlackRock-Lobbyist wie Friedrich Merz auch nur eines dieser Probleme lösen wird!
Deswegen: Alle wollen regieren, alle versprechen das Blaue vom Himmel und machen nur noch die Nazis von der AfD jedes Jahr stärker.
Mal ein Tipp von mir für die nächste Abstimmung: Wählen Sie einfach links!
Gegen leere Versprechungen, gegen den Rechtsruck, für ein solidarisches Miteinander. Dafür werden wir kämpfen. Und ich verspreche Ihnen: Wir sehen uns im Frühjahr in diesem Hause wieder.
Bis dahin: Ich habe die Ehre!

Sahra Wagenknecht, BSW:

Kanzlerkandidaten mit Gedächtnisverlust

© Benjamin Zibner

Sahra Wahenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Aufgabe einer demokratischen Regierung ist es, das Leben der Menschen zu verbessern. Der heutige Tag leitet das unrühmliche Ende einer Regierung ein, die das Leben der Menschen in Deutschland spürbar und nachhaltig verschlechtert hat.
Mittlerweile fürchten Tausende um ihren Job und haben Angst vor der Zukunft. Aber statt sich dafür vielleicht einmal bei den Bürgerinnen und Bürgern zu entschuldigen, haben Sie, Herr Scholz, hier eine 25-minütige Wahlkampfrede abgespult. Drei Jahre Abstieg unseres Landes, und Sie bitten um vier Jahre Verlängerung. Das muss man erst mal bringen.
Ich höre, die SPD will die Lebensmittelpreise senken und 95 Prozent der Bevölkerung entlasten. Super Idee! Man fragt sich nur: Warum haben Sie drei Jahre lang eine Politik gemacht, die die Lebensmittel extrem verteuert und 95 Prozent der Menschen mit steigenden Verbrauchsteuern und steigenden Abgaben belastet hat? Jetzt, im Januar, werden die Krankenkassenbeiträge und der CO2-Preis noch mal kräftig erhöht. Aber nach der Wahl soll plötzlich alles ganz anders werden? Das glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr.
Sie geben den Friedenskanzler, und Sie stehen trotzdem für das größte Aufrüstungsprogramm der bundesdeutschen Geschichte. Sie sind viel zu oft umgefallen, Herr Scholz, als dass man darauf vertrauen könnte, dass Ihr Wort zu Taurus nach der Wahl immer noch gilt.
Und Herr Merz hat ja neuerdings auch Erinnerungslücken und kann sich an sein Taurus-Ultimatum hier im Bundestag plötzlich gar nicht mehr erinnern. Auch an seine milliardenschweren Steuersenkungsversprechen ohne Gegenfinanzierung wird er sich wahrscheinlich nach der Wahl nicht mehr erinnern können. Zwei Kanzlerkandidaten mit Gedächtnisverlust! Armes Deutschland. Die CDU will das Land aus der Krise führen, aber schließt nicht aus, Pleite-Minister Habeck noch mal für vier Jahre auf die deutsche Wirtschaft loszulassen. Da kommt einem doch das Grausen.
Deutschland braucht keine Neuauflage der gescheiterten Politik der letzten Jahre, sondern einen echten Neuanfang. Nicht mehr BlackRock, sondern mehr Mittelstand, nicht mehr Ellenbogen, sondern mehr sozialen Zusammenhalt, eine starke Industrie, sinkende Energiepreise und eine friedliche Außenpolitik. Dafür steht das BSW.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Christian Dürr (FDP), Anke Rehlinger (Ministerpräsidentin Saarland), Tino Chrupalla (AfD), Frauke Heiligenstadt (SPD), Stefan Seidler, Joana Cotar, Thomas Seitz, Robert Farle, Dr. Dirk Spaniel (alle fraktionslos) und Armand Zorn (SPD).

leicht erklärt!

Wie geht das mit dem Kinder-Geld?

Hilfe vom Staat für Familien

Worum geht es?

Im Bundes-Tag wurde diese Woche auch darüber gesprochen:

Kinder-Geld.

Das ist Geld, das Eltern vom Staat bekommen.

Im Bundes-Tag ging es genauer darum:

Soll es bald mehr Kinder-Geld geben?

Diese Fragen werden im Text beantwortet:

Was ist Kinder-Geld?

Warum gibt es das?

Wie viel Kinder-Geld gibt es?

Wie bekommt man Kinder-Geld?

Was muss man dazu noch wissen?

Was ist Kinder-Geld?

Wer 1 oder mehr Kinder hat, der kann in Deutschland Kinder-Geld bekommen.

Dann bekommen die Eltern jeden Monat Geld vom Staat auf das Konto.

Das geht ab der Geburt vom Kind.

So lange gibt es Kinder-Geld:
Bis das Kind 18 Jahre alt ist.

Es gibt aber Ausnahmen:

1. Das Kind macht eine Ausbildung

Wenn das Kind nach seinem 18. Geburtstag noch studiert, dann gibt es Kinder-Geld bis zum 25. Geburtstag.

Das gilt auch für andere Berufs-Ausbildungen und besondere soziale Dienste.

2. Das Kind hat keine Arbeit

Wenn das Kind keine Arbeit findet, dann gilt das:

Die Eltern bekommen Kinder-Geld bis zum 21. Geburtstag des Kindes.

Wenn das Kind danach keinen Ausbildungs-Platz findet, dann kann es auch bis zum 25. Geburtstag noch Kinder-Geld geben.

3. Das Kind hat eine Behinderung

Wenn das Kind eine Behinderung hat, dann kann das passieren:

Die Eltern bekommen auch nach dem 25. Geburtstag des Kindes weiter Kinder-Geld.

Dafür muss aber das sein:

Das Kind kann wegen seiner Behinderung nicht richtig arbeiten und selbst genug Geld verdienen.

Wenn das Kind nicht bei seinen Eltern lebt, dann können auch andere Leute das Kinder-Geld bekommen.

Dafür gibt es dann bestimmte Regeln.

Warum gibt es Kinder-Geld?

Mit dem Kinder-Geld soll Familien dabei geholfen werden:

Alle Dinge zu kaufen, die das Kind braucht.

Das sind zum Beispiel:
Essen, Kleidung, Spiel-Sachen.

Das hilft besonders Familien, die wenig Geld haben.

Der Staat will mit dem Kinder-Geld dabei helfen:

Viele Familien sollen es sich leisten können, Kinder zu haben.

Denn wenn es in einem Land nicht genug Kinder gibt, dann kann das passieren:

Es leben immer weniger Menschen in dem Land.

Und dann können auch immer weniger Menschen in dem Land arbeiten.

Deshalb ist es dem Staat wichtig, dass es viele Kinder gibt.

Wie viel Kinder-Geld gibt es?

Im Moment gibt es für jedes Kind so viel Kinder-Geld im Monat:
250 Euro.

Das gilt für jedes Kind, egal wie viele es in einer Familie gibt.

Im Bundes-Tag wurde diese Woche darüber gesprochen:

Soll es bald mehr Kinder-Geld geben?

Das ist der Grund dafür:

Auch für Familien werden Dinge wie Essen und Kleidung immer teurer.

Deshalb würde ihnen mehr Kinder-Geld dabei helfen:

Alle Dinge zu kaufen, die das Kind braucht.

Wie bekommt man Kinder-Geld?

Wer ein Kind bekommt, der kann das machen:

Einen Antrag auf Kinder-Geld stellen.

Das macht man bei der Familien-Kasse.

Wer Kinder-Geld beantragt, der muss diese Dinge einreichen:

- Die Geburts-Urkunde vom Kind
- Die Steuer-Nummer vom Kind
- Die Steuer-Nummern von den Eltern
- Einen Nachweis von einer Behörde, wer die Eltern vom Kind sind

Nach dem Antrag dauert es ein paar Wochen.

Wenn die Eltern alles richtig gemacht haben, dann passiert danach das:

Die Familien-Kasse überweist jeden Monat das Kinder-Geld auf ein Bank-Konto der Eltern.

Beide Eltern können zusammen nur 1 Mal Kinder-Geld beantragen.

Was muss man dazu noch wissen?

Es gibt in Deutschland nicht nur das Kinder-Geld.

Es gibt auch das:
Kinder-Frei-Betrag.

Man kann nur entweder das Kinder-Geld oder den Kinder-Frei-Betrag nutzen.

Wer den Kinder-Frei-Betrag nutzt, der muss das:
weniger Steuern bezahlen.

Wer eine Steuer-Erklärung macht, kann dort seine Kinder angeben.

Das Finanz-Amt schaut dann von alleine:
Lohnt sich der Kinder-Frei-Betrag?

Wenn ja, dann müssen die Eltern weniger Steuern zahlen.

Wenn nicht, dann gab es aber mindestens das Kinder-Geld.

Der Kinder-Frei-Betrag lohnt sich dann:
Die Eltern verdienen zusammen eine bestimme Menge Geld.

Derzeit sind das etwa 80.000 Euro im Jahr.

Familien mit viel Einkommen bekommen vom Staat also mehr Geld als das Kinder-Geld.

Was ist, wenn das Kinder-Geld nicht reicht?

Manche Familien haben sehr wenig Geld, obwohl die Eltern arbeiten.

Dann kann auch das passieren:

Das Kinder-Geld reicht nicht aus, um den Kindern alles Wichtige zu kaufen.

Dann gibt es noch anderes Geld vom Staat.

Das heißt so:
Kinder-Zuschlag.

Zuschlag heißt, dass es zum Kinder-Geld dazukommt.

Im Moment ist der höchste Wert für den Kinder-Zuschlag so hoch:
292 Euro im Monat.

Und das für jedes Kind.

Der Kinder-Zuschlag wird zusammen mit dem Kinder-Geld auf das Konto überwiesen.

Es gibt auch Eltern-Geld

Eltern von ganz kleinen Kindern können noch mehr Geld vom Staat bekommen als das Kinder-Geld.

Dafür müssen sie einen anderen Antrag stellen.

Der ist sehr viel komplizierter als der Antrag vom Kinder-Geld.

Das ist der Name von diesem Geld für ganz kleine Kinder:
Eltern-Geld

Das bekommen Eltern, die nach der Geburt eines Kindes das machen:
weniger oder gar nicht mehr arbeiten.

Denn es ist sehr anstrengend, ein kleines Kind zu versorgen.

Darum können nur selten beide Eltern normal weiterarbeiten.

Und darum verdienen die Eltern dann weniger Geld.

Das Eltern-Geld soll dabei helfen:
Die Eltern sollen in der Zeit nach der Geburt genug Geld für die Familie haben.

Das ist der Grund:
Eltern sollen sich in Ruhe um ihre kleinen Kinder kümmern können.

Es gibt aber weniger Eltern-Geld als die Eltern vorher verdient haben.

Trotzdem ist es eine große Hilfe.

Ohne Kinder-Geld und Eltern-Geld kann das passieren:

Weniger Menschen in Deutschland bekommen Kinder.

Das möchte der Staat nicht.

Deshalb hilft er den Familien.

Die Geschichte vom Kinder-Geld

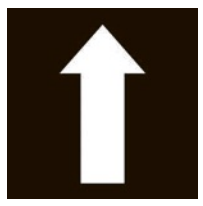
In der Bundes-Republik Deutschland gibt es das Kinder-Geld schon seit dem Jahr 1954.

Das war damals besonders:
Kinder-Geld gab es erst ab dem 3. Kind in einer Familie.

Erst seit dem Jahr 1975 gibt es auch für das 1. Kind schon Kinder-Geld.

Bis 2011 konnte Familien mit viel Einkommen das passieren:

Man bekam weniger oder sogar gar kein Kinder-Geld.



Früher gab es noch sehr wenig Kinder-Geld.

Immer wieder wurde das Kinder-Geld aber von der Regierung erhöht.

Und die Regeln dafür wurden immer wieder geändert.

Außerdem gab es schon 2 Mal Extra-Kinder-Geld:

1.) Im Jahr 2009

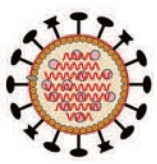
Weil es der Wirtschaft in Deutschland schlecht ging, hatten viele Leute weniger Geld.

Deshalb hat die Regierung das entschieden:

Die Menschen sollen mehr Hilfe vom Staat bekommen.

Deshalb gab es zum Beispiel das:
100 Euro Extra-Kinder-Geld für jedes Kind.

2.) Im Jahr 2020



Wegen Corona ging es der Wirtschaft wieder schlecht.

Auch dieses Mal hatten viele Leute weniger Geld.

Deshalb hat die Bundes-Regierung wieder entschieden:
Den Familien soll geholfen werden.

Deshalb gab es für jedes Kind 300 Euro Extra-Kinder-Geld.

Kurz zusammengefasst

Im Bundes-Tag ging es diese Woche auch darum:
Kinder-Geld.

Kinder-Geld können Eltern in Deutschland beantragen.

Dafür müssen sie sich an bestimmte Regeln halten.

Dann bekommen sie für jedes Kind 250 Euro im Monat.

Die Politiker haben im Bundes-Tag darüber gesprochen:

- Soll das Kinder-Geld erhöht werden?
- Wie viel soll es erhöht werden?
- Wann soll es erhöht werden?

Deshalb gibt es das Kinder-Geld:

Familien sollen sich alle wichtigen Dinge für ihre Kinder kaufen können.

Zum Beispiel Essen, Kleidung und Spiel-Sachen.

Das macht der Staat auch, damit es genug Kinder im Land gibt.

Denn wenn es nicht genug Kinder gibt, dann passiert das:

Das Land hat immer weniger Einwohner.

Und dann können auch weniger Menschen im Land arbeiten.

Kinder-Geld gibt es in der Bundes-Republik Deutschland schon seit dem Jahr 1954.

Heute hilft der Staat Familien nicht nur mit Kinder-Geld.

Es gibt auch noch Geld vom Staat für diese Familien:

- Wenn Eltern arbeiten, aber trotzdem nicht genug Geld haben.
- Wenn Eltern kleine Kinder haben und deshalb weniger arbeiten als vorher.

Im Bundes-Tag wurde darüber gesprochen:
Soll es mehr Kinder-Geld geben?

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de
Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Buchspies, Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / Fotostand / Fotostand / K. Schmitt. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 52-3/2024
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Januar 2025.

antonius
gemeinsam Mensch